

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Preussische Justiz.

Gelingt es, Socialdemokraten in den preussischen Landtag zu bringen, so wäre damit endlich auch für Preußen die Berufung in Strafsachen infolern eingeführt, als im Abgeordnetenhaus die Berufenen Vertreter des Volkes am Recht der demokratischen Vernunft die Fehlsprüche der herrschenden Justiz zu richten vermöchten. Bislang ist nur der Reichstag ein solches Obergericht. Aber dort ist die Kontrolle der Richterpraxis dadurch beschränkt, daß Prozesse nur insoweit besprochen werden können, als sie mit einer Aenderung der Gesetzgebung in Zusammenhang zu bringen sind. Im preussischen Abgeordnetenhaus dagegen ist es möglich, das ganze weite und fruchtbare Gebiet der Rechtsausübung kritisch zu prüfen und die verfassungsmäßige Rechtsgleichheit immer wieder zu fordern. Im Abgeordnetenhaus muß insbesondere der preussische Justizminister Rede stehen über die Maßnahmen, die innerhalb seines Verwaltungskreises getroffen werden, und die nicht selten als schädigend für die Rechtspflege aufgefaßt werden müßten.

Im Abgeordnetenhaus wird dann auch die eigentümliche Methode der Einleitung und Ausföhrung von Majestätsprozessen rückhaltlos besprochen werden, die gerade im letzten „Vorwärts“-Verfahren wieder bedeutsam hervortrat.

Kaiserbeleidigungs-Prozesse gegen die Presse werden in Preußen niemals mehr ohne Verhängung mit den höchsten Instanzen eingeleitet. Der Justizminister selbst führt der Staatsanwaltschaft die Hand. Ehe man beginnt, wird der mögliche Ausgang sorgfältig bedacht. Mißerfolge, d. h. Freisprechungen der Angeklagten, sollen auf diese Weise unter allen Umständen vermieden werden. Hinter jedem Kaiserbeleidigungs-Prozess steht die Autorität der höchsten Rechtsinstanz, und so liegt es nahe, daß auch das erkennende Gericht sich den juristischen Anschauungen jener Stelle nicht zu verschließen vermag. In der That ist auch der Begriff der Beleidigung im allgemeinen und der der Majestätsverletzungen im besonderen so vag und so weich zu fassen, daß alle Wege nach Rom, d. h. zur Verurteilung führen. Wird einmal der Dolus der Majestätsbeleidigung vorausgesetzt — und Socialdemokraten sind mit solchem Dolus nach staatsanwaltlicher Auffassung erbfindlich belastet —, so läßt sich aus der Voraussetzung des bösen Willens das ganze Gespinnst des dazu gehörigen objektiven Thatbestandes ziehen wie die Fäden aus der Seidenraupe. Die Fruchtbarkeit des angenommenen Dolus für die Konstruierung einer Majestätsbeleidigung ist völlig unbegrenzt. Es ist geradezu unmöglich, unter solcher Annahme irgend etwas nicht Strafbares zu schreiben. Glaubt man an den Dolus, so verwandelt sich jeder Satz in ein crimen laesae majestatis, wie das römische Recht die Cäsarenbeleidigung nannte. Der Richter wird in jedem derartigen Prozesse zum Gesetzgeber, der beschließt, daß ein kriminelles unbestimmter Thatbestand als Gesetzesverletzung zu gelten habe. Wo das Suchen objektiver Merkmale Schwierigkeiten bereitet, werden natürlich die allgemeinen Anschauungen der Richter von Welt und Dingen von entscheidendem Einfluß auf die Erkenntnis und Feststellung des Frevels sein.

Gleichgültig, wie man sich zu der Wahrheit des Kaiserinself-Projektes stellen möge, worin besteht die Majestätsbeleidigung? Der „Vorwärts“ hatte von dem Projekt einer Camarilla gesprochen, die für ihre scharfmacherischen, politischen Zwecke dem Kaiser Gefahren vorpiegelte, die nicht vorhanden sind. Das war der Wortlaut und der Sinn unseres Artikels, und darin steckte, um mit dem Grafen Hülsen-Häseler zu sprechen, kein Ton, kein Atom einer Majestätsbeleidigung. Doch was nicht ist, kann unter dem beschränkenden Scharfsinn preussischer Justiz werden. Der „Vorwärts“ ist für alle Zeiten des bösen Willens verdächtig, und wo solch ein böser Wille ist, ist auch ein Weg für Staatsanwalt und Richter. Es wurde einfach behauptet, wir hätten die wahre Tendenz des Artikels verschleiert, wie hätten von Hoffkreisen geredet, meinten aber den Kaiser. Diese Deduktion hat die Staatsanwaltschaft einem demokratischen Blatte direkt entnommen. Die „Frankfurter Zeitung“ darf mit Stolz beanspruchen, den Gedankenlang des Herrn Jenbiel fast bis zur Kopie beeinflusst zu haben. Das Frankfurter Blatt hat zwar geantwortet. Es schrieb im Abendblatt vom 17. Oktober: „Es ist zwar in der Verhandlung von den Verteidigern erwähnt worden, die „Frankfurter Zeitung“ habe gesagt, der Artikel des „Vorwärts“ enthalte die größte Majestätsbeleidigung. Das ist aber gänzlich unwahr. Wir haben vielmehr kurz nach der Veröffentlichung des „Vorwärts“-Artikels ausdrücklich betont, daß unserer Ansicht nach von einer Majestätsbeleidigung gar keine Rede sein könne. Wir wieseln daher diese Unwahrheit zurück und nicht minder die niedrige Verdächtigung der Verteidiger, daß wir uns offiziös beeinflussen lassen.“ Die „Frankfurter Zeitung“ stellt offiziös ohne Not ihr Licht unter den Scheffel. Wie schon in der Krupp-Affaire, über die man übrigens in dem jüngst erschienenen, von dem wissenschaftlichen Spezialisten auf dem Gebiet des § 175 Dr. W. Hirschfeld herausgegebenen „Jahrbuch“ recht interessante Bemerkungen lesen kann, so hat sie auch diesmal den Demuzianten gespielt. Ihr Berliner Korrespondent ist so sehr der Inspirator der Anklagebegründung, daß Herr Jenbiel nichts Besseres zu thun vermochte, als den Berliner Artikel der „Frankfurter Zeitung“ zum Teil wörtlich in seine Anklageschrift zu übernehmen. Man vergleiche:

„Frankfurter Zeitung“ vom 23. August.

Als der „Vorwärts“ von dem phantastischen Plane eines festen Kaiserreiches auf der Insel Havelnwerder in der Havel an der neuen Heerstraße Berlins-Döberitz erzählte, da bestand da

Auffechterregende und Unglaubliche dieser angeblichen Enthüllung nicht darin, daß der Kaiser sich auf dieser landschaftlich recht hübsch gelegenen Insel ein Schloß bauen wollte, sondern in dem Wert, daß es ein festes Schloß sein sollte, von der Außenwelt abgesperrt, leicht vom Gardecorps cerniert werden könne und daß es sogar — das war das Alleräußerste — mit seiner Umgebung einen besonderen Reichstags-Wahlkreis bilden sollte. Die Tendenz dieser Schilderung war unzweifelhaft, den Glauben zu erwecken, daß der Kaiser sich in Berlin nicht sicher fühle und sich für alle Fälle eine geschützte Zuflucht sichern wolle, derselbe Kaiser, der, nebenbei bemerkt, jeden Tag, den er in Berlin ist, ausreitet, im offenen Wagen fährt und den man in den frühen Morgenstunden fast täglich zu Fuß spazieren gehen sehen kann und so nahe wie man nur irgend will wie jeden andern Spaziergänger begrüßen kann.

Es ist begreiflich, daß jetzt in den meisten Blättern Dohn und Spott auf die Enthüllung des „Vorwärts“ regnet. Es hieß diese Hundstagsgeschichte beruhen, wenn man nicht den durchaus nicht zu unterschätzenden politischen Kern herausfände. Es werden da dem Kaiser Anschauungen und Stimmungen zugeschrieben, für welche sein bisheriges Verhalten, sein Auftreten und seine Lebensgewohnheiten durchaus keinen Anhalt bieten.“

Herr Jenbiel hat also, wie man sieht, fast wörtlich sich der demokratischen Logik des Berliner Vertrauensmannes der „Frankfurter Zeitung“ angegeschlossen. Die schmutzige Niedertracht der demokratischen Denunziation, die man mit dreister Stirn abzuleugnen sucht, wird dadurch nicht weniger gemein, daß man annimmt, in der „Frankfurter Zeitung“ sei lediglich die Meinung der offiziellen Preßfische zum Ausdruck gekommen. Wir hatten durch Labung des Chefs des Preßbureaus den Versuch gemacht, die Quelle dieser Preßmaché zu erhehlen. Leider konnte zufällig Herr Hammann persönlich für die Konzeptionszeit der Frankfurter Denunziation kein Alibi angeben, was nichts gegen den offiziellen Unfug beweist, da die Zeitungsdemokratie sich auch von untergeordneten Offiziösen erleuchten läßt.

Der Fall der „Frankfurter Zeitung“ ist deshalb nicht unbedeutend, weil er in den Betrieb der bürgerlichen öffentlichen Meinung hineinleuchtet. Fast die ganze bürgerliche Presse ist offiziös beeinflusst und abhängig und das erklärt hinlänglich, warum bei allen der Regierung unangenehmen Affairen die gesamte bürgerliche Zeitungstyppe von der Demokratie bis zur Ritualmordglaubigen einmütig gegen die socialdemokratische Presse hegt, und die Blätter sind die verächtlichsten, die ihr unabweisbares Handwert unter der Firma wohlmeinender und überlegener Materie treiben.

Die Entdeckung der verschleierten Majestätsbeleidigung ist also demokratischen Ursprungs. Niemand aber wird ohne Gründe verstockt angreifen, wenn er ohne jede Gefahr direkt sagen kann, was er will. Wir werden zu zeigen haben, daß für uns nicht der mindeste Anlaß bestand, die Tendenz unseres Artikels zu verschleiern. Vielmehr hätten wir ohne jede Bedenken auch den Plan des Insel-Schlusses dem Kaiser zu schreiben können, wenn wir irgend welchen Anlaß zu dieser Behauptung gehabt hätten. Auf die Hoffkreise führte unser Dokument, von den Absichten des Kaisers wußten wir gar nichts. Lediglich deshalb sprachen wir von Hoffkreisen, nicht vom Kaiser. An sich hätten wir auch den Kaiser in die Betrachtung ziehen können. Denn es kann niemals eine Majestätsbeleidigung sein, einem Monarchen Sicherheitsmaßnahmen für seine Person zuzuschreiben. Man kann ihn darauf aufmerksam machen, daß keine zureichende Ursache zu solchen Maßnahmen besteht. Glaubt aber der Monarch, daß er Gefahren ausgesetzt ist, so hat er, vom Standpunkt des Monarchismus aus, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Wenn in Berlin der Jar zwischen Plauern von Soldaten und Schutzleuten empfangen wird, ist diese Sorge für die Sicherheit des Gastes eine Beleidigung des Jaren?

(Ein Schlußartikel folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Oktober.

Socialistengesetz — Dresdener Parteitag — Centrum.
Die „Germania“ bespricht die geistige Socialistengesetz-Kammer des „Vorwärts“, sie citiert insbesondere die Aeußerungen Singers vom Triumph über die Bestrebungen, die Socialdemokratie durch Polizei und Justiz zu erstickern; dazu schreibt das Centrumblatt: „Besteres ist eine Thatsache, die sich nicht leugnen läßt, und diese Thatsache sollte allen „Scharfmachern“ zur Warnung dienen, die heute nach einem neuen

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gemeinshafliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Korreferent
„Socialdemokrat Berlin“.

Socialistengesetze rufen. Das zwölfjährige Bestehen des Socialistengesetzes hat der Socialdemokratie keinen wirklichen und nachhaltigen Schaden zugefügt, im Gegenteil: Man wird Singer recht geben müssen, wenn er in dem Artikel sagt, das Socialistengesetz habe der Socialdemokratie neben dem Anwachsen der Stimmen eine gute „Schulung“ gebracht. Diese Schulung ist als unwillkommene, aber dauernde Folge des Socialistengesetzes geblieben, besonders in der Organisation der „Kleinarbeit“ und der Agitation von Mund zu Mund und von Hand zu Hand in der Werkstatt, auf Bauern usw. Und nun nach diesen fünfundsiebzig Jahren der Dresdener Parteitag! Sein Socialistengesetz könnte der Socialdemokratie einen solchen Schaden zufügen, wie ihn die freitbaren „Obergenossen“ selbst im erbitterten und gehässigen Bruderkrieg dem Ansehen der Socialdemokratie auch in den eigenen Reihen zugefügt haben. Und die Genossen, welche vor 25 Jahren das Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie“ gegen sich gerichtet haben, möchten jetzt am liebsten ein Parteigesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Revisionismus in der socialdemokratischen Partei erlassen!

Die „Germania“ erkennt die Lehren des Socialistengesetzes an, um sich desto gründlicher über die gegenwärtige Socialdemokratie zu irren.

Wenn die Anhänger des Centrum sich zu ihren Generalversammlungen vereinigen, dann wird nach außen der Ausdruck festfreudigen Parteistolzes zur Schau getragen, aber im Inneren der Partei rührt es genug, und die Partei ist froh, wenn sie aus Wahlen einigermaßen heil herausgelangt. Die Socialdemokratie ist im Inneren lastvoll und gesichert, daß kein Streit unter einzelnen, mag er auch laut und hitzig erschallen, ihr Wesen berührt oder ihr Schädigung zufügt.

Von ergöglicher Thorheit ist der Vergleich der „Germania“ zwischen Socialistengesetz und dem „Parteigesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Revisionismus“. Der unglücklich versuchte Spott soll das Centrum darob trösten, daß unsere Partei sich in schärfster Form wiederum zu ihren alten Grundsätzen und ihrer alten Taktik belohnt hat, die dem Centrum so oft unangenehm geworden sind.

Die Socialdemokratie wird dem Centrum bald genug beweisen, daß seine neuen Hoffnungen ebenso ausfichtslos sind, wie die Hoffnungen derer, die einst das Socialistengesetz schufen.

Die Lösung am Wege.

Aus Wien wird uns vom 20. Oktober geschrieben: In der unermesslichen ungarischen Krise scheint sich nun endlich eine Lösung vorzubereiten. Scheint — denn so lange die neuen Minister nicht ernannt sind, ist es auch möglich, daß die vielen Absagen und Ablehnungen um eine neue vermehrt werden. Der Leiter soll Herr Ladislaus v. Lukacs sein — derselbe, der schon im vorigen Monate mit der Kabinettsbildung betraut werden sollte, damals aber wegen Ausfichtslosigkeit einer Regierung, der er Namen und Inhalt giebt, abgelehnt hatte. Herr v. Lukacs ist in dem ungarischen Ministerbureau ein altes Möbel — er ist der ständige Finanzminister, der schon ein halbes Duzend Regierungen mitgemacht haben wird, und dem jeder Chef recht war, der ihn übernahm und im Amte behielt. Politisch ist er eigentlich niemals herorgetreten und ob er sich der stürmischen Bewegung im Reichsrat gewachsen zeigen wird, muß abgewartet werden. An schärfster Fähigkeit fehlt es ihm sicher nicht — das hat er insbesondere in den Ausgleichsverhandlungen zwischen 1896 und 1900 bewiesen, wo er als Bevollmächtigter des Kabinetts Banffy die Oesterreicher so gründlich gerupft hat. Er soll der Erfinder jener fälscher Klausel sein, durch welche das Zoll- und Handelsbündnis zwischen Oesterreich und Ungarn verfestigt werden sollte — so: daß es, das jetzt aufgehört, wenn es nicht erneuert wird, weiter dauern sollte, so lange es nicht aufgelöst werde; ein Plan, der Ungarn der Hälfte der Selbstständigkeit beraubt hätte, die es jetzt besitzt. Er hat nicht zum wenigsten zum Sturze Banffys beigetragen und derjenige, der ihn zurücke gemacht hatte, war Herr v. Szell — was Herr v. Lukacs, den Strebsamen und Kapazitätsgewissen, nicht abhielt, Herrn Szell so treu zu dienen wie dessen Vorgänger. Moralisch rangiert Herr v. Lukacs noch unter das Mittelmaß, das bei den ungarischen Beamten üblich ist. In's Abgeordnetenhaus ist er einmal auf Grund einer der schmutzigsten Wahlen gekommen, die das an Korruption doch gewöhnte ungarische politische Leben jemals erlebt hat, und seine Ministerchaft ist voll der schäblichsten Praktiken, unter denen das erst leßthin aufgedeckte Salpanama — die Vergebung der Lieferungen des Salzmanopolis unter höchst verdächtigen Bedingungen — noch verhältnismäßig die geringfügigste ist. Aber man war in dieser Hinsicht nie spröde in Ungarn, und sich jetzt, wo man Rekruten braucht, mit moralischen Erwägungen zu plagen, fällt niemand ein.

Herr v. Lukacs dürfte, wenn nicht alle Anzeichen trügen, übermorgen mit der Kabinettsbildung betraut werden und es ist nicht unwahrscheinlich, daß ihm die Aufgabe glücken wird. Nämlich die, ein neues Ministerium zusammen zu bekommen und die Dinge im Reichsrat halbwegs ins Geleise zu bringen. Denn die Krise hat ihre herrlichen Momente überschritten und wird heute von jedermann, auch von der Opposition, als lästiger Skandal empfunden, dem ein Ende zu machen unter entsprechenden Bedingungen alle bereit sein werden. Schließlich war der eigentliche Zweck des ungarischen Aufstandes nicht die Erreichung positiver Vorteile, sondern die Demütigung der Krone — und dieses ist mehr als ausreichend erzielt worden. Man muß nur ins Auge fassen, mit welchen Wünschen die Hofburg ausgezogen war und mit welcher magerem Trost sie still in den Hasen treibt. Erst wollte man sich die Ersatzreferenten zu regulärem Dienste holen — die Vorlage mußte zurückgezogen werden. Dann wollte man um keinen Preis auf die Erhöhung des Rekrutenkontingents verzichten — und gabte

doch den höchsten Preis vergeblich. Das Land wurde in die Wirren des budgetlosten Zustandes gestürzt, das populäre und brauchbare Ministerium Szell wurde verabschiedet — wobei der Kaiser auch um seinen eigentlichen Vertrauensmann, den Finanzminister Fegervary, kam — mit der Politik der „starken Hand“ des Grafen Tisza holte man sich die empfindlichste Lektion, und der Schluss war, daß Herr Khuen die Erhöhung erst recht offen mußte. Aber dann müßte auch der Vitzgang zu Konstantin nichts; nun war auch das normale Kontingent, sonst in einem Sitzungstage bewilligt, nicht mehr umsonst zu haben. Je heroischer die Pose war, desto peinlicher der darauf folgende Abfall. Auf das pathetische Beschloßschreiben des Schloß mit seinem schmetternden „Niemals“ folgte das Handjähren an Khuen, das in eine demütigste Bitte um Entschuldigung auslief. Und einen Monat, nachdem erklärt wurde, daß in die Majestätsrechte niemand dreinzureden habe und daß von den Rechten und Befugnissen des obersten Kriegsherrn nichts geopfert werden wird, wird über das Militärprogramm der Regierungspartei verhandelt, dessen bloßes Dasein schon eine Verneinung dieser Reservatrechte des militärischen Absolutismus ist! Was die Ungarn an positiven Errungenschaften heimbringen werden, sieht nach dahin, aber daß es ihnen gelungen ist, die Macht der Krone ganz gewaltig zu mindern, das steht schon jetzt fest. Die Rekruten sind der Postzug diesmal teuer zu stehen gekommen!

Was das erwähnte Militärprogramm betrifft — natürlich kein Programm über den Militarismus etwa, sondern einfach das Verzeichnis der nationalen Forderungen, die die Ungarn in Bezug auf die gemeinsame Armee erheben —, so soll es heute endgültig abgeschlossen worden sein. Die liberale Regierungspartei hatte dazu ein neungliedriges Komitee eingesetzt, das nach langen Verhandlungen eine gemeinsame Plattform geschaffen hat, auf welcher sich alle Schattierungen und Gruppen der Partei zusammenschließen. Das Programm wird veröffentlicht werden, nachdem die Bildung der neuen Regierung vollzogen sein wird. Es ist das Programm der Regierungspartei, das die Krone anerkannt hat — oder, wenn man will, dem sie sich unterworfen hat. —

Deutsches Reich.

Ueber die handelspolitischen Fragen der nächsten Zeit

hat der Handelsminister Müller jüngst in Münster geredet. Bei der Einweihung des neuen Handelskammer-Gebäudes dabeist machte der Minister Ausführungen über die industrielle Entwicklung der Provinz und die jetzige Lage der Industrie, dann fuhr er, nach dem „Westfälischen Mercur“, fort:

„Ich glaube mit Freuden konstatieren zu können, daß nach dem gewöhnlichen Maß von 1900 und 1901 sich heute die Anfänge eines neuen Aufschwungs zeigen, der das nachfolgen wird, was damals jah abgebrochen werden mußte, weil zu viel des Guten auf einmal getan worden sollte. Wenn ich daher mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit in die nächste Zukunft sehe, so möchte ich diese doch nicht zu groß werden lassen; wir stehen vor großen Kämpfen in handelspolitischer Beziehung; im eigenen Lande sind wir wieder recht gesund (?), aber davon sind wir nicht allein abhängig, wir können die Ausfuhr ins Ausland nicht entbehren. Darum muß die Ausdehnung der Ausfuhr gefördert werden. ... Nur im Zusammenhänge aller Stände ist das weitere Gedeihen unseres Vaterlandes möglich. Ich habe die Hoffnung, daß aller Widerstand fallen wird vor der bitteren Notwendigkeit, daß wir die zahlreichen Menschenlinder, die wir jedes Jahr an Zuwachs erhalten, beschäftigen müssen.“

Gott verhüte, daß die Zeiten wiederkommen, wo auch aus diesen Landesteilen Jehntausende in die Fremde auswandern mußten, um ihr Brot zu suchen. Möge es uns beschieden sein, dem Zuwachs Brot im eigenen Lande zu bieten; das ist nur möglich, wenn wir das Ausland zum Teil dafür bezahlen lassen, wie es jetzt geschieht. Die Zahlen unserer Ausfuhr sind — und das ist unser Glück — in den letzten drei Jahren fortwährend rapide gestiegen; im vorigen Jahre hat sie nahezu fünf Milliarden erreicht, ein Ziel, das vor zehn Jahren noch unmöglich erschien. In diesem Betrage sind reichlich drei Milliarden Löhne und Gehälter enthalten. Der indirekte Nutzen ist noch viel größer. Das Geld, was die Arbeiter und Beamten einnehmen, wird am nächsten Tage wieder ausgegeben; und es fließt so zurück in andre Kanäle, zum Teil in die Taschen der Herren Landwirte, und trägt so wesentlich dazu bei, diesen den schweren Kampf zu erleichtern, den sie gegenwärtig zweifellos auszufechten haben.

Wir wollen hoffen, daß die gegenwärtige Periode, die ihren Abschluß finden muß in der Erneuerung der Handelsverträge, ein neues Lustspiel von 10—12 Jahren oder noch länger bringt, in welchem wir unter gesicherten Verhältnissen weiter produzieren können. ... Möge es uns beschieden sein, nicht nur die Kämpfe im Innern zu bestehen, sondern auch vor allem die Gegensätze im internationalen Handel in derselben friedlichen Weise auszuweichen, wie es in der großen politischen Welt in den letzten Jahrzehnten möglich gewesen ist. Behalten wir den Frieden nach innen, den Frieden nach außen auf handelspolitischem Gebiete, so ist der Schöpfungsgeist des deutschen Volkes ein großes Feld beschieden. Ich will von Herzen hoffen, daß das der Fall sein möge.“

Positives hat der Minister nicht verlauten lassen. Immerhin zeigen seine Ausführungen nicht, daß die Regierung sich wohl fühlt bei der Aufgabe, mit dem agrarischen Jolkstarif, den sie sich bereitet, Handelsverträge abzuschließen zu sollen. Der Minister betont die Notwendigkeit der Erhaltung und Förderung der industriellen Ausfuhr für die deutsche Industrie und ihre Arbeiterklasse, aber er ist Mißbilliger des unheimlichen Jolkstarifs, dem er zu verhandeln ist, daß die Handelspolitik Deutschlands nicht länger geregelt ist. —

Graf Hülsen-Häseler als Zeuge.

Selbst die bürgerliche Presse widmet dem Verhalten der feudalen Zeugen im Kaiserinzel-Prozess einige sanfte mißbilligende Bemerkungen. Namentlich der Chef des Geheimen Militärkabinetts, Graf Hülsen-Häseler, und der Hofmarschall der Kaiserin, v. Mirbach, trugen ihre persönliche Rangwürde vor dem Gericht zur Schau, wie es wohl noch niemals bei Zeugen in preussischen Gerichtsinstanzen erlebt worden ist. Sie fühlten sich geradezu als Vorgesetzte des Staatsanwalts und der Richter, von ihrer Stellung zu den Anwälten und den Angeklagten ganz zu schweigen.

Unter diesen Umständen dürfte es angemessen sein, insbesondere den Anfang der Vernehmung des Grafen Hülsen-Häseler nach dem Stenogramm wiederzugeben. Nachdem Herr v. Hülsen-Häseler die Frage nach seinem Namen unbeantwortet gelassen hatte, weil er seine acht Vornamen nicht auswendig wisse — er holte sich dann aus der Tasche einen Zettel, auf dem er seine Namen notiert hatte —, gestattete sich die Unterhaltung wie folgt:

Vorsitzender: Ist Ihnen etwas bekannt von einem Projekt in Hoffenheim, dahin gehend, für den Kaiser in Widdelswerder ein Schloß zu errichten mit besonderen Sicherheitsmaßnahmen?

Zeuge: Nicht das geringste.

Vorsitzender: Auch nicht, daß etwas ähnliches aus dem Hofmarschallamt des Kronprinzen hinausgegangen ist?

Zeuge: Nein.

Rechtsanwalt Liebnecht: Ist Ihnen etwas davon bekannt, daß es geplant war, die Ausdehnungsart für die Gardetruppen zu ändern?

Zeuge: Auf solche Fragen verweigere ich die Ausfuhr.

Rechtsanwalt Liebnecht: Es handelt sich nicht darum, daß Ihnen etwas derartiges amtlich bekannt ist, sondern außeramtlich, und in Bezug darauf dürfen Sie Ihr Zeugnis nicht verweigern.

Zeuge: Außeramtlich ist mir nichts bekannt.

Rechtsanwalt Liebnecht: Ich meine, ob außeramtlich, in Hoffenheim, darüber gesprochen ist?

Zeuge: Ich habe überhaupt nur amtliche Sachen im Auftrage Sr. Majestät zu bearbeiten. Mein Kabinet heißt Geheimen Kabinet

für Militärangelegenheiten. Daran geht hervor, daß alles, was zu meiner Kenntnis kommt, geheim ist, und daß ich nicht in der Lage bin, auf irgend welche Anfragen oder Anspürungen etwas zu bemerken.

Rechtsanwalt Liebnecht: Was der Herr Zeuge an Sie richtet, sind keine Anspürungen, sondern Anfragen. Im übrigen sind Sie nach den Gesetzen nur berechtigt, die Antwort auf solche Fragen zu verweigern, die geeignet sind, die Sicherheit des Staates zu gefährden.

Zeuge: Das möchte ich bezweifeln.

Rechtsanwalt Liebnecht: Das ist gesetzlich festgelegt.

Zeuge: Nein, das kann ich mir nicht denken. Ich kann doch nicht über alles mögliche hier gefragt werden.

Vorsitzender: Es handelt sich nur um die Frage, ob Ew. Excellenz, ganz abgesehen von amtlichen Beziehungen, etwas davon bekannt ist, daß die Gardetruppen mal anders ausgehoben werden sollen.

Zeuge: Ich sehe nicht ein, warum ich das beantworten soll.

Oberstaatsanwalt: Das sehe ich auch nicht ein.

Vorsitzender: Das gehört zur Verhandlung, so weit es mit dem Projekt in Verbindung steht. Allgemein aber gehört die Frage nicht hierher.

Oberstaatsanwalt: Der Zeuge hat verneint, daß ihm von dem Projekt eines Kaiserpalastes etwas bekannt sei. Die Aushebung der Gardetruppen bezieht sich auf die Verwendung des festen Schloßes. Wenn Sr. Excellenz nicht das mindeste bekannt ist von der Errichtung eines Schloßes, so kann ihm folglich auch nichts bekannt sein davon, daß eine besondere Art der Aushebung von Truppen zur Verwendung dieses nicht geplanten Schloßes beabsichtigt ist.

Rechtsanwalt Liebnecht: Es sind verschiedene Maßnahmen, die angeblich getroffen sind zur Sicherung der kaiserlichen Familie, neben einander aufgeführt. Die eine ist die Errichtung des Schloßes, die andre die Bildung eines besonderen Reichstags-Wahlkreises, eine dritte die neue Art der Aushebung der Gardetruppen. Das Projekt zerfällt also in verschiedene Punkte. Im übrigen ist die Frage bei der letzten Verhandlung zugelassen worden gegenüber allen Zeugen, heute aber entziehen plötzlich Schwierigkeiten.

Zeuge: Als Chef des Militärkabinetts bin ich nicht in der Lage, irgend welche Fragen zu beantworten, die mir nicht schriftlich vorgelegt werden. Dann könnte ich ja nach allem gefragt werden. Mir ist überhaupt von der ganzen Geschichte nichts bekannt.

Vorsitzender: Damit ist die Sache doch erledigt.

Rechtsanwalt Liebnecht: Ich höre immer nur von dem Schloß.

Zeuge: Ich habe die „Vorwärts“-Artikel nicht gelesen, ich pflege dies Organ überhaupt nicht zu lesen. Ich weiß überhaupt von einer derartigen Absicht, daß Sr. Majestät sich solche Beschäftigungen bauen oder betreiben läßt oder daß er Verstärkungen wünscht, keinen Ton. Ich habe darüber noch nie ein Atom erfahren. Ich kann doch nicht gefragt werden nach allem möglichen, was es auf der Welt giebt.

Rechtsanwalt Liebnecht: Ich mache darauf aufmerksam, daß in dem Artikel die Rede davon ist, diese Sicherheitsmaßnahmen gipfeln in der Reform einer Aushebung der Gardetruppen. Daraus geht hervor, daß es sich nicht um die Sicherung des Schloßes handelt, denn die ganze Garde kann doch nicht um das Schloß lagern.

Vorsitzender: Die Frage ist doch erledigt. Der Zeuge hat geantwortet, daß ihm absolut nichts bekannt sei von dem Projekt in seiner Gesamtheit.

Rechtsanwalt Liebnecht: Ich beantrage ausdrücklich und bitte hierüber einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, daß der Zeuge gefragt wird, ob ihm Einzelheiten des Projektes an sich bekannt sind, abgesehen davon, daß ihm das ganze Projekt nicht bekannt ist. Es kann doch ein teilweiser Wahrheitsbeweis angetreten werden.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück.

Vorsitzender: Die Frage wird als nicht zur Sache gehörig zurückgewiesen. Sie haben die Frage gestellt, ob dem Zeugen unabhängig von dem Projekt der Kaiserinzel etwas bekannt ist von einer geplanten Reform der Aushebung der Gardetruppen.

Mysteriöse Andeutungen. Die liberale „Saalezeitung“ in Halle führt aus, daß in der Regierung keine Neigung zu herrschen scheint, den Echarfmacherwünschen zu folgen; man gedanke in anderer Weise die „Gesundung der modernen Arbeiterbewegung“ herbeizuführen. Im Zusammenhang mit diesen Vermutungen erzählt das Blatt:

„Wissenschaft hängen damit jene geheimen Konferenzen zusammen, die seit einiger Zeit hier und da abgehalten werden und den ausgesprochenen Zweck verfolgen, Mittel und Wege zur Einleitung dieses Gesundungsprozesses ausfindig zu machen. Hier in Halle haben sie begonnen und in Berlin sollen sie demnächst, wie wir in Erfahrung gebracht haben, fortgesetzt werden. Männer aus allen Kreisen sind es, die an ihnen teilnehmen, Männer vom Hofe und von der Regierung, von der Hochfinanz und von der Großindustrie, aus Handel und Gewerbe und aus dem Beamtentum, Männer auch, die inmitten der nationalen Arbeiterbewegung stehen. Adel und Bürgerium sind gleichmäßig in diesen Konferenzen vertreten, und wenn die Ergebnisse ihrer bisherigen Beratungen auch noch streng geheim gehalten werden, so fehlt es doch nicht an Anhaltspunkten dafür, daß die wenigen Stimmen, die auf den ebenis ausgeäuerten wie gefährlichen Wegen der Ausnahme-Gesetzgebung beharrten und in ihrer Verfolgung die einzige Möglichkeit haben, etwas zu erreichen, so gut wie völlig heillos geblieben worden sind. Ob und inwieweit die leitenden Kreise zu jenen Konferenzen in Beziehungen stehen, entzieht sich zunächst noch unserer Kenntnis; ihre Zusammenkunft aber läßt der Vermutung Raum, daß es der Regierung nicht unerwünscht sein wird, aus den Verhandlungen Anregungen für ihre fernere Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber zu gewinnen.“

Das sind dumme Andeutungen ohne Wert. Sollte aber an derartigen Konferenzen etwas Wahres sein, so haben wir unser herzliches Wohlgefallen an den Vermutungen um die „Gesundung der modernen Arbeiterbewegung“. Es ist reizvoll, wenn die Blinden und Lahmen zusammenkommen, um die Gefunden zu kurieren. —

Aus der Blüthezeit des Liberalismus.

In dem Joeden von Ludwigo Geiger herausgegebenen Werke „Aus Adolf Stahls Nachlaß“ findet sich unter anderem ein vom 7. Juli 1864 datierter Brief Stahls, in welchem dieser bekannte Väterhistoriker seinem Innute über die damaligen politischen Zustände Preussens in heftigen Worten Ausdruck giebt. Wir heben daraus die folgenden Stellen hervor:

... Es giebt keine unparteiische Gerechtigkeitspflege mehr in diesem Preußen, keine allgemein gültige Norm für das, was strafbar ist und nicht. Die hiesige Zeitung „Reform“ bringt einen Artikel, der das Adeln bürgerlicher Offiziere für Tapferkeit angeeifert und bleibt unverfälscht. Dr. Minden in Königsberg druckt in seinem Blatte „Telegraph“ diesen selben Artikel ab, und — wird angeklagt und zum Kerker verurteilt! Der Stadigerichtsrat Zweiten in Berlin und der Kreisrichter Forstmann (beide Mitglieder des Abgeordnetenhauses) thun ein und dasselbe Ding, sie unterzeichnen einen und denselben Wahlaufschuß. Sie werden angeklagt, Zweiten wird mit einem „Reinweis“ bestraft, Forstmann mit „Strafverurteilung“ und 50 Thaler Geldstrafe! Also: was in Berlin frei ausgeht, wird in Königsberg bestraft, was A. und B. Gleiches thut, wird mit den allerungleichsten Strafen belegt. Und warum nicht? Wie leben in einem absolut gesetzlosen Zustande. Die Verfassung ist faktisch von Bismarck vernichtet, und Er hat die Gewalt und ihre Übermacht. Jetzt geht sich, was ich vor Jahren vorausgesagt: wie schwer sich die Kammer von 1858 bis 61, die Wintzsche Kammer der Gothaer und das erste Ministerium der neuen Ära (Schwerin usw.) am Lande verständig, und ebenso wie ein Fehler es war, daß die Fortschrittspartei nicht im Jahre 1863 schon dem Minister Bismarck ihr Mandat vor die Füße warf. ...

... Diese Fortschrittler haben kein Pathos, keine Leidenschaft edlen Hasses und gründlichen Hohns gegen Unrecht und ihre Tyrannen. Da liegt! Ohne diese Leidenschaft kein Erfolg, ohne Hohn keine Flamme, der Feuerstrahl der Ironie schlägt auf Holz bei ihnen, nicht auf den funkenprägenden Stein. — Der

ermählte Vertreter Berlins wird von Schelmenröstern beurteilt, ein Johann Jacoby wird zum Kerker verdammt. Hätte Berlin Mut, es müßte ihn jetzt in demselben Augenblick zum Ehrenbürger machen. Aber es regt sich nichts, es bleibt alles gemüthlich stille. Diesen Völkern fehlt der Sinn für die „Demonstration“, wie ihn die Italiener und selbst die Franzosen noch haben. Unstre Regierung unternimmt einen Kabinetkrieg zu dem Zwecke: die Erhebung des deutschen Geistes niedrigerhalten, sie unternimmt ihn in dem Augenblicke, wo sie die Verfassung tödlich verletzt, den Vertretern des Volkes das Hauptrecht des Volkes, die Budgetbewilligung und die Teilnahme an der Gesetzgebung (in der Heeresorganisationsfrage) zerrissen vor die Füße geworfen hat, — und die Fortschrittler und ihre Weiber sammeln Geld, Wäsche, Kleidung und Charpie für diesen Krieg, und die Theater und Kletterbuben geben gefüllte Vorstellungen, um den Krieger Wilhelm Strümpfe und Unterhosen zu schaffen, die Maler und Bildhauer Berlins geben Silber zur Verlosung, zur Unterstützung der Verwundeten. ...

Der vorstehend mitgeteilte Brief, der sich stellenweise liest, als rühre er aus unsren Tagen her, bildet einen interessanten Beitrag zur Charakterisierung jener „Glanzzeit des Liberalismus“, auf die unsre heutigen Fortschrittler mit so großem Stolz hinweisen bescheiden. Die jämmerliche Schwäche des Freiinns gegenüber der Reaktion bestand damals schon fast genau in demselben Maße wie heute. Und das, obgleich die Fortschrittspartei auf dem Gipfel ihrer Macht stand und von der sozialdemokratischen Bewegung, die ja nach der Behauptung Eugen Richters den Sieg der Reaktion verschuldet hat, kaum überhaupt die Rede war!

Das Reichsgericht erhält einen neuen Präsidenten. Als Nachfolger v. Oehlschlagers, der seit 1891 das Amt verwaltete, ist seitens des Bundesrates der bisherige Direktor im Reichs-Justizamt Geh. Rat Gutbrod vorgeschlagen worden. Gutbrod ist Württemberger von Geburt und hat sich hauptsächlich auf zivilistischem Gebiet betätigt. Er gehört seit fast 25 Jahren dem Reichs-Justizamt an. An die bisherige Stelle Gutbrods tritt der vortragende Rat im Reichs-Justizamt Dr. Hoffmann. —

Die Ersatzwahl im 15. sächsischen Wahlkreise soll nach Zeitungsmeldungen auf den 17. November angesetzt worden sein. Amlich ist der Termin bisher noch nicht gemeldet. —

„Nach ist Polen nicht verloren.“ Das Lied „Nach ist Polen nicht verloren“ war in einem populären polnischen Buche „Die Erzählungen des Großvaters“ wiedergegeben. Die Graudener Staatsanwaltschaft erließ in dem Buch und speziell in dem Lied eine Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten und strengte gegen den Abgeordneten Kulerski die Klage an. Kulerski soll sich als Verleger der „Gazeta Grudziadzka“ noch des Vortrages schuldig gemacht haben, weil das Buch als Rätselfräme vergeben wurde. In der Verhandlung vor der Strafkammer beantragte der Staatsanwalt gegen Kulerski vier Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger erinnert daran, daß das gefährliche Lied „Nach ist Polen nicht verloren“ auf den Schlachtfeldern des Krieges von 1870 von sonstigen preussischen Militärkapellen gespielt worden sei, als es darauf ankam, die im deutschen Heere stehenden Polen zum Kampfe anzufeuern. Das Gericht verurteilte Kulerski zu 400 M., den Rebellator Pichowski zu 50 M. Geldstrafe. —

Wegen Majestätsbeleidigung angeklagt stand am Montag Arbeiterin Pauline Kaiser aus Woißhuth in Schlesien vor der Breslauer Strafkammer. In den Tagen, da die serbischen Offiziermörder ihre blutige Revolution verübten, soll die Angeklagte bei der Feldarbeit zu ihren Mitarbeiterinnen eine „ordnungswidrige“ Bemerkung gemacht haben, die auch im Zusammenhang stand mit dem Attentatsveruch der Irresinnigen Schnapla in Breslau auf Wilhelm II. Die unter Anshluß der Offentlichkeit geführte Verhandlung endete mit Freisprechung. Die Angeklagte ist sich des beleidigenden Charakters ihrer Äußerung nicht bewußt gewesen, entschied verständigerweise das Gericht. —

München, 21. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Finanzansschusses wurde bei der Beratung des Militär-Konstatats, daß die Soldatennachhandlungen in der bairischen Armee wesentlich zurückgegangen seien. Der Kriegsminister bemerkte, daß der Etat für 1904 voraussichtlich keine besondere Verstärkung der Armee bringen werde. Bezüglich der angeregten Bedingungen Beurteilung wird von Regierungsseite mitgeteilt, daß diese Frage nur im Einvernehmen mit den andern Bundesstaaten gelöst werden könne. Ob diese Maßnahme sich aber für militärische Verhältnisse eignet, erscheint dem Kriegsminister zweifelhaft.

Die Fortsetzung der Staatsdebatte in der Abgeordnetenkammer am Mittwoch brachte Reden des konservativen Abgeordneten v. d. H., des Dr. Pichler (C.) und des Abg. Adolf Müller (Soz.). —

Krieg in Deutsch-Südwestafrika in Sicht. Aus Windhoek wird vom 17. September der „National-Zeitung“ berichtet:

Ein gestern aus dem Distrikt Groosfontein in Windhoek eingetroffener Vater der katholischen Mission hat die bestimmt lautende Nachricht von der Ermordung einer deutschen Familie, Baasch, sowie zweier ferneren Weihen durch Ovambos mitgebracht. Sollte sich dies bewahrheiten, so würde ein Eingreifen der Truppe nicht zu umgehen sein. Allem Anschein nach hängt dies feindliche Vorgehen der Ovambos mit der seiner Zeit gemeldeten beabsichtigten Gründung einer Missionsniederlassung am Okavango, der sich die Eingeborenen widersetzen, zusammen.

Ein Krieg mit den ziemlich gut und stark bewaffneten Ovambos, die ihre Waffen und Munition durch portugiesische Händler ungehindert seit Jahr und Tag beziehen, kann sich recht schwierig gestalten. Glücklicherweise ist die Regierung im Besitz eines sicheren Arsenikmaterials und sonstiger, das feindliche Gebiet des Hauptlings Himarura betreffenden Nachrichten, die von Offizieren und Beamten an Ort und Stelle aufgenommen worden sind. Es fragt sich nur, ob die vorhandenen Truppen zu einer aussichtsreichen Expedition ausreichen würden und ob das Zusammengehen der über das ganze Schutgebiet zerstreuten Besatzungen nicht auf politische Schwierigkeiten stoßen wird.

Dieser neue Kriegszug wäre also wieder einmal die Folge aufbringlicher Verleumdungen! —

Husland.

Die belgischen Gemeindevahlen.

Noch immer ist es unmöglich, ein ganz genaues Bild von dem Endresultate der belgischen Kommunalwahlen zu geben, da gegen 200 Orte mit vielen Hunderten von Büreaus in Betracht kommen, in denen die Wahlen stattfanden. Soviel aber sieht bereits fest: die Sozialisten haben sich heldenmütig geschlagen, sie sind — wenn auch nicht erheblich vorwärts — doch sicher nicht zurückgegangen, und Blätter wie die „Königliche Zeitung“ und andre haben im Grunde genommen keine Veranlassung, so voreilig von großen Siegen der Liberalen (resp. der Merkmalen) zu berichten. Die Dinge liegen in Wirklichkeit so, daß je nach den lokalen Verhältnissen der einzelnen Orte die Sozialisten sich gezwungen sahen, sich der verschiedenen Taktik zu bedienen: hier auf die eigne Kraft vertrauend, den Kampf gegen die Merkmalen und Liberalen aufzunehmen, dort wieder vereint mit den Liberalen gegen die Merkmalen vorzugehen! Demgemäß haben sich denn auch in einzelnen alle nur erdenklichen Kombinationen von Siegen bezw. Niederlagen ergeben: Hier siegte die ganze Liste der Sozialisten, dort erlagen die Merkmalen den vereinigten Liberalen und Sozialisten, an einem dritten Orte siegten nur Liberalen, an einem vierten nur Merkmalen, an einem fünften Merkmalen und Liberalen gegen Sozialisten usw. usw.

Vor allen Dingen aber ist noch zweierlei zu berücksichtigen: Ganz abgesehen von einer ganzen Anzahl noch fehlender Resultate bleibt auch noch der Ausfall einer Reihe von Stichwahlen abzuwarten! — Und dann: Unter was für einem System finden denn

Die belgischen Kommunalwahlen statt? Unter dem Vorkaufsrecht! Das heißt unter einem System, das den Armen im günstigsten Fall eine Stimme, den Wohlhabenden bis zu vier Stimmen einräumt.

Ein Zahlen-Beispiel möge die „Schönheit“ und „Gerechtigkeit“ dieses Systems veranschaulichen und beweisen, daß die Sozialisten diesmal noch unter ungünstigeren Bedingungen kämpfen mußten, als bei der vorigen Wahl im Jahre 1899.

In Saint-Gilles gab es 1899: 6258 Wähler, die über 11 581 Stimmen verfügten. Diese Stimmen verteilten sich folgendermaßen:

3704 Wähler hatten 1 Stimme = 3704 Stimmen,
990 „ „ 2 Stimmen = 1980 „
859 „ „ 3 „ = 1077 „
1205 „ „ 4 „ = 4820 „

In diesem Jahre nun war das Verhältnis folgendes: Die 11 581 verfügbaren Stimmen des Jahres 1899 waren auf 13 079 angewachsen und verteilten sich so:

3863 Wähler hatten 1 Stimme = 3863 Stimmen,
1120 „ „ 2 Stimmen = 2240 „
436 „ „ 3 „ = 1308 „
1417 „ „ 4 „ = 5668 „

Trotzdem gewannen die Sozialisten 450 Stimmen und brachten wie 1899 vier Kandidaten durch! Dieses Beispiel ließe sich durch hundert ähnliche noch deutlicher illustrieren. —

Vom Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich.

Paris, 20. Oktober. (Fig. Ber.) Das Ergebnis des Referendums in Arras und Umgebung, das Votum für die Fortsetzung des Streiks mit 7228 gegen bloß 1289 Stimmen, hat den Unternehmern und ihrer Presse jede Möglichkeit genommen, noch weiterhin von „terrorisierten“ Arbeitern zu fabeln, die nicht im Streik, sondern im Zustand der „erzwungenen Arbeitslosigkeit“ sich befänden. Wohlgerichtet, die Abstimmung, war geheim und botzog sich unter denselben sicheren und unparteiischen Kontrollbedingungen, wie jede gesetzlich geregelte Wahlabstimmung. Die Unternehmerpresse greift nun zu einer andern ebenso saulen Ausrede. Die Arbeiter, so heißt es jetzt, seien von „revolutionärem Wahnsinn“ ergriffen, es handle sich nicht um einen Streik, sondern um einen — Revolutionsversuch! So zu lesen im bittersten „Temps“, der hin und wieder gern Arbeiterfreundlichkeit heuchelt. Ein Revolutionsversuch der Kampf veredelter Weber und Spinner um Erhöhung ihrer Hungerlöhne! Ein Revolutionsversuch die Weigerung der jahrelang von den Unternehmern selbst um den alien Tarif von 1889 geprellten Arbeiter, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, ehe noch die Unterhandlungen begonnen haben! Dem eben darum drehte sich ja das Referendum. Die Streikenden wollten einfach nicht, auf die Verprechungen der harten Knutbeuter hin, ihre eignen Ketten auflösen und so das einzige Druckmittel im Laufe der Unterhandlungen drangeben.

Der Stand des Streiks. Der Ausfall des Referendums scheint keine erneute Verallgemeinerung der Bewegung bewirken zu sollen. Bisher bleibt sie nach wie vor auf Arras und die umliegenden Orte sowie auf einige Betriebe in Lille und Roubaix beschränkt. In letzterer Stadt geht sie fortgesetzt zurück. Die Gesamtzahl der Streikenden wird auf etwa 25 000 geschätzt. Die Regierung aber hat nach dem Streikgebiet 21 000 Soldaten, Infanterie und Kavallerie, zusammengezogen. Achtungsgelächter einen Soldaten gegen einen Streikenden!

In Dünkirchen hat der Streik der Kohlenverlader bisher sich auf die übrigen Hafenarbeiter nicht ausgedehnt.

Die nachträglichen Meldungen selbst der bürgerlichen Presse über die letzten Krawalle in Arras zeigen, daß die Streikenden den vorgekommenen Plünderungen von Privatwohnungen, Fabriken und Banken so gut wie ferngeblieben sind. Unter den verhafteten Plünderern befanden sich nur ein paar Weber, der Rest sind Tagelöhner, Lumpensammler und hauptsächlich verbrecherische Sagabunden des Grenzgebietes. Was die sonstigen zum Ausbruch gekommenen gewaltthätigen Auftritte betrifft, so kann gewiß nur die latte Bourgeoisemoral über die buchstäblich verhungerten Opfer der Ausbeutung herfallen, die in einer Stunde gerechten Jorns die Selbstbeherrschung verloren haben. Etwas andres aber ist es, diese zweideutigen Ausbrüche einer schlecht organisierten, höchst mangelhaft unterstützten und daher verzweiflungsvoll umgeduldeten Masse zu einer müßergerhenden planmäßigen Taktik zu erheben!... Letzteres thut das Organ der generalstreikfeindlichen „Konföderation der Arbeit“. In der letzten Nummer der „Voix du Peuple“ werden die Krawalle nebst den Plünderungen als eine „neue Streiktaktik“ verherrlicht, die „in einer nahen Zukunft den Tag unserer vollständigen Befreiung“ herbeizuführen geeignet sei. Diese angeblich neue Streiktaktik ist ein Rückfall in die uralte Methode der Anfänge der Arbeiterbewegung. —

Frankreich.

Jaurès und der italienische Königsbesuch.

Das Interföderale Komitee der P. S. F. (Jaurèsisten) hatte im voraus, am Vorabend der Ankunft des italienischen Königs, in einer scharfen Resolution mit 12 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung gegen jede sozialistische Beteiligung am Königsbesuch protestiert. Diese Resolution erinnert an die Arbeiterregelungen, welche „den Beginn der Regierung des jungen Monarchen mit Blut bedeckt haben“; konstatiert ferner, „daß im kapitalistischen Regime alle Regierungen einander gleichen, welches auch ihre Präntensionen sein mögen, und in der Ausübung der Macht die Verteidiger der Interessen der von ihnen vertretenen Klasse bleiben, — und „ladet die Erwählten und die Mitglieder der Partei ein, allen erniedrigenden Kundgebungen gelegentlich des Königsbesuches fernzubleiben unter Strafe der Entwürdigung (sous peine de déchoir) in den Augen des revolutionären Proletariats“. Das sind genau dieselben Ausdrücke, die in der auf den Minister Millerand gemünzten Resolution desselben Komitees gebraucht wurden anlässlich des Jarenbesuchs von 1901.

Jaurès hat heute eine ausführliche Kritik des Komiteebeschlusses begonnen. Neben seinem bekannten europäisch-diplomatischen Friedensstandpunkt macht er darin geltend die — Machtüberschreitung seitens des Komitees, das statutenmäßig kein Recht auf die Leitung und die Kontrolle der allgemeinen Politik der Partei habe. . . . Letzteres stimmt. Und es ist nur zu verwundern, daß die antiministerialistischen Elemente der P. S. F. so lange am Spiel mit platonischen Protesten Gefallen finden können.

Ferner wird der „Vossischen Zeitung“ telegraphisch gemeldet: Die sozialistische Landesorganisation entfandte ihren Schriftführer Ory zu Jaurès, um ihm ihre Mißbilligung seiner Anwesenheit beim Prunkmahle zu Ehren des italienischen Königs parras im Elisee auszudrücken. Jaurès erklärte, er habe sich zu dieser Höflichkeit als zweiter Kammervorsitzender verpflichtet gefühlt. —

Spanien.

Die Zahl der Ausständigen in Bilbao hat sich vermehrt und beträgt jetzt 10 000. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Verstärkungen von Gen darmen treffen ein.

England.

Die Boykottierung des Genossen Hyndman durch die bürgerliche Presse. London, 19. Oktober. Auf Einladung der schottischen Sozialisten und Arbeiter unternahm Genosse Hyndman eine Agitationstour in Schottland und Nord-England, um die zollpolitische Frage vom sozialistischen Standpunkte zu behandeln. Er sprach bereits in Manchester und Glasgow. Die Versammlungen waren stark besucht.

Die Eintrittsgelder in Glasgow brachten, nach Abzug aller Kosten, einen Ertrag von 1200 Mark, die der sozialistischen Agitation zugewendet werden sollen. Trotz des großen Erfolges seiner Reden bringt die bürgerliche Presse kein Wort von der zollpolitischen Agitation Hyndmans. —

Norwegen.

Die Eröffnung des Storting fand am Montagmittag statt, nachdem in voriger Woche bereits in einigen Sitzungen die nötigen Vorarbeiten erledigt worden waren. In der Thronrede wird erwähnt, daß mit einzelnen Mächten Verhandlungen über Abschließung von Schiedsgerichtsverträgen eingeleitet worden sind. Keuhliche Verhandlungen sollen später mit andren Mächten eingeleitet werden. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verhandlungen über die Trennung des Konsulatswesens zu einem für beide Reiche befriedigendem Resultat führen mögen.

Die Konstituierung des Storting hat bereits am Sonnabend stattgefunden. Zum Präsidenten des Storting wurde der konservative Professor Hagerup gewählt. Die Sozialisten stimmten für Jørgen Berge. Der frühere Präsident Berner wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Zu Mitgliedern des Lagthing wurden vierzehn konservative, zwölf liberale, zwei Moderate und ein Sozialist: Lind Johansen gewählt. Im Obersting wurde Chr. Michelsen zum Präsidenten gewählt. Die Sozialisten stimmten für Dr. Ericksen. Das Lagthing wählte Thorne zu seinem Präsidenten. —

Amerika.

Der kanadische Trades-Union-Kongress gegen Chamberlain.

Der Jahreskongress der kanadischen Gewerkschaften fand Ende September in Brockville, Ontario, statt. 100 Delegierte nahmen daran teil. Die Verhandlungen waren im allgemeinen nur von lokalem Interesse, mit Ausnahme der Resolution gegen die Zollvereinspläne Chamberlains, die folgenden Wortlaut hat: „In Erwägung, daß dem englischen Volk durch die englische Presse aus Kanada berichtet wurde, Kanada sei für die Zollpolitik Chamberlains, die den Freihandel — die Grundlage der britischen Wirtschaft — beseitigen will; in Erwägung, daß eine derartige Aenderung den Interessen der englischen Arbeiterklasse schädlich sei, so erklärt der Kongress, daß die kanadischen Gewerkschaften die Haltung der englischen Gewerkschaften, wie sie auf ihrem jüngsten Kongresse in Leicester in einer Resolution festgelegt wurde, billigen, und sprechen sich gegen jede imperiale Politik aus, die zwar den Kolonien zum Nutzen, aber dem englischen Proletariat zum Nachteil gereichen könnte.“ —

Landtagswahl.

Der Richterliche Freisinn richtet sich eifrig zu Grunde. Die „Freisinnige Zeitung“ beschuldigt den konservativen Herrn Stockmann der „dreifachen Unwahrheit“, weil er in einer Versammlung geäußert haben soll, die freisinnigen Wahlmänner würden sich „nach dem bekannten Abkommen verpflichtet, unter Umständen für einen Socialdemokraten zu stimmen“. Dazu sagt das Richterliche Blatt: „Das genannte Abkommen beruht lediglich in der Phantasie des Herrn Stockmann. Den freisinnigen Wahlmännern sind in Berlin weit feinerlei derartige Verpflichtungen auferlegt“. Die Folge wird sein, daß socialdemokratische Wahlmänner auch nicht für freisinnige Kandidaten stimmen werden, wenn diese sich in Stichwahlkandidaten befinden werden!

Eine andre Haltung als die offizielle Freisinnigkeit nimmt die „Berliner Zeitung“ ein. Sie schreibt in einem Artikel über den socialdemokratischen Wahlausruf:

Der Wahlausruf der socialdemokratischen Partei für die preussischen Landtagswahlen würde, hätten wir noch das 1878er Socialistengesetz, unbeanstandet in die Lande flattern können. Da ist nichts von „socialdemokratischen, socialistischen, auf die Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen“ zu merken. Herr v. Völlmar sieht seine revisionistische Taktik wieder einmal zu hohen Ehren gebracht. Das socialistische Zukunftsprogramm ist säuberlich im Silberpsind verpackt; die socialdemokratische Partei marschirt unter dem Banner und in der Gewandung der entschiedenen bürgerlichen Demokratie, der nur da und dort etliche Treiben aufgesetzt sind, die socialistische Strebegele markieren. . . .

Der Ausruf der Socialdemokraten zu den Landtagswahlen, ihr Programm für Preußen bedeutet für uns in der Hauptsache eine Verleumdung und Stärkung der Bestrebungen des allen entscheidenden Liberalismus, die sich auf die Durchführung der Verfassung in wesentlichen Beziehungen richten und auf die Schaffung freierer, gerechterer Zustände im preussischen Staate. . . .

Der Wahlausruf ist nichts weiter als ein Reformprogramm für den künftigen preussischen Gegenwartsstaat. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob alles, was da gefordert wird, just so zu fordern ist; man kann der Meinung sein, daß in der einen und der andren Frage eine andre Regelung sich besser empfehlen würde; allein man wird nicht auf bestreiten können, daß diese Forderungen allesamt auf dem Boden einer soliden und durchführbaren Staatspolitik sich bewegen, und daß man gegebenenfalls für einen Mann, der diese Forderungen erhebt, stimmen kann, auch wenn man nach mancher Richtung gegen sie Bedenken hat, sie in ihrer Ganzheit, Entschiedenheit und ihren äußersten Zielen nicht teilt. . . .

Dem Wahlausruf der socialdemokratischen Partei kann nicht abgeprochen werden, daß er vorzogen, aufstachelnd, säufelnd auf die Oppositionsstimmung und Oppositionsstellung des entschiedenen liberalen Bürgertums wirken kann. Er ist zugleich in seinem Mahhalten geeignet, das Unmüßiggelächter zur Ruhe zu bringen und denen den Wind aus dem Segel zu nehmen, die mit kleinen Socialistengesetzen und ähnlichen scharfmacherischen Leistungen gern bei der Hand sein möchten. Der Wahlausruf der Socialdemokratie ist geeignet, den liberalen Wahlhändnissen mit der Socialdemokratie zu erleichtern; es ist zu wünschen, daß er insoweit im Gesamtinteresse des Landes Nutzen stiften möchte. . . .

Was die „Berliner Zeitung“ sich sonst in dem Artikel leistet über Zukunftsstaat, verunmündliche und menschenunmögliche allgemeine Gleichheit“ und ähnliches, so mag diese liberale Verständnislosigkeit in dem Augenblick des Wahlkampfes gegen die Reaktion nicht weiter beachtet werden. Erheblich ist nur, daß ein kleiner Teil des bürgerlichen Freisinn einigermassen an liberalen Grundforderungen festhält und deshalb auch nicht mit Herrn Eugen Richter lieber drei konservative als einen Socialdemokraten in das Abgeordnetenhaus bringen will. Allerdings dieser kleine Teil des bürgerlichen Freisinn ist — sehr klein. Herr Richter hat die Fährung nach — rechts! —

Bezirks-Vertoppelungen.

Der „Freisinnigen Zeitung“ wird berichtet: „Im Kreise Goldberg-Haynau liegt das Dorf Wielau, welches seiner länglichen Ausdehnung wegen in Ober-, Mittel- und Niederwielau eingeteilt ist, aber doch eine politische Gemeinde bildet, welche 938 Seelen enthält. Wielau könnte mit seiner Seelenzahl sehr gut einen eignen Wahlbezirk bilden, im Goldberger Landratsamt hat man es jedoch anders gewollt. Ober- und Mittelwielau ist dem Dorfe Petersdorf zugeteilt worden, das den Wahlbezirk mitgezählt, 270 Seelen zählt. Petersdorf liegt aber nicht etwa in nächster Nähe Wielaus; um den Wahlort zu erreichen, müssen die Wähler Wielau einen 1 1/2 stündigen Weg machen und hierbei die Stadt Haynau passieren. Niederwielau wählt in Vorau, zu welchem Ort eine Stunde Weg ist. Dicht bei dem vorderwärtigen Petersdorf liegt Konradsdorf mit 500 Seelen. Es bildet einen eignen Wahlbezirk, dem zugeteilt worden sind die Haynauer Vorwerke. Die hier wohnenden Wähler müssen gleichfalls die Stadt Haynau durchqueren, ehe sie zum Wahllokal kommen. Sehr aufmerksam ist man im Goldberger Landratsamt auch gewesen dem Orte Siegenberg gegenüber. Dieses Dorf zählt mit dem Wahlbezirk 940 Seelen, ist also für einen Wahlbezirk mit drei Wahlmännern mehr als ausreichend groß genug. Zwei dieser Wahlmänner wären sicher

den liberalen Parteien zugefallen. Nach der veröffentlichten Wahlbezirkseinteilung wird aber das Resultat wahrscheinlich ein andres sein. Die Siegenberger werden nämlich, wollen sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, einen mehr als einstündigen Spaziergang nach Pantzenau unternehmen müssen, das zwar nur 237 Seelen enthält, aber doch zum Wahlort bestimmt worden ist. In Pantzenau residiert Graf Rothschild-Trach, der auch als Wahlvorsteher fungieren wird. Der Bezirk hat sechs Wahlmänner zu wählen, die dank der Wahlbezirkseinteilung aller Wahrscheinlichkeit nach der konservativen Partei zufallen werden. Die großen Gemeinden Weisdorf, Brokdorf und Modelsdorf besitzen inkl. Gutsbezirke 1890 Seelen. Mit einigen Anhänglein hätten aus diesen Orten sehr gut zwei Wahlbezirke gebildet werden können mit je drei Wahlmännern. Das ist nicht geschehen, die genannten Gemeinden bilden einen Wahlbezirk mit sechs Wahlmännern. Die Wähler von Brokdorf werden nun einen weiten Weg zu machen haben, wollen sie vom Wahlrecht Gebrauch machen, ebenso wie die Wähler des dicht bei Brokdorf gelegenen Dorfes Schellendorf, das dem Bezirk Pohlendorf zugeteilt worden ist. Wären Brokdorf und Schellendorf zu einem Wahlbezirk vereinigt worden, dann hätten die Liberalen wahrscheinlich alle drei Wahlmänner bekommen. In Brokdorf wohnt ein freisinniger Rittergutsbesitzer, der selbst schon Abgeordneter gewesen ist. So wie es jetzt liegt, werden aber die Bauern den weiten Weg scheuen und am Wahltag zu Hause bleiben. Die konservativen Gutsbesitzer jedoch werden mit „ihren Leuten“ antreten und die paar wirklich erschienenen Andersdenkenden überstimmen.“

Man vergleiche mit dem rücksichtslosen landräulichen Vorgehen die pomadige Art, mit der die Berliner Behörde das Umlegen von Häusern aus einem Wahlbezirk in den andren ablehnt, das doch nur erfolgen soll, um ausnahmsweise große Wählerzahlen zu vermeiden und dadurch den Beginn der Verhandlung um 5 Uhr nachmittags zu ermöglichen, wie es das Interesse der großen Mehrheit erfordert.

Ein Siegesfest der Socialdemokratie

war es, das gestern die Berliner Arbeiterschaft und die der Umgebung Berlins in 17 stark besuchten Versammlungen feierte. Wer von denen, die vor 25 Jahren dem schmachvoll verscharrten Schandgesetz zustimmten, hätte es sich wohl träumen lassen, daß nach einem Vierteljahrhundert nicht die Socialdemokratie, wohl aber das gegen sie gerichtete Gesetz zu den Dingen der Vergangenheit gehören würde. Und doch ist das heute der Fall! Es ist in dem Maße der Fall, daß unsre jüngeren Genossen die Mitkämpfer aus jener Zeit bereits als historische Persönlichkeiten zu betrachten pflegen, als Veteranen im Kampfe für die Arbeiterbewegung.

Wo am gestrigen Abende einer von diesen Veteranen zu der Kopf an Kopf gedrängten Masse sprach, herrschte eine besonders weisevolle Andacht. Denn in einem unterschied sich diese Jubelfeier von dem Siegesrausch, der nach der letzten Reichstagswahl das Proletariat erfüllte, daß die Begeisterung nicht in so lauter, rüchaltloser Weise wie damals sich geltend machte; so groß wie der Sieg des Proletariats über das Socialistengesetz auch ist, der Kampf war doch mit zu großen Opfern verknüpft, die Wunden, welche der Feind den Kämpfern schlug, waren zu schwere, als daß der Gedanke daran nicht die Freude an dem Siege zurückdrängen mußte in ruhigere Bahnen.

Die aber da mit Begeisterung den Schilderungen der Parteiveteranen lauschten, mit welch' ildischer Niedertucht damals der Feind den Kampf gegen das Proletariat geführt hat und mit welchem Opfermut unsre Genossen sich ihm entgegenstellten, sie verließen nicht die Versammlung, ohne innerlich den Schwur geleistet zu haben, in künftigen Fällen sich der alten Vorkämpfer der Partei würdig zu erweisen.

Die Versammlungen waren fast durchweg überfüllt und nahmen einen glänzenden Verlauf.

Die Versammlung des ersten Wahlkreises tagte in Wendisch Zudstrie-Sälen. Anwesend waren etwa 400 Personen, welche dem Referate des Genossen Dr. J a d e l mit lebhaftem Interesse folgten. Die Erwähnung der Gerichtsurteile, welche nach dem Södel'schen Attentat fielen, wurde mit Entrüstung aufgenommen. Redner verlas die Treisichselche Aeußerung, erörterte dann das Vorgehen der Behörden, die rüchlose Lockspikelei zur Zeit des Ausnahmegesetzes und meinte: „Genüßlich hatte die Polizei nicht uns, sondern wir die Polizei.“ (Stürmische Heiterkeit.) Schließlich drückte der Referent aus, die Socialdemokratie werde vorwärts gehen — mit oder ohne Socialistengesetz!

In der Versammlung des dritten Wahlkreises referierte Genosse T u h a u e r bei Wuggenhagen vor etwa 800 Personen, welche dichtgedrängt den weiten Saal füllten. Die Anwesenden folgten mit höchlichem Interesse den Ausführungen des Referenten. Hin und wieder wurden die Worte des Redners durch Zwischenrufe alter Genossen noch ergänzt. Der Referent erörterte die Verfolgungen, denen die socialdemokratische Bewegung schon in ihren Anfängen ausgegesetzt war und ging damit zum Socialistengesetz über. Die Erklärungen des Redners über die wunderbare Verschaffenheit des Södel'schen Mordrevolvers erregte lebhaftes Heiterkeit. In treffenden Worten erörterte der Redner die Zeit des Ausnahmegesetzes und fand bei der Versammlung lebhaften Anklang.

Im Konzerthaus Sanssouci war der Saal schon lange vor Beginn der Versammlung gefüllt. Nachdem ein Arbeiter-Gesangverein das Freiheitslied „Empor zum Licht“ stimmungsbevoll zum Vortrag gebracht hatte, nahm Genosse S i n g e r, der bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, das Wort. Wenn ich — so begann er — als einer der Alten, die die schwere Zeit unter dem Socialistengesetz miterlebt haben, heute in diesem Wahlkreise rede, der zu denen gehört, welche durch unermüdlichen und erfolgreichen Kampf zur Ueberwindung des Schandgesetzes beigetragen haben, so gedenke ich mit dem Gefühl tiefen Dankes derjenigen Genossen, die unter der Herrschaft des Socialistengesetzes für ihre Bestimmung gelitten und gestritten haben, ich gedenke der tausende unbekannter und ungenannter Parteigenossen, die unter den schwersten Opfern und den größten Gefahren in schwerer Zeit für die Partei gekämpft haben. Wir in Berlin haben mit besonderem Dank einiger Genossen zu gedenken, die während der Zeit des Schandgesetzes ihr Leben im Dienste der Partei opferten. Es sind die Genossen Heintze, Raumann und Lothmann, die in kalter Winternacht, verfolgt von Polizeibeamten, um die Parteilisten, die sie bei sich führten, nicht in die Hände der Verfolger fallen zu lassen, über das Eis des Schiffsfahrkanals flüchteten und in der kalten Flut den Tod fanden. — Der Redner schilderte die Situation vor dem Socialistengesetz und während desselben. Mit rücksichtsloser Gewalt ging die Polizei gegen die Organisationen der Arbeiter, politische und gewerkschaftliche, vor. Das Wort Tessenbergs: „Zerstören wir die socialdemokratische Organisation, und es wird keine socialdemokratische Partei mehr geben“ sollte wahr gemacht werden. Aber das gelang natürlich nicht, denn die socialdemokratische Bewegung war stärker, als ihre Verfolger. Die schnellste Waffe, welche das Ausnahmegesetz der Polizei in die Hand drückte: die Ausweisungsbefugnis, wurde aus einem Mittel zur Unterdrückung ein Mittel zur weiteren Ausbreitung der Partei, denn die Ausgewiesenen wurden an ihren neuen Wohnorten zu begeisterten Aposteln für unsre Idee. Das wurde treffend gekennzeichnet durch ein Wort Bindhorst's, der einmal, als die Verlängerung des Socialistengesetzes im Reichstage zur Beratung stand, mit Bezug auf den Ausweisungssparagrafen sagte: Herr Singer in Berlin, das mag angehen, da können Sie ihn behalten, aber in Hannover möchte ich ihn nicht haben. — In seinen weiteren Ausführungen zeigte Genosse Singer, daß weder polizeiliche Gewalt, noch Zwangungen falscher Arbeiterfreunde vermocht haben, unsre Partei abzulängen von dem Wege zu ihrem hohen Ziel. Trotz des Socialistengesetzes, ja vielmehr wegen desselben ist unsre Partei groß und stark geworden. Wir dürfen uns der

Sozialistengesetzlichen Zeit freuen, weil die Partei dieses Gesetz überwinden hat, weil sie Siegerin über ihre Verfolger geblieben ist. Trotz aller Hindernisse, welche ihr auch heute noch entgegengekehrt werden, schreitet die Sozialdemokratie unauflöslich vorwärts. Das einzige, was ihr schaden könnte, wäre, wenn sie den Boden des revolutionären Sozialismus verlasse. Daß das nicht geschehen wird, hat der Dresdener Parteitag bewiesen. Unsere Partei wird ihrem bisherigen Prinzip treu bleiben, und dahin wirken, daß die Arbeiter bald aus dem Doppelschloß politischer und wirtschaftlicher Anarchie befreit werden. So werden wir am besten den Dank abtragen an die Kämpfer, die in schwerer Zeit für uns gelitten haben. — Der mit stürmischen Beifall aufgenommene Vortrag klang aus in einem Hoch auf die Sozialdemokratie. — Durch den Vortrag eines von den Sängern zu Gehör gebrachten Liedes fand die Feier einen stimmungsvollen Abschluß.

Zweiter Wahlkreis. Die zahlreich besuchte Versammlung in der Vordrauerlei wurde eingeleitet durch den Festgesang von Lihmann, der von der „Kreuzberger Harmonie“ stimmungsvoll vorgetragen wurde. Sodann nahm Genosse Richard Fischer das Wort zu seinem fesselnden Vortrage. Ausführlich ging der Redner auf die Geschichte der beiden Attentate ein, die dem Kaiser des Sozialistengesetzes so sehr gelegen kamen und in schamloser Weise ausgenutzt wurde. Der Redner schilderte den Eindruck, den er empfand, als er spät abends, aus Schmöckwitz nach Berlin zurückkehrte, das Extrablatt vom Nobiling'schen Attentat auf den Straßen andrücken hörte, als das Wolffsche Depeschensureau die amtlich erlogenen Depeschen von sozialistischen Bestimmungsbearbeitungen des Attentäters veröffentlichte, der Attentäter, der nach ärztlichem Zeugnis so schwere Verletzungen am Schädel davongetragen hatte, daß er gar nicht vernehmungsfähig war. Nach diesen Attentaten trat, wie Redner weiter darlegte, eine Hebe gegen die Sozialdemokratie ein, die bisher unerhört geblieben ist. Nicht eigentlich die Polizei, sondern gerade das Bürgertum war es, das auf schamloseste die öffentliche Meinung säufte, besonders die bürgerliche liberale Presse, so daß es tatsächlich gelang, bis weit hinein ins Volk eine Stimmung zu erzeugen, als ob wirklich die Sozialdemokratie den Königsmord in ihrem Programm hätte. Dann kam die Sucht der Majestätsbeleidigungs-Prozesse mit ihren furchtbaren Verteilungen wegen der harmlosesten Äußerungen, die Flut der Denunziationen, durch die sich das deutsche Bürgertum schändete und die Achtung der Arbeiterklasse, als feindlich gegenüber der Regierung die Arbeitergeforderte wurden, alle sozialistisch geklammerte Arbeiter zu entlassen. Die erste Wirkung des Sozialistengesetzes, führte der Redner weiter aus, sei eine furchtbare niederdrückende gewesen, wie wenn ein Hagelschauer über die Felder streift und alles danieder schlägt. Aber die Mächtigkeits- und Entmutigung war bald überwunden und die Partei wurde geradezu stark durch die Verfolgungen. Die Ausgewiesenen von Berlin und den andern Städten des Belagerungszustandes wurden zu Sendboten, zu Agitatoren und Organisatoren und verbreiteten die Lehren der Partei überall, wofür sie kamen.

Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß man nicht wissen kann, welche Mittel die Gegner in der Zukunft gegen unsere Partei anwenden würden. Wenn auch ein Gesetz wie jenes unmöglich erscheine, müsse man doch auf neue Verfolgungen gefaßt sein. Aus den Kämpfen der Vergangenheit könne man lernen, wessen man sich von den Gegnern zu versehen habe. Für die Sozialdemokratie aber gäbe es kein Verzicht auf ihre Ideale. Möge die Zukunft bringen, was sie will, unser Wied der Sieg trotz alledem sein.

Nach Schluß des Vortrages, der stürmischen Beifall fand, trugen die Sänger das Lied „Empor zum Licht“ vor. Die ganze Versammlung verließ in gehobener Stimmung.

In der starkbesetzten Urania entrollte Genossin Jhrer mit fesselnden Worten ein lebendiges Bild jener überaus bewegten, für die Partei zwar traurigen aber doch auch ehrenvollen Zeit. Unter der gespannten Aufmerksamkeit der Versammlung schilderte sie die gefährliche Verbreitung des „Sozialdemokrat“, das gemeingefährliche Treiben der Volkspolizei und all die niederdrückenden Unterdrückungen und Verfolgungen. In ihrem weiteren Vortrage forderte sie auf zu frischem, unerschrockenem Weiterkämpfen, wobei sie sich vor allem an die zahlreich anwesenden Frauen wandte.

Die Versammelten erklärten: „Den tapferen Genossen, die um der Ueberzeugung willen Kerker, Verbannung, Hunger, Elend erduldet, den Männern, die im Kampf für die Emanzipation des Proletariats ihr Leben lassen mußten, ihrer gedenken wir in dieser Stunde mit dankbarer Wehmüt. Ihr Beispiel soll uns voranleuchten auf der Bahn des Kampfes und alle Sozialdemokraten anspornen, jederzeit mit derselben opferfreudigen Begeisterung zu kämpfen, bis der Sieg errungen.“

Nach den Schlussworten der Vortragenden klang von der Galerie, von einem Gesangsverein vorgetragen, das Lied: „Auf Fremde, laßt das Lied erklingen, das Siegeslied der neuen Zeit“ in den Saal hinein.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses war gut besucht. Die Versammlung wurde eingeleitet durch den Vortrag des Liedes „Erwache Volk!“ Dann sprach Genosse Wurm über die sturmbelegte Zeit des Sozialistengesetzes. Die innerpolitischen und wirtschaftlichen Zustände schilderte, kritisierte er die überaus schwächliche Haltung der bürgerlichen Parteien der bismarckischen Politik gegenüber. Scharf hob er besonders das Treiben der Berliner politischen Polizei hervor, die doch trotz all der unsauberen Mittel am Ende Fiasko machte. Eine Volkswegung, die durch die wirtschaftliche Entwicklung hervorgerufen ist, kann nicht durch polizeiliche Machtmittel niedergehalten werden. Die Sozialdemokratie schreitet neuen Kämpfen entgegen. Wir können ihnen ruhig entgegen gehen, denn wir das Wort beherzigen: Bereit sein, das ist alles. Wir sind bereit, wenn wir die altherkömmlichen Bahnen weiter schreiten. Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Die Versammelten ehrten die Opfer des Sozialistengesetzes durch Erheben von den Plätzen. Nach dem Vortrag eines Liedes wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im Böhmischen Brauhaus war der große Saal überfüllt. Genosse Stadtverordneter Peimann gab in seinem vortrefflichen Vortrage ein Stück sozialistischer Geschichte unter dem Beifall der Anwesenden, endlich betonend, daß die Sozialdemokratie wohl bekämpft, aber nicht besiegt werden könne.

Kellers großer Festsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Galerie hatte man abgesperrt und einige hundert Genossen mußten die Ausführungen des Stadtv. Genossen Hoffmann stehend anhören, der in vortrefflicher Weise die Kämpfe des Proletariats der sozialdemokratischen Partei als eine allen Stürmen und Anfechtungen gewachsene bezeichnete. Trotz unerhörtester Gerichtsverurteilungen, Verfügungen, Verbote usw. ist die Partei gewachsen, wie die letzte Wahl bewiesen hat. Es sei dies ein Zeichen, daß die Partei als solche fester denn je zusammensteht trotz aller reaktionärer Machinationen. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Im alten Schützenhaus (Linienstraße) waren die Parteigenossen des fünften Wahlkreises in starker Zahl versammelt. Das Referat hatte hier die Genossin Frau Dr. Luxemburg übernommen. Eine feierliche Stille herrschte im Saale und mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden — unter denen sich viele Frauen befanden — den schwingenden Worten der Genossin Luxemburg. In mancher Weise übte die Rednerin Kritik an dem Schmaggelei. Trotzdem die erdenklichsten Drangsalierungen an den Vorkämpfern der Partei verübt wurden, konnte es den Siegeslauf des Proletariats nicht hemmen. Niedergerungen haben wir unsre Feinde und wir werden weiter ringen und neue Siege erkämpfen. Brausender Beifall durchhallte minutenlang den Saal, als die Vortragende geendet hatte.

Im Lokale von Gollube hatten sich die Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt sehr zahlreich, etwa 600 Personen, — darunter viele Frauen — eingefunden, um die Gedächtnisrede des schmachvollsten aller Gesetze, welches jemals über ein Kulturvolk erlassen war, zu begehren. Die Feier wurde durch den Gesang zweier Freiheitslieder

eingeleitet. Genosse Walde Wranasse hielt hier die Jubiläumssprache. In markigen Worten geisterte der Redner die Maßnahmen, die die herrschenden Gewalten gegen die Kulturbewegung des Proletariats erlassen. Indes an dem Mute und der Opferfreudigkeit des arbeitenden Volkes mühten alle Reaktionsgeister gescheit. Die Unterdrücker der Kulturbewegung, sie stehen heute als Besiegte, das Proletariat dagegen als Sieger da. Der stürmische Beifall bekundete, daß die Anwesenden dem Vortrage mit regem Interesse gefolgt waren. In tiefem Ernst, hier und da noch kleine Gruppen bildend, und einiges Selbstgelebtes von den älteren Genossen erzählend, trennte man sich. Der Eindruck des Gehörten war sichtlich wahrzunehmen.

Im Swinemünder Gesellschaftshaus referierte Reichstags-Abgeordneter Ledebour. Bei seiner Schilderung über die Zustände vor und während der Zeit des Schandgesetzes und dessen Veranlassung, gedachte er in warmen Worten der tapferen Genossen, die in so aufopfernder Weise während dieser schweren Zeit für die Sozialdemokratie thätig waren. Dem Vortrage, in dem Genosse Ledebour die wichtigsten politischen Ereignisse der 25 Jahre skizzierte, folgte die stark besetzte Versammlung mit großem Interesse, und mehrmals gab sie ihr Einverständnis mit dem Referenten durch lebhaften Beifallssturmbezeugungen zu erkennen.

Bei Wille, Brunnenstraße, sprach an Stelle des Genossen Augustin, der verhindert war, der Genosse Leid. Er verwies darauf, daß schon vor dem Sozialistengesetz die Regierung alles versuchte, um die „gemeingefährlichen Bestrebungen“ der Sozialdemokratie einzudämmen. So war es der Staatsanwalt Tesfenhose, der die Organisation der Eisenacher und Laßal'schen auslöste, um die Sozialdemokratie zu vernichten. Besamisch wurde aber auch hier das Gegenteil erreicht: die Partei, die bisher in zwei Richtungen gespalten war, einigte sich und die Reichstagswahlen 1878 brachten ihr große Erfolge. Man versuchte dann den § 130 des Strafgesetzbuches zu verschärfen, womit man auch nur die Sozialdemokratie treffen wollte. Der Redner bespricht sodann die Zeit des Sozialistengesetzes, seine schlimmen Folgen und die Erfolge, die doch dieses Schandgesetz der Partei gebracht hat. Wenn auch die Opfer ungeheuer waren, so ist die Partei doch Sieger geblieben und glorreich aus diesem Kampfe hervorgegangen. Jetzt steht die Partei stark und kampfbereit da, ten zum Trotz, um der heutigen Gesellschaftsordnung ein Ende zu bereiten. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der hierauf folgenden Diskussion schilderten die Genossen Wille und Behrend ihre recht interessanten Ergebnisse während des Sozialistengesetzes.

In den Germania-Sälen staute sich eine tausendköpfige Masse von Parteigenossen und Genossinnen. Hatte es sich doch bald herumgesprochen, daß der Genosse Kotteler, der „rote Postmeister“ referieren werde. Auch die Polizeibehörde mochte wohl so etwas erfahren haben, denn sie hatte wieder ungewöhnliche „Sicherheitsmaßregeln“ durch das Aufgebot einer ansehnlichen Polizeitruppe zu Fuß und zu Pferde getroffen. Natürlich waren die Mannschaften wieder unsofort „mobil“ gemacht worden, auch diesmal wurde die Revolution nicht proklamiert.

Lautes Stille herrschte in dem großen Saal als die ehrenwürdige Greifengestalt des Genossen Kotteler das Publikum bestieg. Jeder fühlte es: in dem Mann verkörpert sich ein Stück Parteigeschichte. In sichtlich bewegten Worten erinnerte Redner an die Bedeutung des heutigen Tages. Seit reichlich 25 Jahren sei es ihm heute wieder zum erstenmal vergönnt, in Berlin in einer öffentlichen Parteiversammlung sprechen zu können; er hoffe, es sei noch nicht das letzte Mal. Er entrollte nun ein großartiges Bild von der Attentatsbege des Jahres 1878, deren Folge das Bismarck'sche Schandgesetz war. Noch ehe das Sozialistengesetz beschlossen wurde, waren sich die leitenden Genossen in der Partei vollkommen darüber klar, was kommen werde; dazu kannten sie Bismarck und seine Meute zu genau. Jedoch allen Erwägungen, ob man der zu erwartenden Entfaltung der brutalen Gewalt in passiven Widerstande trohen solle oder nicht, machte die raue Wirklichkeit bald ein Ende. Nach erfolgter Auflösung der Partei und der Gewerkschaften, nach der Unterdrückung der Presse und der rückständigen Ausweitung Hunderte von Parteigenossen, war es eine zwingende Notwendigkeit, die Gassfreundschaft des Auslandes in Anspruch zu nehmen, von dort aus zu versuchen, die schweren Wunden, die den Verfolgten und Gehegten durch die Weltpolitik gefügt waren, nach Kräften zu heilen und gleichzeitig mit Umsicht und Energie den idealen Gedanken des Sozialismus zu pflegen und weiter zu propagieren. Rot machte es fieberisch. Bald entfalteten die Genossen eine Thatsache, die sie selber selbst kaum für möglich gehalten hatten. Alle Schläge und Anfechtungen der Polizeikräfte waren ihnen im Handumdrehen geläufig. Gerade die feste Gefahr stärkte die Kraft und erhöhte den Opfermut. Die staunte man in Deutschland, als die ersten Nummern des „Sozialdemokrat“ von Jülich aus in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurden. Damals lautete der polizeitechnische Ausdruck allgemein, die Sozialisten hätten die erforderlichen Geldmittel von reichsfeindlichen Millionären erhalten. Nichts sei abdrüber wie das; lediglich der Opfermut der Genossen ermöglichte die Herausgabe des Organs und dessen prompter — Verbreitung in Deutschland. Redner machte hierauf detaillierte, von köstlichem Humor durchwirkte Angaben über die Einrichtung der „roten Post“, an der er persönlich als „roter Postmeister“ in so hervorragendem Maße beteiligt war. (Notabene habe er diesen Titel von einem Polizeimeinchen erhalten, der sich nach berühmten Mustern ein wenig bei ihm einschmeicheln wollte.) Dem „General-Postamt“ in Jülich wurden in Deutschland vier „Hauptämter“ mit verbotener Literatur versorgt, deren jedes wieder verschiedene „Nebenämter“ hatte. Sogar ein eigenes Bureau für die Legehörner war eingerichtet worden, und gerade dieses funktionierte besonders gut. Die Herren Rabat, Wohlgenut und andre Buttkamer'schen Polizeigeister konnten ein Lied davon singen, wie sie und ihre Organe von den „roten Briefträgern“ und „Postsekretären“ an der Kasse herumgeführt wurden. Freilich war dies auch vielfach mit allerhand Schwierigkeiten verknüpft und manche der Genossen viskierten mehr wie einmal längere Gefängnisstrafen. Trotz alledem thaten die „Relaisposten“, die an der deutsch-schweizerischen Grenze aufgestellt waren, ihre volle Schauligkeit im Interesse der guten Sache, und noch heute gebühre ihnen allen der Dank der Partei.

Viele der damaligen Kämpfer dede leider schon der kühle Rasen; ihnen sei es nicht mehr vergönnt gewesen, die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu erleben. Er selbst aber wolle es gern gesehen: hätte ihm etwa im Anfang der siebziger Jahre jemand gesagt, daß die junge Sozialdemokratie dereinst so weitlich zur Verfassung Bismarck's mit beitragen würde, er hätte ungläubig den Kopf geschüttelt. Doch das Sozialistengesetz fiel, und mit ihm sein brutaler Urheber. Mächtig ist die Partei erstarkt, kein Schandgesetz ähnlicher Art kann sie jemals erschüttern. Sollte sich aber dennoch eine blödsinnige Reaktion unterfangen, die Dreimillionen-Partei durch ein neues Ausnahmengesetz in Fesseln schlagen zu wollen, so werde es sich auch in Zukunft zeigen, daß die jetzige Generation der Arbeiterklasse ihrer alten Vorkämpfer würdig sei. (Stürmischer Beifall.) Nach einem feierlichen Schlusswort des Vorstehenden Eugen Ernst wurde die Versammlung mit brausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der Kronenbrauerei war der große Saal und die Galerie bis auf den letzten Platz besetzt. Das Referat hatte hier der Stadtverordnete Genosse Wald übernommen. In eingehender Weise schilderte der Redner die politischen Zustände vor 25 Jahren unter der Herrschaft des Blau- und Eisennarrischen Bismarck und die darauffolgenden schweren Leiden und Kämpfe, welche unsre Parteigenossen unter dem schmachvollen Ausnahmengesetz durchzumachen hatten. Er erinnerte daran, daß Tausende von Familien von Gefeswegen wegen jahrelang in die Gefängnisse gesteckt und ausgewiesen wurden. Aber alle, auch die brutalsten Gewaltmaßnahmen, haben nicht vermocht, die tapferen Genossen von ihrer Ueberzeugung ab-

zubringen, sie haben trotz aller Verfolgungen für die Ziele des Sozialismus gekämpft und ihre ganze Kraft für die Partei eingesetzt. Die Ausführungen des Referenten, der sodann die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie und des Gehabens ihrer Gegner beleuchtete, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Im Döbischen Saale in Schöneberg war schon lange vor Beginn der Versammlung Saal, Nebenzimmer und Treppen überfüllt. In drangvoller Enge lauchten die Massen den Ausführungen unsres Genossen Bebel, der in großen Zügen ein Bild der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen an gab, und die Stellungnahme der bürgerlichen Gesellschaft und des Klassenstaates gegenüber der jungen idealen Bewegung in den verschiedenen Perioden ihrer Entwicklung eingehend schilderte. Während des Bürgerturn anfang, seine demokratische Vergangenheit zu verleugnen, machte die Arbeiterbewegung die alten demokratischen Forderungen zu den ihrigen.

Die sächsischen Behörden eröffneten den Reigen der politischen Prozesse gegen die Sozialdemokratie, und der Leipziger Hochverratsprozess war der erste größere Streich, der gegen die Partei geführt wurde. Im Jahre 1878 verurteilte man in Preußen durch Auflösung des Deutschen Arbeitervereins die sozialistische Bewegung lahm zu legen.

Als 1874 die noch getrennt marschierenden Eisenacher und Laßal'sche größere Erfolge bei den Reichstagswahlen erzielten und bald darauf in Gotha die Vereinigung erfolgte, wurde durch Bismarck versucht, durch Verschärfung der einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches den idealen Bestrebungen der Partei zu Leibe zu gehen. Seine entsprechenden Vorlagen an den Reichstag in den Jahren 1875/76 hatten aber nicht den gewünschten Erfolg. Die famose Redigierung des § 130 lehnte der damalige Reichstag einstimmig ab. Darauf verurteilte er es im Jahre 1876 für Preußen mit der Auflösung der nun gemeintlich sozialistischen Arbeiterpartei.

Trotzdem stieg unsre Stimmzahl 1877 auf circa eine halbe Million und wir schickten neun Abgeordnete in das deutsche Parlament. Bismarck hatte hier schon den Plan gefaßt, lange vor dem Hübner-Attentat der Partei durch ein Ausnahmengesetz den Garaus zu machen. Kam hatte der Schuß Hübner's, noch ehe über Hübner's Person und seine Motive näheres festgestellt war, Bismarck die Gelegenheit gegeben, nimmere die Einbringung der Vorlage anzuordnen.

Als der Reichstag am 23. Mai das erste Sozialistengesetz abgelehnt hatte, erfolgte wenige Tage nachher das Unglück des Attentats des Dr. Nobiling. Wie es Bismarck verstand, die gefasste deutsche bürgerliche Presse gegen uns aufzuheben und uns den bürgerlichen Dr. Nobiling an die Rockschöße zu hängen, schilderte Redner in recht anschaulicher Art. In dieser Zeit der künstlichen Erzeugung gab es Majestätsbeleidigungs-Prozesse ohne Zahl, eine Denunzationswut ohne gleichen griff um sich, und der Boden für ein neues Ausnahmengesetz war geebnet. Unter diesen Stimmungen wurde am 11. Juni der Reichstag aufgelöst. Wenn wir auch noch neun Mann hoch in den neuen Reichstag einbogen und den Verurteilten der Gewaltpolitik thätig einzeigten, so kamen alle die schändlichen Verbote und Strafbestimmungen zur gefestigten Geltung, die alle Agitation, einschließlich der Verteilung der Stimmzettel zu den öffentlichen Wahlen verbot. Der kleine Belagerungszustand that ein Nichtiges, indem er hunderte unsrer besten Genossen, darunter die meisten verheiratet, in die Verbannung und vielfach in das Elend und den wirtschaftlichen Ruin trieb. Wie die Ausgewiesenen im Lande herumgehert wurden, wie sie durch die Behörden aus Arbeit und neuem Domizil getrieben wurden, ist eines der dunkelsten und ergreifendsten Kapitel der Geschichte dieses Schandgesetzes. Nun brauchte man für die wiederholten Verlängerungsgesetze des Gefes Material und so wurden Verbote und Attentate von den Spiegeln erdichtet und auch eingeleitet, wie das Niedertal-Denkmals-Attentat zeigt, um die Reichstagsmehrheit immer mehr gefügig zu machen.

Im Jahre 1888 kam Bismarck mit einer Verschärfung des Gesetzes, den sogenannten Expatrierungsbestimmungen, welche der Behörde das Recht geben sollten, die von dem Ausnahmengesetz betroffenen Genossen ganz aus dem Reichsgebiete auszuweisen zu können. Durch unsre Enthaltungen über die Thätigkeit der preussischen Polizeiagenten in der Schweiz, deren Richtigkeit uns durch den Polizeihauptmann Fischer in Jülich bescheinigt wurde, gelang es uns, diesen neuen Schlag zu parieren, und diese Vorlage kam zu Fall. Am 30. September 1888 auch das ganze Sozialistengesetz, nachdem der kleine Belagerungszustand schon vorher beseitigt worden war. Mit großer Genugthuung blickte wir auf diese 25 Jahre zurück, die Partei trotz aller Verfolgungen und Gewaltstreichs seitens unsrer Feinde von Sieg zu Sieg geschritten, und wer angeht unsrer drei Millionen Stimmen noch heute glaubt, mit derartigen Gesetzen etwas gegen uns auszurichten, den bedauern wir um seinen Verstand. Mit Wehmüt aber erinnern wir uns der Genossen, die als Opfer dieses Schandgesetzes Gesundheit, Leben und Existenz verloren haben. In der Diskussion gab Genosse Klein Selbsterlebtes als Ausgewiesener zum Verleihen. Nach kurzen Bemerkungen des Genossen Hoffman schloß Obi die imposante Versammlung mit begeisterten Hochrufen auf die Partei und den Genossen Bebel.

Im Charlottenburger „Volkshaus“ sprach der Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil. Er gab eine Uebersicht über die Geschichte des Gesetzes und schilderte dann im einzelnen die Kämpfe der Partei, dabei zahlreiche Episoden aus dem reichen Schätze seiner eignen Erfahrung zum besten gebend. Reichlicher Beifall lohnte den Redner.

Im Riesenaal der „Neuen Welt“ in der Hasenheide, wo die Rixdorfer Genossen und Genossinnen ihre Versammlung hatten, sprach vor etwa 3000 Personen Genosse Eduard Bernstein. Die Bedeutung des Tages kennzeichnete er einleitend dahin, daß man einen Sieg feiere der Freiheit des Wortes gegen politische Anebelung, einen Sieg der Armen und Unterdrückten gegen die Macht der Gewaltthaber und Reichen, einen Sieg einer aufstrebenden Klasse gegen die Unvernunft der Herrschenden, aber zur Abwirtschaffung heranreifenden Klasse, kurz einen Sieg des sozialen Fortschritts gegen sozialen Stillsand und sozialen Rückschritt. In lebendigster Darstellung gab dann Redner ein an interessanten Einzelheiten reiches Bild von der Entstehung, der brutalen Anwendung und der jeder vernünftigen Betrachtung höhnisprochenden Auslegung des schändlichen Sozialistengesetzes, sowie von dem heldenmütigen Kampfe unter der Herrschaft des Gesetzes, von dem dabei zu Tage getretenen Heroismus. Als Vermittler von der wästen Day gegen die der sozialistischen Bestimmung verdächtigen, von den rohen Gewaltthaten der Polizei erzählte, ertönten wiederholt lebhafter Rufe der Entrüstung. Redner trotz der Auffassung entgegen, daß nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes von den gebildeten Partei-Angehörigen die meisten der Partei den Rücken gelehrt hätten. Das stimmt nicht. So mancher Akademiker habe in der schlimmsten Zeit treu zur Partei gehalten und in ihr mitgewirkt. Zum Schluß legte Redner dar, daß man heute noch mit viel größerem Recht, als nach dem Fall des Schandgesetzes sagen könne, die Arbeiterbewegung sei unüberwindlich. Eine glänzende Position sei erreicht, der Kampf aber noch nicht zu Ende. Die Gegner hätten noch eine große Macht, manche Anschläge seien noch zu gewärtigen. Aber es gehe vorwärts und aufwärts. Das Geschick und die Fesselschleife auf dem Wege würden beseitigt werden durch unsre Begeisterung, unsern Eifer, unsre Geschlossenheit. Vorwärts und aufwärts! (Stürmischer Beifall.) Anders er den Wünsche Ausdruck gab, die Jungen möchten den Alten nachsehen, schloß der Vortragende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Tausende begeistert einstimmten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Fosen, 21. Oktober. (B. L. B.) Der Akadant der städtischen Gas- und Wasserwerke, Cosar Hennig, der nach Unterdrückung von 15 000 M. flüchtig wurde, ist in einer Verhaftung bei Fosen verhaftet worden.

Parteigenossen, beteiligt Euch Sonntag Mann für Mann an der Flugblatt-Verbreitung zu den Landtagswahlen!

Das Tempo des proletarischen Befreiungskampfes.

Soll die Dresdener Debatte über die Taktik der Partei nicht „für die Aay“ gewesen sein, soll eine gründliche Klärung und Verständigung über die Taktik erzielt und verhütet werden, daß auch auf künftigen Parteitag...

Run hat man erklärt, daß man mit der Bekämpfung des Revisionismus überhaupt erst so lange warten müsse, bis dieser, fleisch geworden, greifbare Form angenommen habe.

Der Revisionismus, der ja überhaupt kein Freund irgend welcher Systeme ist, stellt kein geschlossenes System dar, vielmehr einen ziemlich wirren Symptomenkomplex.

Mit einem der wichtigsten Symptome möchten wir uns heute ein wenig näher beschäftigen: Mit der eigenartigen Auffassung von dem Tempo des proletarischen Klassenkampfes.

Auch vor dem Auftauchen des Revisionismus gab es in der Partei verschiedene Temperamente, gab es Optimisten und Pessimisten in der Beurteilung der Länge der Wegstrecke, die uns noch von unserm Endziel trennt.

Seit Bernstein in seinen „Voransetzungen“ seine und seiner Geistesverwandten Zweifel öffentlich bekannnt, ist das wesentlich anders geworden. Der frische, fröhliche Kampfesmut, die trostige Siegeszuversicht ist bei den Revisionisten dahin, an ihre Stelle ist der lähmende Zweifel getreten.

Und die weilen die „Aushöhlung“ des Kapitalismus durch diese Organisationen natürlich eine überaus langwierige sein mußte, mußte man auch seine Hoffnungen auf die Eroberung der politischen Macht...

Es erscheint uns demgegenüber endlich einmal an der Zeit, mit dieser geradezu verhängnisvollen Auffassung und Taktik aufzuräumen. Genosse v. Ein vertritt aber nicht nur Bebel gegenüber diese Auffassung, er vertritt nicht nur, daß es sich um eine neue revisionistische Taktik dabei handelt...

Der alte Standpunkt der Partei ist der, daß auf dem Wege der politisch-propagandistischen Gewinnung der Massen — deren Möglichkeit sich auf die ökonomische Klassenscheidung stützt — die Arbeiterklasse die politische Herrschaft an sich zu reißen habe...

Wenn wir voraussetzen, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl sich in dem bisherigen Tempo vermehrt, so wird in zwei bis drei Jahrzehnten der Zeitpunkt eintreten, wo die starke Majorität des Volkes sozialistisch geworden ist.

Indes wäre es auch möglich, daß die besitzende Klasse es schon mit Gewaltmitteln versuchte, bevor die Sozialdemokratie die Volksmehrheit erlangt hätte. Wir bekämen es dann also mit Wahlentziehung, Ausnahmegeetzen etc. zu thun.

Und nun kommt der Revisionismus und deduziert uns, daß auch in 20, 30 Jahren das Proletariat noch nicht intellektuell und ökonomisch reif sein werde, „den sozialistischen Staat aufzurichten“.

Run erwidert v. Ein ungefähr: Es rächt sich später nur um so schwerer, wenn man dem Proletariat allerlei unerfüllbare Illusionen in den Kopf setzt, statt ihm reinen Wein einzuschänken...

Bestreitet aber der Revisionismus die Möglichkeit unsres Weges nicht, so möge er künftig auch eine Taktik einstellen, die die sozialdemokratischen Massen nur verwirren und ihren Vormarsch nur verzögern kann.

„Principienwächter“ des „Endziels“ und des „marxistischen Dogmas“ zu spotten und Aushöhlungstheorien zu entwickeln, mithelfen, die proletarischen Massen mit proletarischem Klassenbewußtsein und kampfesmutiger Siegeszuversicht zu erfüllen.

Man hat ja gelegentlich den Spieß umzukehren versucht und von unfruchtbarem „Phrasenradikalismus“ und „Nichtsalspolitikern“ zu reden getraut. Wir wiederholen darum: kein Mensch bestreitet die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats.

Kann eine Einigung über diese wahrhaftig wichtige Seite unsrer Taktik nicht erzielt werden, hält man sich für verpflichtet, die bisherige Haltung fortzusetzen, so bekenne man wenigstens offen Farbe und verzichte darauf, die revisionistische Taktik für die alte, hergebrachte und seit je tolerierte auszugeben.

Dergleichen sachliche Diskussionen schädigen die Partei ganz und gar nicht. Im Gegenteil, sie sind notwendig zur theoretischen Schulung der Massen.

Treueid und Bürgerpflicht.

Erörterungen über den serbischen Königsmord und den Treueid der Offiziere bildeten den Ausgangspunkt einer Privatlage des Oberst a. D. Gädle wider den Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Professor Dr. Kropatschek.

Inkriminiert waren zwei Artikel in Nr. 290 und 296 der „Kreuz-Zeitung“ vom 24. und 27. Juni, die in Erwiderung auf zwei von Oberst Gädle verfaßte Artikel in Nr. 313 und 319 des „Berliner Tageblattes“ vom 23. bezw. 30. Juni veröffentlicht worden waren.

Es handelte sich um folgendes: In Nr. 313 des „Berliner Tageblattes“ behandelte der Privatläger in längeren Ausführungen den „serbischen Königsmord und die Armee“.

„Doch giebt es eine andre, ebenso heilige und erhabene Pflicht, wie die persönliche Treue gegen den Kriegsherrn, eine noch ältere Pflicht sogar; denn sie ist uns bereits mit unsrer Geburt geworden. Das ist die Bürgerpflicht gegen unsern Staat, gegen das Vaterland, von der der Treueid gegen den Monarchen uns niemals entbinden kann.“

Darauf antwortete die „Kreuz-Zeitung“ am 24. Juni u. a.: „Eine „Herrschaft“ der Mehrheit giebt Gott sei Dank bei uns überhaupt nicht und der Liberalismus, zu dem sich der Herr Oberst anknüpft an das „Berliner Tageblatt“ doch wohl bekannnt, hat ja erst im letzten Winter bewiesen, daß für ihn eine ihm unangenehme parlamentarische Mehrheit gar kein Gegenstand der Achtung ist.“

„Ein ehemaliger höherer deutscher Offizier behauptet, daß die „Bürgerpflicht“ gegen den Staat“ für den Offizier eine „ältere Pflicht“ sei als die „persönliche Treue gegen den Kriegsherrn“.

Hierauf antwortete Oberst a. D. Gädke in Nr. 319 des „Berliner Tageblatt“ in einem Artikel zur Abwehr. Er führte darin aus, daß die „Kreuz-Zeitung“ in denunziatorischer Weise den Inhalt seines Artikels in tendenziöser und unzutreffender Weise festzumauern versucht habe. Er habe zur Widerung der Anschauungen über die serbische Armee lediglich ausgeführt, daß unter Umständen ein schwerer Konflikt der Pflichten eintreten könne, in welchem Bürgerpflicht und Treueid in scharfem Gegensatz zu einander stehen. Gott sei Dank gebe es in Deutschland über diese Dinge entscheidendere Stellen als die „Kreuz-Zeitung“, die der Partisanationismus völlig blind mache. Er befinde sich mit seiner Ansicht in guter Gesellschaft, in besserer als die „Kreuz-Zeitung“ sei usw.

Hierauf erwiderte die „Kreuz-Zeitung“: Der Oberst a. D. Gädke fände sich hinsichtlich seiner Sonderbaren Auslassungen über das Verhältnis von militärischem Treueid zur Bürgerpflicht recht ungeschickt herauszubeden.

Der Herr Oberst a. D. tröstet sich, daß es in Deutschland entscheidendere Stellen gebe, als die „Kreuz-Zeitung“. Das meinen wir auch, und den n überlassen wir gern das Urteil über die Anschauungen, die der Oberst a. D. Gädke vom Treueid hat.

Dies der Thatbestand. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es nicht besser sei, den Streit im Wege der Güte aus der Welt zu schaffen, erklärte der Privatkläger, daß er sich dazu nicht verstehen könne. Die Abfertigung der Beleidigung ergebe sich schon aus der Form. Jeder Mensch, der auch nur eine Ahnung von militärischen Dingen habe, müsse wissen, daß jeder Offizier, der sich nicht ehrenrührig habe zu schämen kommen lassen, ganz allgemein mit dem Recht zur Tragung der Uniform entlassen werde. Außerdem habe er die Überzeugung, daß der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ nach seinem ganzen Tenor von einem Offizier herrühre. Deshalb glaube er nicht, daß seine Berechtigung zum Tragen der Uniform dem Verfasser unbekannt gewesen sei.

Angell. Prof. Kropatschek: Er bekämpfe sich hiermit selbst als Verfasser. Wenn er dies bisher nicht getan, so habe dies seinen besonderen Grund. Er habe die beiden Artikel Zug um Zug als Antwort auf die Artikel des Privatklägers veröffentlicht. Letzterer habe dann fünf Tage später erst einen Brief an ihn gerichtet und ihn aufgefordert, den Verfasser zu nennen resp. zu befragen, ob er bereit sei, ihm (dem Privatkläger) gegenüber die persönliche Vertretung zu übernehmen. Dieser Postus laße doch nur eine Anleihe zu. Er selbst sei nun Hauptmann der Landwehr und habe auch das Recht zur Tragung der Uniform. Er wisse, daß, wenn jemand so vorgehen wolle, wie der qu. Patius des Briefes andeute, dies unversäglich zu geschehen habe. Wenn der Oberst Gädke einen andern Weg vorzog, zunächst einen sehr scharfen Antwortartikel veröffentlichte und dann nach fünf Tagen den Verfasser erfahren wollte, so habe er keine Pflicht gefühlt, dies Verlangen zu erfüllen, denn er habe annehmen müssen, daß der Privatkläger den Streit auf publicistischem Boden ausfechten wollte.

Oberst a. D. Gädke: Er sei damals frisch in die Redaktion des „Berliner Tageblatt“ eingetreten gewesen und habe nicht immer sofort die Zeitungen zur Verfügung gehabt. Daraus ergebe sich die geringe Verzögerung. Außerdem: wenn jemand die Uniform zu tragen berechtigt ist und dem Ehrengericht der Offiziere noch untersteht, so sei es natürlich, daß er zu unternehmenden Schritten als ruhiger und verständiger Mensch erst überlegt. So etwas mache man nicht aus dem Handgelenk.

Prof. Kropatschek: Ein ruhiger und verständiger Mensch antwortete nicht erst in der Zeitung in solcher Tonart und konnte dann nach fünf Tagen mit solchem brieflichen Verlangen.

Nach Verlesung der Artikel beauftragte Justizrat Kleinholz die Beurteilung des Angeklagten. Der Privatkläger sei schwer beleidigt. Er habe ohne weiteres anerkannt, daß das serbische Heer gegen die erste Pflicht, die Treupflicht, verstoßen habe, und nur für eine mildere Beurteilung plädierte, da die serbischen Offiziere vor den härtesten Konflikt gestellt worden seien. Ein Treueid habe sich auf dem serbischen Thron befunden und eine allgemein verachtete Frau. Der König sei damit umgegangen, sein Heer zu formieren, das Heer sollte zu einer elenden Maschine für einen elenden Mann herabgedrückt werden und da haben sich die Offiziere aus Liebe zu ihrem Vaterlande zu jenem zu mißbilligenden Schritt hingeworfen.

lassen. Die inkriminierten Artikel der „Kreuz-Zeitung“ lassen nun deutlich die Tendenz erkennen, den Privatkläger als einen unehrlichen Mann hinzustellen. Die beleidigenden Bemerkungen sind direkt gegen ihn und seine Ehre gerichtet gewesen und zielen vielleicht noch nach einer andern Stelle. Der zweite Artikel sei ebenso beleidigend wie der erste, denn er stelle die Ansichten, die der Privatkläger über den Treueid habe, als verächtlich dar.

Rechtsanwalt Kästel: Wenn der Oberst a. D. Gädke einen solchen Artikel veröffentlichte, dann könne er sich nicht wundern, wenn von anderer Seite, namentlich von der „Kreuz-Zeitung“, die in militärischer Beziehung anderer Ansicht sei als der Privatkläger, Entgegnungen darauf erfolgen. Der Privatkläger habe sich nicht bloß bei der serbischen Armee aufhalten, sondern an den Vorgang ganz allgemeine Betrachtungen geknüpft und seine Ausführungen über Bürgerpflicht und Treueid auch auf unsere deutschen Verhältnisse angewandt. Nach dem, was er gesagt, müsse der Soldat, wenn ein Konflikt der Pflichten eintrete und es hart auf hart geht, die Bürgerpflicht gegen den Staat der Treupflicht gegen den Monarchen voranzustellen. Ein unbefangener Leser müsse zu solchem Schluß kommen. Die „Kreuz-Zeitung“ vertrete nun beinahe ausschließlich die Interessen der konservativen Partei und der Armee und ein Redakteur der „Kreuz-Zeitung“ könne solche Ansichten eines ehemaligen höheren Offiziers nicht ohne Widerspruch hingenommen lassen. Der Rat zum Ausscheiden aus dem Offiziercorps sei lediglich ein Mahnruf an Offiziere, die so denken, wie der Privatkläger, gewesen, aber ziele gar nicht auf letzteren selbst, denn letzterer hatte ja schon seinen Abschied genommen. Die Person des Privatklägers habe dem Angeklagten ganz fern gelegen, er habe ihm auch keineswegs den Vorwurf der Unehrlichkeit machen wollen, sondern habe geglaubt, daß er gerade so ehrlich gewesen sei, wegen seiner abweichenden Ansichten den Abschied zu nehmen. Es liege weder objektiv noch subjektiv eine Beleidigung vor, eventuell stehe dem Angeklagten auch der Schutz des § 193 zur Seite.

Justizrat Kleinholz: Der Privatkläger sei ganz damit einverstanden, wenn seine Ansicht bekämpft, nicht aber, wenn seine Ehre angegriffen werde. Er bestritte, daß der Angeklagte die Interessen der Armee vertrete, diese Interessen werden von allen Parteien vertreten und die konservative Partei könne sich nicht das Recht vindizieren, daß sie dies allein thue. Die „Kreuz-Zeitung“ vertrete zudem nur einen Grad der konservativen Partei, nämlich die äußerste rechte Seite § 193 finde deshalb keine Anwendung.

Rechtsanwalt Kästel: Entgegen der Ansicht des Privatklägers sei es für die „Kreuz-Zeitung“ nicht zweifelhaft, daß der Treueid der sogenannten Bürgerpflicht unbedingt voranzustellen müsse. Die „Kreuz-Zeitung“ vertrete den Geist des preussischen und deutschen Offiziercorps ganz besonders und deshalb liegen persönliche Beziehungen vor, die die Anwendung des § 193 rechtfertigen.

Der Angeklagte bemerkte: Wenn er den ersten Artikel des Privatklägers lese, so könne er als Redakteur der „Kreuz-Zeitung“ und ehemaliger Offizier nicht anders, als lauten Protest dagegen zu erheben. Der Privatkläger sei nicht bei serbischen Verhältnissen stehen geblieben, sondern habe ganz allgemeine Betrachtungen über Bürgerpflicht und Treueid angestellt, die also auch auf deutsche Verhältnisse ihre Anwendung finden sollen. Die angeborene Bürgerpflicht sei nichts, denn jeder Auswanderer entledige sich ihrer ohne weiteres, ohne damit eine Schuld auf sich zu laden. Ganz anders sei doch der Treueid gegen den Monarchen, den man als erwachsener Mensch leiste. Der in dem Artikel des Privatklägers ausgesprochene Satz sei von so allgemeiner und gefährlicher Bedeutung, daß er unmöglich darauf habe schweigen können. Er habe von der Person des Privatklägers nichts gewußt, sondern zuerst angenommen, daß es ein serbischer Offizier sei. Er behaupte: Kein deutscher Offizier könne die Ansicht des Oberst a. D. Gädke teilen! Er habe geglaubt, letzterer sei ein so ehrlicher, vornehm denkender demokratischer Mann, daß er seiner Meinung wegen dem Abschied genommen habe, nicht aber habe er ihn als unehrlich hinzustellen wollen. Wenn es sich um den Treueid handle, könne die Bürgerpflicht gar nicht in Frage kommen. Er glaube, daß auch der Privatkläger selbst jetzt schon bedauere, diesen Satz geschrieben zu haben; ein Offizier, der sich dazu bekennen würde, würde nicht in die Armee hinein gehören. Von allerhöchster Stelle sei einmal

unter Hinweis auf den Treueid betont worden, daß der Soldat unter Umständen sogar auf seine Angehörigen verzichten müsse. Wenn einmal ein sozialdemokratischer Unteroffizier oder Gemeiner einem solchen Befehle nicht Folge leisten würde, so würde er vor ein Kriegsgericht kommen und da könnte dann sein Verteidiger bequem darauf hinweisen, daß selbst ein höherer Offizier unter Umständen anerkannt habe, daß der Treueid hinter der Bürgerpflicht zurückstehe. Er habe den Oberst a. D. Gädke nicht beleidigen wollen, nehme aber von dem Sage, daß jemand, der sich zu jener Ansicht bekeme, nicht in die Armee gehöre, kein Wort zurück.

Oberst a. D. Gädke: Es könne nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, daß es zwei Pflichten giebt. Die Inschrift auf seinem Helm laute deshalb auch: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Wenn er von der Bürgerpflicht spreche, so spreche er von der Pflicht gegen das Vaterland. Es sei ihm nicht eingefallen, wegen dieser seiner Ansichten den Abschied zu nehmen, denn sie würden ihn nie gehindert haben, unbedingt das zu thun, was sein König und Herr ihm befehle. In Deutschland fallen ja beide Pflichten für den Offizier immer zusammen, denn in Deutschland seien Dinge, wie sie in Serbien vorgekommen, absolut unmöglich. Das könne ihn aber nicht abhalten, fremde Verhältnisse und fremde Monarchen nach den sittlichen Qualitäten, die ihnen innewohnen, zu beurteilen, und da es sich in Serbien um minderwertige Subjekte handelt, auch auszusprechen, daß dort die Offiziere in einen Konflikt mit ihrem Eid geraten könnten. Für jeden Eid und jede sittliche Pflicht gebe es eine sittliche Vorbedingung: daß der, dem der Eid geleistet werde, auch die erforderlichen sittlichen Qualitäten besitze, denn sonst komme es zum Konflikt, aus dem niemand ohne Schaden hervorgehe. Für Deutschland sei ein solcher Konflikt ganz ausgeschlossen, er würde es für die schwerste Majestätsbeleidigung halten, wollte jemand annehmen, daß bei uns so etwas möglich wäre wie in Serbien.

Prof. Kropatschek: Er bestreite, daß der betreffende Satz sich nur auf Serbien bezogen habe und bestreite ferner, daß es möglich sei, eine Theorie aufzustellen, wonach man vom Treueid entbunden werden könnte, weil der Betreffende keine sittliche Persönlichkeit ist. Er behaupte: man könne von solchem Treueid nur entbunden werden, nicht aber sich selbst entbinden.

Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil dahin: Der Angeklagte sei freigesprochen und die Kosten des Verfahrens seien dem Privatkläger zur Last gelegt. Das Gericht sei davon ausgegangen, daß der fragliche Satz in dem Artikel des Privatklägers sich nicht allein auf Serbien beziehen solle, sondern ganz allgemein gehalten sei und der Leser ihn auch auf deutsche Verhältnisse anzuwenden müsse. Wenn man von einem Offizier sage: der Treueid könne ihn nicht von der allgemeinen Bürgerpflicht entbinden, so müsse man dieses Recht auch jedem Unteroffizier und gemeinen Soldaten zusprechen. Wenn sich solche Ansicht weiter verbreitete, so würde das zu sehr bösen Konsequenzen führen, namentlich in der heutigen Zeit. Der Verteidiger habe nicht recht, wenn er behaupte, wir haben nur Parteien, welche für die Armee und den Monarchen eintreten; eine sehr große Partei thue dies doch gewiß nicht. Wenn man im Offiziercorps jemand hätte, der seine Leute im Sinne jenes Satzes instruierte, so sei kein Zweifel, daß ein solcher sofort aus dem Offiziercorps entfernt werden würde. Der Angeklagte habe als Redakteur und Offizier das Recht gehabt, dagegen aufzutreten.

Eingegangene Druckschriften.

- Gedichte von Johannes Wedde. Eine Auswahl aus den gesammelten Werken. Mit einer Einleitung von Walter Hübbe. Hamburg 1903. Alfred Junken. Preis brosch. 50 Pf.
- Gesch. R. Die verhaftet man sich gelundes Blut? Ein praktischer Ratgeber. Preis 1,50 M. Verlag Hugo Schönböcker, Berlin NW 23, Hensburgerstraße.
- Gumoun, Angentour. Sammlung von Schätzen zur Kanalvorlage. Nr. 4. Ueber die Ursachen und über die Mittel zur Bekämpfung der häufig wiederkehrenden unzeitigen Ueberschwemmungen. 42 Seiten. Hochdruckdruckerei Gebrüder Bäcker, Hammoner 1903.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 22. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die weiße Dame.
Schauspielhaus. 1912.
Deutsches. Nora.
Berliner. Lucifer.
Kessing. Der Sturmgelächte Socrates.
Wesken. Der Hgamerbaron.
Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjänger.
Neubaus. Das große Geheimnis.
Central. Bruder Straubinger.
Zhalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
San Marcos Tochter.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.)
Die Stützen der Gesellschaft.
Wette-Milance. Der Renonnié.
Kleines. Nachtstul.
Luifen. Die Jüdin von Toledo.
Carl Weich. Die Kaschibauer von Berlin.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Tisch.
Apollo. Frühlingluft. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Abrennendes! Postage-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Casino. Tolle Kadetten. Spezialitäten.
Palast. Geniehet das Leben. — Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
An den Seen Ober-Italiens.
Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.
Indianer-Riese.
Mianko Karoo.
Die zusammengegewachsenen Lebnad. Schwestern! Lebnad. Baren-Riese.
Andrios Venter. ehemal. Leibsoldat des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.

Luisen-Theater.

Zum erstenmal:
Die Jüdin von Toledo.
Histor. Trauerspiel v. Ar. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend: Krieg im Frieden.
Sonntag: Tolle Kadetten 8 Uhr zu kleinen Preisen: Berlin bei Nacht.
Abend: Das Kästchen v. Heilbronn.
Montag: Krieg im Frieden.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagsabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.
Ein romantisches Trauerspiel in fünf Aufzügen von Arthur Hgner.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabendabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.

CIRKUS SCHUMANN.

Heute, Donnerstag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Spanische Schule, geübt von der jugendlichen Schutzeleiterin Jrdulain.
Dora Schumann.
Lebe Wunderaffen. — Der preisgekrönte 6er Zug.
Die elektrischen Riesenterrassen.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Casino-Theater.

Reichlingerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Nur noch kurze Zeit!
0 1/2 Uhr: Tolle Kadetten.
Vorher: „Diebesfalle“ etc.
Sonnagnachm. 4 Uhr: Eternos.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater).
Donnerstagsabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Hgnerit Hgen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Freitagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Bruder Straubinger
Operette in 3 Akten von Ed. Eysler.
Freitag, den 23. Abonnement-Vorh.: „Boccaccio“.
Sonnabend, 24.: Bruder Straubinger.
Freitag-Abonnement-Büfett.
II. Serie, für 5 Vorstellungen sind bis inkl. Freitag täglich an der Kasse von 10 bis 2 Uhr zu halben Preisen zu haben.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid. Frid. Rosa Marion.
Grete Meyer. Müller Lincke.

Neuestes! Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Cirkus Busch.

Donnerstag, den 22. Oktober cr., abends 7 1/2 Uhr:
Mademoiselle de Holstein.
„Neapolitane Soja“, acht Puppengericht, geübt von Herrn Burkhardt-Footit.
Die Reubessuren des Direktors Busch: 4 ostpreuss. Kappen; 2 Berliner-hengste. Großes Nontrac-Tabelle: 12 Elefanten, 3 Zebbras, 50 Pferde; der Elefant als Chauffeur.
Miss Claire Hellet, Löwenbraut.
Paul Münders Schießens-jahrt und Todessprung.
Berliner Winterfrenden.
Humoristisches Wagners-Schauspiel zu Wasser und zu Lande.

Residenz-Theater.

Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das grosse Geheimnis.
Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.
Deutsch von Max Schönau.
Norgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonnagnachmittag 3 Uhr: Lull.

Belle-Alliance-Theater.

Dir. Hoffmannspleidit. Jul. Aug. Grubb.
Die zärtlichen Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von Rob. Benedy.
Anf. 8 Uhr. — Freitag: Dief. Vorh.
Sonnabend, zum erstenmal: In Vertretung. Ein Soldatenhewant in 3 Akten von Heinz Gorden.
Sonntag: In Vertretung. Nachm.: Die zärtlichen Verwandten.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Extra-Elite-Vorstellung.
Der Hüftenbesitzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familien-Ball.

Das Getränk der Kinder.

Wenn die Gesundheit und das blühende Gedeihen seiner Kinder am Herzen liegt, der sehr streng darauf, daß sie keinen Vohncatasse zu trinken bekommen, weil dieser nach ärztlicher Ansicht den kindlichen Organismus schädigt. — Für die Kleinen ist Rathreiners Malzlasse, der gerade auf jugendliche und zarte Organismen die wohlthätigste Wirkung ausübt, ein überaus bestimmtes Getränk, das von vielen Ärzten empfohlen wird. Die Erfahrung lehrt, daß Rathreiners Malzlasse mit Milch gekocht schon nach kurzer Gewöhnung das Lieblingsgetränk unserer Kleinen bildet, bei dem sie prächtig gedeihen.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Zum 16. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten von weiland Josef Strauss.
Im Blütenhochzeit.
Ballett von Louis Gundlach.
Fernor:
Die glänzenden Spezialitäten und Messers Blophon.
Neue Bilder-Serie.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 2 Uhr: Matinee der Internat. Artisten-Loge.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch-Amerikanisches Theater
67/68 Köpnickstr. 67/68.
Jeden Abend Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
Heber'n großen Tisch
Geltete Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp.

E. Obsts Festsäle Schöneberg.

Meiningerstr. 8. Ecke Martin Lutherstr. 51.
Donnerstag, den 22. Cfr. 1903:
Gr. humorist. Familien-Soiree
der beliebtesten Märk. Quartett-Sänger u. Humorist. (Franz Kühn, Gustav Eulenburg etc.).
Auftr. des beliebten Eulenburg. Urkomisches Programm.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf., Kinder 10 Pf.
Bons haben Galtigkeit, 20 Pf. Nachzahl.
Nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Apollo-Theater.

Zum 16. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten von weiland Josef Strauss.
Im Blütenhochzeit.
Ballett von Louis Gundlach.
Fernor:
Die glänzenden Spezialitäten und Messers Blophon.
Neue Bilder-Serie.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 2 Uhr: Matinee der Internat. Artisten-Loge.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Unterstadtstraße.
Biscotte.
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Die Maschinenbauer von Berlin.
Komie mit Gesang in 6 Bildern von H. Weibach.
Anf. 8 Uhr. — Morgen: Dief. Vorh.
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Die verzauberte Girschub. — Sonntag-nachmittag 3 Uhr: Die Schule des Lebens.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß ich das Lokal von H. Schilling, Samariterstr. 25. Ecke der Dolgierstraße, in Vertretung übernommen habe. Für gute Speisen und Getränke bestens geeignet. 24025*
Friede Schäfer, früherer Kassier der Bauarbeiter, Zehlfelder Berlin I.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.

Olga Wohlbrück,
Spott- und Geissellieder.

**Der Todessprung
des Hundes.**

14 erstklassige Nummern.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.

Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**

Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit
so großem Beifall aufgenommenen
Norddeutschen Sänger.

Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:
Grosser Ball.

Jeden Dienstag und Freitag:
Gastspiel Berl. Volks-Theater.
Jeden Mittwoch:
Grosser Elite-Familienabend,
Norddeutsche Sänger u. Ball
Entree 30 Pf. Spectry 50 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Mit-Moabit 17/19.

Donnerstag, den 22. Oktober 1903:
Bernhard Rose - Theater - Ensemble.
Die beiden Harfenmädchen
oder:
Der Fluch des alten Geigers.
Original-Charaktergemälde m. Gesang
in 4 Akten von E. Gollert.
Anfang 8 Uhr.

WINTERGARTEN

Saharet australische
Tänzerin.

The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-
Vorstellung vor Sr. Majestät Kaiser
Wilhelm II.

Smith u. Doroteo Excentrics
Thorese Renz Schulleiterin
Die drei Luppas Reckturner

Anne Dancrey Pariser Soubrette,
Moskwa russisches Sextett,
Die August's Jongleure.

Angeline Vanloo Sängerin
O. K. Sato komischer Jongleur,
Miss Emeline Trapezkünstlerin,
Die Jahrmärkteprinzess Ballett,
Der Biograph.

Reichshallen
Stettiner Sängerkreis
(Weski, Pietro, Brillon,
Steibl, Böhm, Böhm,
mann, Plattner,
Schradler u. Ederino.)

Anfang: 8 Uhr,
Wochentags 7 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etabl. Buggenhagen
Moritzplatz. Im Kaiserpalast:
Stimmlied-Ensemble
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Auf 7 1/2 Uhr. Kassen-
öffnung 6 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Bons bab. Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

In den inneren Sälen Dienstags und
Donnerstags: **Bravovaretti** Konzert.
Sonabend u. Sonntag: **Wärsch**
Konzert. Bons haben Gültigkeit.

Sanssouci.
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solire:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ecke Negeanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Ganz neues Programm.
Zum Schluss die Gesangs- u. Poffe
ä g'teiltes Los.
Nach der Vorstellung:
Witto, Sonab, Sonnt.: Tanz.

Neue Welt
Arnold Scholz
Hansenheide No. 108/114.
Donnerstag, den 22. Oktober cr.:
Bernh. Rose-Theater-Ensemble.
Zum erstenmal:
Auf goldenem Boden.
Vollständ. mit Gesang in 5 Bildern.
Nach der Vorstellung:
Familien-Kränzchen.
Tanz frei.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorstellungarten haben Gültigkeit.

Freie Volksbühne.

Sonntag, 25. Oktober: 1./2. Abteil. im Metropol-Theater:
Der Widerspenstigen Zähmung.
12./13. Abteil. im Lessing-Theater: „Nathan der Weise“.

Sonntag, den 25. Oktober cr.: 2. Kunstabend.
Wegen nachträglicher Verweigerung der Singakademie
findet der 2. Kunstabend (Dehmel) im grossen Saale
des Gewerkschaftshauses (Engel-Ufer 15) 2 1/2 Uhr statt.

3. Kunstabend: „Klinger“
Vortrag - Lichtbilder - Konzert
voraussichtlich im grossen Saale des Gewerkschaftshauses.

Winterfest
Sonabend, den 14. November cr. - Brauerei Friedrichshain:
Offenbach-Abend
Liederspiele, Operetten, Couplets.
Festmarken a 50 Pfennig in allen Zahlstellen.
230/5
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.
Sonntag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr,
im Festsaal von Wendts Klubhaus, Köpenicker Str. 14a:
Geselliger Familien-Abend.
Alles Nähere bekannt. Es ladet freundlichst ein
26185
Das Komitee.

Wedding-Park
Müllerstr. 178. Inhaber: **Carl Maschke.**
Empfehle meine Saale zu
festlichkeiten und Versammlungen.
Sonabend, 31. Oktober, 28. November, 5. und 12. Dezember frei.

Palast-Theater früher
Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Nur noch kurze Zeit.
Geniehet das Leben.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Freitag, den 23. Oktober 1903:
**Elite-Extra-Vorstellung:
Der Hüftenbesitzer.**
Schauspiel in 4 Akten von G. Dörm.
Entree 20 Pf. Parterre 40 Pf., Spectry
60 Pf., Loge 1 2/3.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Achtung! Vereine!
Saal (ev. Bühne) bis 300 Per-
sonen ist zum Sonabend den
14. November frei geworden.
29162
Neues Glüh-Haus,
Kommandantenstrasse 72.

**Scheruchs
Festsäle**
Küdersdorferstrasse Nr. 45.
Renoviert!!!
Säle von 50 bis 2000 Personen fassend
zu 29332

**Volkerverammlungen,
Verständungsverammlungen,
Vergnügnngen, Hochzeiten etc.**
Sonabende und Sonntage
noch zu vergeben.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialist für
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Land Bothe 232. Abzahlung.
840 qm 300 R. For-
est. Nur mündlich.
Herzomy, Blumenstr. 79.

Reines vollwertiges Roggenbrot
a 50, 35 u. 20 Pf.
und gute, schmackhafte weisse Ware,
6 Stück 10 Pf., empfehle ich
den werten Genossen u. Genossinnen
Pappel-Allee 24,
Ernst Pfeiffer, Bäcker.

Honig! Unverfälscht. Deutscher
Bienenhonig, best. Qualität,
verf. die 10 Pfundbottle zu 7,00 R., 5 Pf.
4,30 R. franco. Gerant, Rüdowstr.
E. Reil, Nordloh, Bahnhöf,
Augustheide, Lindenb.

Centralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Freitag, den 23. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
der Zahlstellen Berlin und der Umgegend, sowie der Putzer, Kahlputzer, Spanner und Cementierer Berlin
und der Vororte
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom III. Quartal. - 2. Vortrag und Diskussion. - 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert - ohne dasselbe kein Zutritt.
Guten Besuch erwartet
144/15
Der Zweigvereins-Vorstand.
S. A.: Wihl. Fritsch.

Achtung! Rohrer. Achtung!
Heute Donnerstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
sämtlicher Rohrer Berlins und Umgegend
im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c.
Tages-Ordnung:
Berichterstattung der Lohnkommission. 257/19
NB. Die Bau-Arbeiter aller Berufe werden ersucht, auf dieses Inserat
die Rohrer aufmerksam zu machen. Die Lohnkommission.

Achtung! Achtung!
Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.
(Eingetragene Genossenschaft m. b. Haftpflicht.)
Sonntag, den 25. Oktober 1903, vormittags 9 1/2 Uhr,
bei
**Buggenhagen am Moritzplatz:
Außerordentliche General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Anträge des Vorstandes betreffend:
a) Anlauf des Grundstücks bei Bohnsdorf, b) Häuserbau, c) Woh-
nungen, d) Darlehensaufnahme. Diejenigen Mitglieder,
welche wissend und in der Lage sind, die der Druckschrift beigelegten Betrei-
auszuführen, werden ersucht, dieselben nunmehr umgehend einzubringen.
Genossen! Die Wichtigkeit der Anträge des Vorstandes, über welche
die General-Versammlung beschließen soll, gebietet jedem von uns, pünktlich
zu erscheinen.
Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt!
Der Vorstand.
S. A.: G. Kosska, 1. Vorsitzender, Blücherstr. 29.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.
Sonntag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr,
im Festsaal von Wendts Klubhaus, Köpenicker Str. 14a:
Geselliger Familien-Abend.
Alles Nähere bekannt. Es ladet freundlichst ein
26185
Das Komitee.

Wedding-Park
Müllerstr. 178. Inhaber: **Carl Maschke.**
Empfehle meine Saale zu
festlichkeiten und Versammlungen.
Sonabend, 31. Oktober, 28. November, 5. und 12. Dezember frei.

Buchen- u. Eichenholz
von Kuchholzabfällen ist die beste Chen-
holzung. In den billigsten Preisen
gebrauchsfähig gekleimert liefert das-
selbe frei Wohnung die Holzhandlung
W. Jonentz, Bärowaldstr. 65.

**Riesige
Kohlensparnis!**
Bitte verlangen Sie
genau oder neubau
emallierte
Heizröhren
D. R. M. a., mit 3 Röhren, haben
enorme Heizkraft, deswegen werden
hoch prämiert, dauerhaft. In haben
in den Maschinen- und Gerätheschäften a 3,50.
Frühstückskastenfabrik, Gräferstr. 37.

**Damen-Jackets,
Capes, Blusen,
Röcke**
billiger
als in jeder Arbeit. 15162
in jeder Arbeit.
an Kostümen, Damen-
Mänteln, zu Mädchen-
und Knaben-Sachen.
Oskar Basch, Oranien-
strasse 202, pt.

**Anfertigung feiner
Herren- und Damen-Garderobe,
bessere Damenjackets auf Lager.**
Eleg. Ausführung, gering. Teilzahl
J. Kurzberg,
Neue Königstr. 47, II,
direkt am Alexanderplatz.

Männer-Vortrag
Moabit, Kasino, Wildsauerstr. 63 (großer Saal),
morgen, Freitagabend, 8 1/2 Uhr. Eintritt nebst Broschüre 20 Pf.
Männerleben und Feiden
vom prakt. Ratshülfskundigen
Grundmann.
Die Lichtbilder lassen die Krankheitsformen speziell die Syphilis,
Gonorrhoe, leguelle Neurathenie in einer scharfen und
klarheit erhellend, so daß sich jeder aufklären und eine vorzügliche Heilmethode
kennen lernen kann.
Naturheilverein „Reform“, Kuranstalt Köpenickerstr. 72.

Wollen Sie Betten anschaffen?
Dann fordern Sie sich gratis und franco Preisliste II
über **Jaekel's** berühmte, unübertroffene Patent-Reform-
Bettstellen nebst kompletten Bettausstattungen.
— Franco-Versand über ganz Deutschland. —
R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabriken
BERLIN, Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstrasse.

Mühlhäufer Kautabak
von **Hugo Carl Hagenbruch**, Mühlhäufer
i. Th. nur echt, wenn die Köstchen den beigedruckten
Zettel enthalten, worauf gefälligst genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert,
Berlin S.W., Gröbbererstrasse 39.

Wichtig für Tischler.
Eine gut eingeführte rentable
Möbelwerkerei, Zalusbrunne,
mit bester Kundsch. u. Beschäftigung
wie Holzlager vorhanden, inuit
zur Gründung einer Genossenschaft
Teilhaber. Tüchtige Tischler,
welche gewillt sind, sich eine
höhere, unabhängige Existenz zu
schaffen, belieben ihre Adresse
unter **F. Z. 311, Postamt 27,**
einzusenden. 25576

Special-Geschäft für Uhren
1 neue Uhr-Jeder Ia. 75 Pf.
1 neue Uhr-Kopel. 15 Pf.
1 neuer Uhr-Glas. 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring. 10 Pf.
1 neuer Uhr-Beiger. 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schlüssel. 5 Pf.
Neue Uhren in größter Ausw.
E. Möbis, 82 Koppen- 82,
3 Min. vom Schief. Bahnhof.

Nickel-Remont-Uhren von 5 M. an
Silb. Remont-Uhren 8
Gold. Remont-Uhren 15
Regul.-Nussb.-Uhren 9
Reelle schriftliche Garantie.
E. Möbis,
82 Koppen-Strasse 82
3 Min. v. Schief. Bahnh.

Cigarren
unübertroffen in Qualität, Brand
und Aroma in der Preisliste zu
5 und 6 Pf. n. n. empfehle
24925
Max Jüterbock,
Beusselstr. 45, Ecke Sidingenstraße.

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die
erbeyende Anzeige, daß am Dienst-
tag, den 20. Oktober, unfre gute
Mutter und Schwiegermutter
Clara König
geb. Strauchmann
im 77. Lebensjahre plötzlich am
Herzschlag verstorben ist.
Um stillen Beileid bitten
Carl König und Frau
Anna geb. Markwart,
S. 42, Gitschinerstrasse 53.
NB. Die Beerdigung findet
am Freitag, den 23., nachmittags
4 Uhr, von der Halle des Neuen
Michaelisriedhofs in Marien-
dorf aus statt.

Danksgiving.
Für die überaus zahlreichen Be-
weise herzlicher Teilnahme sowie für
die vielen und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben,
unvergesslichen Mannes, unfres guten
Vaters sagen wir allen Freunden und
Bekanntem sowie allen Vereinen unfern
aufrichtigsten Dank. 29236
Witwe **Emma Bremer**
nebst Kindern.

Danksgiving.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes und unfres
guten Vaters sagen wir allen Teil-
nehmern, besonders den Herren Ehe-
männern der Firma S. Gabn und deren Verwalter
sowie allen Verwandtenkollegen nebst
Vereinsmitgliedern unfern tiefgefühlten
Dank. 30812
Die trauernde Witwe
Anna Opitz nebst Kindern.

Freie Scholle
Sonabend, den 24. d. M., 8 Uhr abds.,
im Gewerkschaftshause, Saal 7:
Ausserordentl. Generalversammlung.
1. Ergänzungswahl zum Auf-
sichtsrat. 2. Beschließenes.
Der Vorstand.
Die Geschäftsstelle (jetzt ein Bureau)
Grußstr. 7, I. ist täglich 5-6 und
Freitags 5-9 Uhr geöffnet. 1132/15

Orts-Krankenkasse
der Steindrucker u. Lithographen.
Am Donnerstag, den 29. Ok-
tober cr., abends 8 1/2 Uhr, findet
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15,
die zweite ordentliche
General-Versammlung
pro 1903 statt. Die Herren Vertreter
der Arbeitgeber und der Kassen-
mitglieder werden hierzu ergebenst
eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Ausschusses für die
Prüfung der Jahresrechnung. 2. Neu-
wahlen zum Vorstand: a) 6 Personen
aus der Zahl der Beschäftigten,
b) 3 Personen aus der Zahl der
Arbeitgeber, c) 3 Personen aus der
Zahl der Kassenmitglieder (5 40 des
Statuts), d) 1 Ergänzungswahl aus
der Zahl der Beschäftigten. 3. Statuten-
änderung, die durch Inkrafttreten der
Rolle zum Krankenerhebungs-
Gesetz bedingt ist. 4. Beschließenes.
Berlin, 15. Oktober 1903.
Der Vorstand.
S. A.: M. Stuhlmann, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse d. Töpfer
befindet sich vom Donnerstag, den
22. Oktober d. J. ab
Klosterstraße 100.
Kassenstunden: Vorm. 8-10, nachm.
5-7 Uhr; Sonabende: Vorm. 8-10,
nachm. 1-3 Uhr.
Donnerstag bleibt das Kassen-
total wegen Umzugs geschlossen.

**Königsberger-
Geld-Lotterie.**
Ziehung:
11. 10. November
6241 Geldgewinne haars
ohne jedes Anzuck zahlbar von Mk.
200000
Hauptgewinn: Mark
50000
20000
10000
etc. etc. etc.
Originallose a 3 Mark
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W. Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW. Willenackerstr. 63.
O. Andrasstr. 46a.
80. Oranienstr. 177.

Wählen Sie zwischen Spiritus- und Petroleum-Beleuchtung,

Petroleum

die Bassins und Lampen durch Schwitzen stets unrein hält, tägliches Reinigen des Cylinders erfordert, tägliches sorgfältiges Putzen des Dochtes verlangt,

blakt und riecht, stark belästigende Hitze ausstrahlt, ein mattes gelbes Licht giebt,

gegen Wind und Luftzug leicht empfindlich ist, nach dem Anzünden ein wiederholtes Regulieren der Flamme erfordert, pro 10 Hefnerkerzen und Stunde $\frac{1}{10}$ Pfg. kostet.

Spiritus

vollkommen reinlich ist,

etwa alle 4 Wochen eine Reinigung des Cylinders erfordert, kein tägliches Putzen, sondern nur alle 3 bis 4 Monate einen leicht zu bewirkenden Ersatz der Dachte verlangt, vollkommen blak- und geruchfrei ist, durch Wärme-Ausstrahlung nicht lästig wird,

schönes, weissstrahlendes, dem Gasglühlicht ebenbürtiges Licht giebt, selbst bei starkem Winde und Luftzug nicht erlischt, gleichmässig ohne jegliche Regulierung brennt, pro 10 Hefnerkerzen und Stunde $\frac{1}{10}$ Pfg. kostet.

Man verlange nur

Spiritus-Glühlicht-Brenner

für Innen- und Aussenbeleuchtung,

welche von der **Centrale für Spiritus-Verwertung, Berlin**, geführt werden. Für die meisten Verwendungsarten wird der von uns neuerdings in den Verkehr gebrachte **Amor-Brenner** geeignet sein. Unsere Brenner sind erhältlich in den einschlägigen Geschäften oder in unserm Ausstellungs- und Verkaufslokal

BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hôtel.

Brennspritus Marke „Herold“

in Patentflaschen mit Original-Verschluss
Original-Literflasche: ca. 90 Vol. % 25 Pfg., ca. 95 Vol. % 30 Pfg. excl. Glas.
Überall erhältlich!

CENTRALE FÜR SPIRITUS-VERWERTUNG G. m. b. H., BERLIN NW. 7
Friedrich-Strasse 96.

Special-Katalog über Spiritus-Glühlicht-Brenner, Spiritus-Heizöfen, -Kocher und -Bügeleisen versenden wir auf Wunsch gratis und franco.

Berliner Ressource

Kommandantenstr. 57.

Hochelegante Festfeste für 500 bis 1000 Personen, empfiehlt zu coulanten Bedingungen

Adolf Stein.

Sonnabende und Sonntage noch frei.

DAMEN

die viel Geld sparen wollen, können ihre Paletots, Jacketts, Kostüme und Röcke im Engros-Geschäft

von **A. Schwarz** beziehen
Waldmannstr. 1, Ecke Landsbergerstr. 1, Etage. 30482*

Costümröcke

enorm billig

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten u. Fantasiestoffen 3,75, 5,7, 10, 15 Mk. in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
Amerikan. fussfreie Strassenröcke jetzt 5,75, 9, 10 Mk.
Gummimäntel, Reismäntel, Regenschirme 10, 12, 15 Mk.
Neuheiten i. Herbstblusen 3, 5, 7, 50 Mk.
Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch nach Maass in 24 St. 18, 20, 25 Mk.
Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Satin und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
Herbst-Paletots, Winter-Paletots in den neuesten Modellen und Stoffen in vollendeter Ausführung, enorm billig.
Jacken u. Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen 15, 20 Mk.
Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
Massanfertigung.

Konfektion.

- Damen-Saceos 7,50-32,00 M.
- Damen-Paletots 11,50-28,00
- Damen-Röcke 3,50-30,00
- Damen-Blusen 1,25-13,50
- Kinder-Jacken 2,00- 8,50
- Kinder-Mäntel 5,00-17,50
- Kinder-Kleidchen 90 Pf.-16,00
- Knaben-Anzüge 3,00-18,00

Damen-Putz.

Fertige Kinder- und Damen-Müte am billigsten bei

F. Wahrstedt, Wrangelstr. 40/41.
Sparverein Süd-Ost. — Eigenes Spar-System.

Mit 15% Rabatt!
Seltene günstige Kaufgelegenheit!
einer **Partie**
handgeknüpfter **Smyrna**
echt **Perser**
Teppiche
Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
Oranienstr. 158, Berlin S.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat.
auf Wunsch gratis u. franco.

!Labenski-Thee!
(kein Geheimmittel)
ist außerordentlich geeignet, zur Erhaltung der Gesundheit und des allgemeinen Wohlbefindens beizutragen, indem er einen leichten Entschlackungsmittel darstellt, die Bildung schädlicher Stoffe im Blute verhindert und somit als bestes Blutreinigungsmittel dient.
In Apotheken in allen Apotheken a. Marton 1 N. 24496*
Wehrhahn und höchst präpariert!

Dr. Schünemann
Specialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, Sonn. 9-11

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Grünfranzgeschäft zu verkaufen Thierstr. 32b. +100*
Kibdorf, Cigarrengeschäft wegen Todesfall sofort. Wichmannstr. 11, 11. +130*
Gardinenhaus Große Franzfurterstr. 9, parterre. +37*
Hochbornsche Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Stoffen herrührend, 18,00-38,00, Beinfleider 8-11 Mark. Deutsches Kaufhaus, Lagerstr. 63, 1. Trepp. 19082*
Winterpaletots (spottbillig) Leihhaus, Reanderstr. 6. 30,7*
Teppiche, Gardinen, Portieren (spottbillig) Leihhaus, Reanderstr. 6.
Betten, Steppdecken, Regulatoren, Remontoirs, Uhrketten, (spottbillig) Leihhaus, Reanderstr. 6.
Spiegel, Silber, Möbel, (spottbillig) Leihhaus, Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 30,7*
Teppiche! (schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhofsstr. 93, 2*
Steppdecken, (spottbillig), Fabrik Reinderstr. 20. +90*
Damen-Jadett. Seltener Kauf. Modelle teils auf Seide, 8 Mark, verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestr. 105. 19533K*
Damenmäntel, auch für ganz harte Figuren, Reismuster etc. billig Kronenstr. 33, I. Etage links. 32,6*
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Dolm., Ketten, Koffer, Eporengläser, Kessel, Neolover, Kessels, Goldschalen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reizeuge, Harmonika, Weigen, Hütern (spottbillig), Kade, Drantenstr. 131. 25006*
Krawattenstoffe, größte Auswahl Hallertheaterstr. 33. 19198*
Möbelmagazin Meyer, Invalidenstr. 38, bester Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigsten Kassapreisen. Teilzahlung gestattet. 19402*
Kleiderstrick, Vertiko, Spiegel, Spiegelbild, Säulentrumeau, Tischschiff, 2 Bettstellen, Sofa, Kissen, Tisch, Stühle, Badstühle, Paneele, Sofa, Teppich, Bilder, Schreibrüst, Kucheneinrichtung, elegant, (spottbillig), Gartenstr. 85, I. links. +124*
Kanonenhäuser, Borsinger, verkauft Krebs, Köpferstr. 154, oben drei Treppen. 17728*

Steppdecken Gelegenheitskauf! Seidenstoff hat 8 Mark durchweg 3,75 verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestr. 105. 19533K*
Teppiche mit Handgeknüpften Fabrik, niedrige Preise Franzfurterstr. 9, parterre. +37*
Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Teilzahlungen 40. 18508*
Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Drederer, Engel-Wer 20.
Nähmaschinen! Ringstich, Adler, Central-Bohlin, Orion, Lambourier, Wheeler u. Wilson, Glaste, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausstattung, Preise billig, bei Abzahlung constanteste Bedingungen. Drei Jahre reelle Garantie. G. Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alte Nähmaschinen in Zahlung. 17266*
Nähmaschinen, Zahl bis zehn Mark, mit Teilzahlung Nähmaschine (spottbillig) alle Systeme, Woche 1,00, Bestkarte genügt. Sordert, Nordorferstr. 50. 56/19*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00, Franzfurterstr. 10, am Ringbahnhof. 80. Bienenstr. 6, SW. Belle-Alliancestr. 78, N. Aderstr. 113. +123*
Jennstr. 44, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Kieselmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. *
Täpferlein empfiehlt Seife, Liebenstr. 12. 24956*
Gadische Herrenanzüge und Paletots aus besten Stoffen 25-40 Mark, Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 18429*
Steppdecken billigste Fabrik Große Franzfurterstr. 9, parterre. +37*
Zwei Mark viertheiliges Damenhemden, Herrenhemden 3,30, Bardehmbenden, Normalgröße, Ausstattungen sowie eleganteste Reismuster (spottbillig), Schafstr. 21 (Alexanderplatz). 57/5
Gänse, frisch geschlachtet, verkauft jetzt nicht mehr Central-Viehhof, sondern gegenüber, Eidenauerstr. 14, Laden, Haltestelle der Straßenbahn 66, von 2,50 Mark an. (Abermalsig unterstellt) Bettfedern. Paul Hoff.

Ringstichmaschinen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstr. 60/61, Brenslauerstr. 59/60 und Große Franzfurterstr. 43. +98*
Restaurants mit Garten wegen andern Unternehmen (spottbillig) zu verkaufen, Burg, Wrangelstr. 131.
Fläsch-Garnitur Umständehalber billig. Zu erfragen: Schmach, Gastwirt, Bergstr. 2. 26295*
Teppiche (einige fehlerhaft) in großer Auswahl, für die Hälfte des regulären Wertes. Teppichlager, Köpferstr. 29. 32/9*
Wegen Sie zu Schließung und lassen Sie sich den Anzug Danau zeigen. Derselbe kostet 33 Mark, aber ein Staat. 19318*
Betten, (spottbillig), 18,00, Möbel, Dresdenstr. 38. 26185*
Gelegenheitskauf, Winterpaletots und Anzüge für Herren, Stück 8 Mark, auch geeignet für Wiederverkäufer, seltene günstige Angebote. Kaufführer, Große Franzfurterstr. 16. *
Kanonenhäuser 1,00, (spottbillig) Etappen Seife, Reanderstr. 7.
Nur an Reich hat vier Nummer Möbel und Kücheneinrichtung billig veräußert, wenig benutzt, Beschäftigung empfehlend. Linienstr. 107/108, I. links. 33/6

Rechtsbureau (Alexander-Platz) 1. Kurze Straße 47, Rechtsbureau! Eingabengefuge! Materialteil 1 57/1*
Bereine! Saal und Bereinezimmer noch Sonnabende frei. Klubhaus, Wittenstr. 16. 25045*
Bereinezimmer, großes, mit Bühne, noch frei, Invalidenstr. 146.
Bereinezimmer, 40 Personen, Pianino, zu vergeben Kommandantenstr. 65, Ladentg. 18848*
Dienstmädchen möchte Kind verdienen. Zu erfragen bei Markt, Reichenbergerstr. 47. 26296*
Bereinezimmer, ungeniert, mit Klavier, passend für Arbeitsnachweis. Erbe, Kleine Kurze 10. 20245*
Bereine, welche gewillt sind, mit Theaterverein am 6. 26. Dezember und weitere günstige Daten unter günstigen Bedingungen in den Andreas-Festlichen Vergünstigungen zu veranlassen, wenden sich an folgende Adresse: R. Dacht, Raiterstr. 16. +35*
Abtinentenheim, Eingetragene Genossenschaft mit bestmöglicher Haftung in Liquidation. General-Versammlung am 29. Oktober 1908, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Dohse, Contardstr. 5; Beschäftigung über die Verbehalten der Liquidatoren und des Aufsichtsrats. Befähigung der Passiven. Die Liquidatoren sind: Bräntel, Pieczkowski. +60

Plätze für Akkordeon oder Klavier oder Pianino, Königsbergerstr. 9. +100*
Mietsgesuche.
Herr sucht freundlich möbliertes zweifelhafte Zimmer zum 1. November, NW., NO., SO. Preis-Efferten an die Expedition unter T. 8.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junger Mann, 21, der, weil verheiratet, seinen Beruf aufgeben mußte, durch Besuch der Handelschule mit Buchführung, Stenographie, Computararbeiten vertraut, sucht Stellung. Offerten erbeten O. 4. Expedition dieses Blattes, Rägnerstr. 24. +194
Stellenangebote.
Rechenverdienst für jedermann. Profpel gratis. Hermann Wolf, Juidau, Reichstr. 44. 21706
Verhörer sucht Ausschmiede und Schloffer. Kochstr. 25. 25066*
Blattenseller verlangt Bau. Streichstr. 43. 33/5
Tüchtigen Dirigenten sucht Arbeiter-Gesangsverein für Rittwoch. Schriftlich zu erfragen bei Neumann, Restaurant, Kochstr. 26. +81
Tüchtige Farbmalerei verlangt Krautstr. 89. 20275
Farbmaler verlangt Elisabethstr. 62, Hof I. 26216
Grundrißer verlangt Köpferstr. 147. 26145
Ziopolierer für sehr andere Arbeit findet dauernde Beschäftigung im Hause. Remat u. Silber, Schrammstr. 39. 20115
Kartonarbeiterin, geübte, verlangt Anders Nachfolger, Wdelerstr. 7. 25856*
Bedeutendes Konstruktionshaus elektrischer Maschinen in Barcelona (Spanien) sucht tüchtigen

Parteigeschäfte,
die einen tüchtigen und erprobten Parteigenossen beschäftigen wollen, der gelernter Buchdrucker, mit dem Rechenwesen, Buchhandel und der Buchführung vertraut, auch seit mehreren Jahren rednerisch tätig ist, wollen ihre Offerten unter Chiffre R. 8 der Expedition des „Vorwärts“ einleiten. 25616*
Einige tüchtige Verwalterinnen bei guten Accordsätzen m. freier Stelle verlangt Stett. Goldbleistiftfabr. G. m. b. H. Stettin-Pommernsadorf, Hospitalstr. 2.
Einrahmer,
tüchtiger, selbständiger Arbeiter, der auch die Rahmencorrection zuschneidet, nach Straburg i. G. gesucht. Güter Lohn. 132/18*
Off. sub B. 3003 an Haasenstein & Vogler A.-G., Strassburg Eis.
Achtung, Stokarbeiter!
Der Zugang für Stokarbeiter aller Branchen ist streng fernzuhalten bei Schmalig & Barta, Thüringerstr. 18. 88/9 Die Ortsverwaltung.
Achtung! Holzarbeiter!
Im Baugebiet
A. Sonnenburg, Goldsteiner
haben sämtliche Bauhilfen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt; begünstigen die Kollegen der Bauhilfenerei von
Moll, Ederstr. 2 und 7.
Zugang fernhalten. 87/16*
Die Ortsverwaltung.
Achtung, Holzarbeiter!
In der Möbelfabrikerei von **J. Kraus, Weihensee, Langhansstr. 22**, sind Differenzen angebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten. 88/11
Geberit ist ferner **Hahn & Metzow, König-Gaullee 71.**
Die Ortsverwaltung.
Achtung, Brauerei-Arbeiter!
Die Brauerei Hilsbein, Abt. I. ist gekippt. 41/6
Die Agitationskommission.

Nach dem Parteitage.

Bald nach dem Parteitage veröffentlichte Parvus einen Artikel, worin er die Frage des politischen Massenstreiks oder Generalstreiks erörterte unter dem Gesichtspunkt, daß wir für den Fall, daß mit dem Wahlrecht nicht mehr weiterzukommen sei oder dieses in Gefahr schwebt, auf Mittel sinnen müssen, auch den offenen Konflikt zwischen Volk und Regierung möglichst noch in gesetzlichen Formen auszukämpfen.

Er hielt dabei den Gegnern des Generalstreiks oder vielmehr den Gegnern der Erörterung dieses Kampfmittels, soweit sie im übrigen radikal sind, vor, daß sie mit der Ablehnung dieser Erörterung eine Inkonsequenz begingen. Erst fordern sie die radikalste Opposition und wenn man frage, was werden sollte, wenn die Regierung den Konflikt herbeiführt, dann wisse man keine Antwort. Dies sei ein Revisionismus, der vor sich selbst Angst habe.

An diese Ausführungen knüpfte ein A. E. gezeichneter Artikel der „Chemnitzer Volksstimme“ vor einigen Tagen an, der in einigen Parteiblättern heftig angegriffen wird. Die Diskussion spinnst sich noch weiter, auch Parvus antwortet wieder darauf, und das veranlaßt uns, diese Auseinandersetzung zu erwähnen. Der Artikel, den wir zwar für sehr reichlich und sehr falsch, aber wenig bedeutend halten, wurde als ein „Credo des Revisionismus“ bezeichnet. Es wurde aus ihm besonders diese Stelle herausgegriffen:

„Man muß sich politisch auf den Boden der Tatsachen stellen, wie man sich wirtschaftlich längst auf den Boden der Tatsachen gestellt hat. Die Tatsache ist, daß wir nicht gegen den Willen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur mit ihrer Zustimmung das durchsetzen können, was wir im Interesse der Arbeiter für notwendig halten.“

Dazu bedarf es weder des Abfalles von unsern alten Zielen noch der Vertuschung dessen, was wir wollen. Daß wir Republikaner und Kommunisten sind, das wissen unsere Gegner; diese unsere Grundsätze sind aber nicht der Grund für sie, weshalb sie uns fürchten. Sie glauben ja selber noch an die Beständigkeit der Monarchie und der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, halten jene beiden sozialistischen Grundsätze für Utopien. Der Grund, weshalb sie über die Aufhebung des gleichen Wahlrechts brüten, ist die Furcht vor der Diktatur des Proletariats.

Es schmeichelt ja jedem Arbeiter, wenn ihm gesagt wird: die Diktatur des Proletariats müsse errichtet werden, dann müsse das goldene Zeitalter eintreten, aber vorläufig merkt er von diesem Glück nichts weiter, als daß das gleiche Wahlrecht auf dem Spiele steht, eben deswegen, weil die bürgerliche Gesellschaft wirklich glaubt, es könne unter dem gleichen Wahlrecht eine Diktatur des Proletariats eintreten.

Da darf doch wohl einmal gefragt werden: Fällt es denn den Gewerkschaften ein, heute den Unternehmern zu sagen: Wir wollen die Diktatur des Proletariats über eure Geschäfte? Im Gegenteil, wenn dieser Vortour erhoben wird, weisen ihn die Gewerkschaften eifrig zurück und betonen, daß man nur ein Vertragsverhältnis wünsche, bei dem jeder Teil zu seinem gleichen Rechte komme.

Warum ist man eine ähnlich vernünftige Praktik gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft nicht in der Politik? Ist die Schwarzmaierei von unten, wie sie von einigen betrieben wird, für eine Klasse, die noch nicht einmal in sich selbst einig ist, nicht sehr thöricht?

Wierzig Jahre besteht die Socialdemokratie und 34 Jahre das gleiche Wahlrecht, beide länger als ein Menschenalter. Mit ein paar Tausend Stimmen sind wir Partei an, heute hat sie über drei Millionen. Anstatt daß dadurch das gleiche Wahlrecht um so sicherer wäre, ist es nicht einmal unter dem Socialistengesetz so gefährdet gewesen als heute. Woran liegt das?

Weil unsere Partei nichts Ausreichendes thut, um die Besorgnis der bürgerlichen Gesellschaft zu zerstreuen, daß unsere Bestrebungen in letzter Linie darauf hinauslaufen, an Stelle der jetzigen eine neue Klassenherrschaft, die des Proletariats zu errichten. Daher kommt es, daß mit dem Anwachsen unserer Fraktion im Reichstage die bürgerlichen Parteien eine nach der andern das Interesse an dem gleichen Wahlrecht verlieren, denn sie alle sehen die Zeit vor Augen, wo sie aus dem Reichstage ganz verdrängt sein werden, wenn das jetzige Wahlrecht weiter besteht. Daher summen sie auf die Abschaffung des gleichen Wahlrechts.

Diesen Ausführungen wurde nicht ganz mit Unrecht nachgesagt, daß sie die Politik als eine Art gewerkschaftlichen Tarifvertrag aufstellen.

Vorausgegangen war den citierten Sätzen eine Darlegung über die Unmöglichkeit des Generalstreiks, wenigstens für die Gegenwart, und den Schluss bildeten Ausführungen, daß wir, um den Gegnern die Furcht vor der socialdemokratischen Herrschaft zu nehmen und das gleiche Wahlrecht zu sichern, eine Agitation für das Proportional-Wahlrecht unternehmen sollten.

Jetzt schreibt nun Parvus unter dem Titel: „Um die Existenz der Partei“ einen größeren Artikel dagegen, den er ganz treffend so einleitet:

„Es ist ein andres, eine politische Revolution mit Gewalt herbeiführen zu wollen, und ein andres, die geschichtliche Möglichkeit und die politischen Potenzen der Revolution in Erwägung zu ziehen. Die Regierung will sicher keine Revolution, um so mehr aber rechnet sie mit ihrer Möglichkeit. Die ganze Geschichte der deutschen Socialdemokratie ist Zurückweisung der Revolutionsmaierei. Das gründet viel tiefer, als in der Furcht vor den Bonaparten. Unsere geschichtlichen Aufgaben gehen viel zu weit, um durch einen Gewaltstreik durchgeführt werden zu können. Die farbigen „Revolutionäre“ haben einen Köhler um einen Kopf länger gemacht und in die Wutlache auf dem Throne einen andern König hineingefetzt — damit war ihre „geschichtliche Mission“ erledigt, so sehr, daß selbst gefaltete Fürsten in der neuen Dynastie ein neues Gottesgnadentum erblickten und dazu ihren Segen gaben. Hier standen Ziel und Mittel im Einklang. Unsern Zielen genügt aber ein Wechsel in der Person des Regenten oder selbst ein Wechsel des Regierungssystems nicht. Wir wollen die gesamte politische Organisation des Landes und die ökonomischen Grundlagen seiner Existenz anders gestalten. Das können wir nicht durch einen nächsten Ueberfall im Hofpalast und auch nicht durch einen Volksauflauf erreichen, sondern nur durch Organisation des Proletariats. Wir haben damit noch reichlich genug zu thun. So lange in Deutschland die Möglichkeit der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer politischen Bethätigung, wenigstens wie bis jetzt, fortbesteht, wird die deutsche Socialdemokratie jeder politischen Probotation aus dem Wege zu gehen wissen. Aber das ist eben das Ungewisse, ob es so weiter gehen wird. Vielmehr bringt jeder Tag neue Gewissheiten, daß es nicht mehr in der alten Art weiter gehen wird.“

Er erörtert dann weiter die in den herrschenden Kreisen bestehenden Konfliktgefühle, verteidigt im Anschluß daran den Gedanken des politischen Massenstreiks und fährt fort:

„Die politische Geschichte des Proletariats ist voll von Niederlagen. Das kann gar nicht anders sein, da das Proletariat die gesamte herrschende Welt gegen sich hat. Es sammelt erst seine Kraft, bis es den Sieg davonträgt. Aber wenn wir uns jetzt das Wahlrecht widerstandslos nehmen lassen sollten, so würde es die schlimmste Niederlage sein, die das Proletariat jemals erlitten hat und die gesamte glorreiche parlamentarische Geschichte der deutschen Socialdemokratie auf Scheitern zurückzuführen. Was nützen uns alle unsere Wahlsiege, wenn mit einem Federstrich uns das alles genommen werden kann? Der politische Massenstreik hat seine Gefahren und Schwierigkeiten, aber außerdem bleibt in solchen Fällen nur noch die Vernichtung der Partei.“

Das ist auch die unerbittliche Konsequenz der Ausführungen des Genossen A. E. in der „Volksstimme“. Nachdem A. E. den politischen Massenstreik verworfen hat, verzichtet er konsequenterweise auf die Verteidigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts über-

haupt. Er will nur noch durch Konzessionen und den Frieden erkaufen. Er giebt die Schlacht verloren, noch bevor sie geschlagen wurde. Und die erste Konzession, die er macht, betrifft schon die Existenzgrundlage unserer Partei. Er verzichtet auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, er will nur einen bescheidenen Anteil der Macht an der Seite der bürgerlichen Parteien. Und um seinen guten Willen zu beweisen, geht er sogar so weit, selbst eine Aenderung des Wahlrechts vorzuschlagen. Das Proportionalsystem soll eingeführt werden. Das Proportionalsystem steht ja auf unserm Programm, aber unser Gesichtspunkt dabei war ganz anders als jener, dem jetzt Genosse A. E. folgt. Wir forderten das Proportionalsystem, um unsere Vertretung zu stärken — er sieht darin ein Mittel, die bürgerlichen Parteien zu versöhnen. Seine Kalkulation geht wohl dahin: die bürgerlichen Parteien fürchten, von uns majorisiert zu werden, aber das Proportionalsystem sichert ihnen die Majorität, so lange die Arbeiter nicht die absolute Mehrheit der Nation bilden, und damit hat es noch gute Zeit. Genosse A. E. will also das Proportionalsystem nicht, um uns möglichst schnell aus der Minorität herauszubringen, sondern um den bürgerlichen Parteien möglichst lange die Majorität zu sichern. Sonst hätte es keinen Zweck, das Proportionalsystem als Vorwettbewerb für die bürgerlichen Parteien zu gebrauchen. Aber wenn ein Socialdemokrat selbst nach Mitteln sucht, um von der Eroberung der politischen Macht zurückgehalten zu ist den Majoritätsparteien verzeihen, daß sie nach mehr probaten Mitteln zu diesem Zweck sinnen, als dem Proportionalsystem, das unsere Vertretung mit einem Schlage von 80 auf 130 Mann answachen ließe.

Genosse A. E. behauptet, wir hätten eine „neue Klassenherrschaft“, die proletarische, errichtet. Das hat er aus der reaktionären Presse, nicht aus der socialistischen Literatur, die vielmehr befragt, daß wir die „Aufhebung jeder Klassenherrschaft“ erleben. Gerade deshalb können wir nicht die Herrschaft mit der ausbeutenden Klasse teilen. Das Proletariat kann sich nicht mit der Kapitalistenklasse in die Ausbeutung des Proletariats teilen, sondern es muß sich in der Besitz der Staatsmaschine setzen, um die Ausbeutung unmöglich zu machen. Der Verzicht auf die Eroberung der politischen Macht bedeutet den Verzicht auf die Selbstständigkeit der Partei.“

Zum Schluss wird dargelegt, daß übrigens auch solche Fahmheit uns jetzt nicht mehr nützen würde; die ganze bisherige Geschichte der Socialdemokratie spräche dann gegen uns und man würde uns doch nicht glauben.

A. E. erklärt dazu, indem er sich weitere Ausführungen vorbehält:

„Genosse Parvus ist im Irrtum, wenn er meint, ich wollte den gegnerischen Parteien Konzessionen gemacht haben, die dem Socialismus zuwiderlaufen. Was ich will, ist lediglich, das deutsche Volk für das auf der Grundlage der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl beruhende Proportional-Wahlrecht zu gewinnen, in welchem Wahlrecht ich den Weg erblicke, auf dem man ohne Bürgerkrieg aus der alten in die neue Zeit, die wir wünschen, hinübergelangen kann.“

Partei-Nachrichten.

Ein Partei-Schiedsgericht hatte in Mülhausen i. E. über dortige Streitigkeiten zu verhandeln. Der Vorsitz führte Genosse Dresbach, als Vertreter der Kontrollkommission nahm Genosse W. Sed an der Verhandlung teil. Das Schiedsgericht fällte folgenden Spruch:

„Beschwerer und Aufbaumer wurden mit 4 gegen 3 Stimmen auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts aus der socialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Der Ausschluss des Genossen Gang wurde mit 4 gegen 3 Stimmen und der Ausschluss Lichtenauer und Wianni mit allen Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde dem Genossen Gang mit allen und den Genossen Lichtenauer und Wianni mit 4 gegen 3 Stimmen wegen ihres, das Interesse der Partei schädigenden Verhaltens eine ernste Klage erteilt und zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß die betreffenden Genossen von nun an sich aller Geschäftsgelegenheiten gegen einzelne Personen zu enthalten und sich den Beschlüssen der Organisation zu unterwerfen haben.“

Des weiteren beschloß das Schiedsgericht mit allen gegen eine Stimme: Der Genosse Emmel ist verpflichtet, im Interesse der Partei gegen Wechbecher und die Redaktion der „Landeszeitung“ Verleumdungssklagen zu erheben.

Es handelt sich um politische Quertreibereien bei der Reichstagswahl. Die Genannten hatten neben der bestehenden Ortsorganisation eine Wahlpforte ausgegeben, daß es jedem überlassen sein solle, ob er für unsere Kandidaten Emmel stimmen wolle oder nicht. Erst bei der Stichwahl hatten sie zur Wahl Emmels aufgefordert „in Anbetracht der gemeinen Kampfesweise der gegnerischen bürgerlichen Parteien.“ Wechbecher hatte außerdem den Kandidaten Emmel in der „Landeszeitung“ angegriffen.

Totenliste der Partei. In Mainz starb am Mittwoch der Landtags-Abgeordnete Philipp Haas, der dem Landtage als Vertreter unserer Partei für Mainz angehörte. Er erlag der Tuberkulose. Mit ihm verliert die Partei in Hessen einen tapferen Kämpfer, der der Sache des Proletariats bis in den Tod getreu war.

Einer der älteren Mainzer Parteigenossen, Hr. Rauert, ist dort gestorben. Im Anfang der sechziger Jahre war Rauert hervorragend in Leipzig thätig und hat mehrfach für den Reichstag kandidiert. In München hat er sich dann nach Aufhebung des Socialistengesetzes von der Agitationsarbeit zurückgezogen, ist aber trotzdem der Partei treu geblieben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Einer der eigenartigen Versammlungs-Prozesse

ist jetzt vom preussischen Kammergericht erledigt worden. Die wunderwolle Wäde juristischer Auslegungsumst, um die es sich handelt, ist diesmal auf Schließens Boden aufgegangen. Die Bergarbeiter der Florentiner Grube waren in einen Streik getreten und erwarteten, daß der Arbeitsekretär Winter, unser bekannter Parteigenosse, sich ihrer annehmen und für sie mit dem Grubendirektorium verhandeln werde. Sie sammelten sich an mehreren Tagen zu Hunderten vor dem Arbeitsekretariat an und schickten, nachdem Winter sich durch einen Mittelsmann, Genossen Scholtzky, mit ihnen dahin verständigt hatte, eine fünfgleibrige Deputation in sein Bureau. Unter Hilfe Scholtzky's nahm dann Winter die Wünsche der Arbeiter, die die Deputierten vortrugen, zu Protokoll. Nachdem die Deputierten unterschrieben hatten, betraten die dranhin harrenden Hunderte von Arbeitern nach und nach das höchstens 30 bis 40 Personen fassende Bureau, um es ebenso allmählich nach Leistung der Unterschrift, wieder zu verlassen. Dem ersten wurde das Schriftstück vorgelesen, die späteren verzichteten auf das Vorlesen und legten einfach ihren Namen darunter. — Polizei und Staatsanwaltschaft kamen auf den grandiosen Einfall, daß sich jener Vorgang zur Konstituierung einer Versammlung bewerten ließe, und zwar einer Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten und erörtert werden sollten. Und das Schöne ist, daß ihnen die Gerichte der ersten beiden Instanzen folgten. Sowohl das Schöffengericht als auch das Landgericht in Weiden O.-S. verurteilten den Genossen Dr. Winter zu 40 Mark Geldstrafe wegen Abhaltung einer derartigen Versammlung u. s. w. die polizeiliche Anmeldung, die § 1 des Vereinsgesetzes dafür vorschreibt.

Das Landgericht führte aus: Hunderte von Arbeitern seien in den Räumen Winters mit seiner Zustimmung erschienen; wenn sie auch nicht alle zugleich darin verweilt hätten, so hätten sich doch 30 bis 40 bei dem Durchmarsch darin aufgehalten. Und die Leute

habe dort die gemeinsame Absicht, der Grubendirektion ihre Wünsche in einer hier festzusetzenden Form zu unterbreiten, zusammengeführt. Die Zusammenkunft sei als Versammlung und Dr. Winter als Veranstalter, Leiter und Redner dieser Versammlung anzusehen. Auch sei die Annahme der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gerechtfertigt. Die Lohnfrage der Arbeiter der Florentiner Grube sei nicht bloß deren private Angelegenheit, sondern es werde durch ihr Aufwerfen auf die Verhältnisse der Arbeiter anderer Gruben im Falle der Bewilligung eingewirkt. Auch deren Löhne würden dann steigen und schließlich komme vielleicht eine Verteuerung der Kohlenpreise heraus, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sei gegeben. Wenn nun der Angeklagte mit der Deputation die geeignete Fassung des Schriftstückes besprach und den anderen, wenigstens einem Teil derselben, das Schriftstück vorgelesen worden sei, so habe man öffentliche Angelegenheiten erörtert. Die Erörterung könne auch eine einseitige sein. Es genüge, wenn Winter die Angelegenheit ihrem Grund und Wesen nach auseinandersetze. Das Vorlesen des Schriftstückes sei auch schon eine Erörterung seines Inhalts.

Für den Angeklagten legte Rechtsanwalt Volfgang Seine Revision ein, indem er in längeren, scharf pointierten Rechtsdarlegungen die Deduktionen des Gerichts als völlig unhaltbar angriff. Das Kammergericht selbst hob in dem Falle Urban (evangelischer Seltenprediger) ausgesprochen, daß eine Versammlung eine Zusammenkunft sei, welche ihrer Natur und ihrem Umfange nach eines Vorstehers oder Leiters bedürfe, oder wobei ein solcher doch gebräuchlich sei. Davon sei hier gar nicht die Rede, und ebenso wenig könne es sein von einer „Erörterung“, öffentliche Angelegenheiten. Die Leute hätten doch lediglich ihre Wünsche formulieren lassen und seien dabei lediglich von privaten Gesichtspunkten ausgegangen. Wenn das Landgericht recht hätte, dann bekäme er ganz offen, daß fast täglich in diesem Sinne in seiner Kanzlei „Versammlungen“ zwecks Erörterung öffentlicher Angelegenheiten stattfänden.

Das Kammergericht gab der Revision statt, hob die Entscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Die Annahme, daß hier öffentliche Angelegenheiten erörtert seien, wäre rechtlich unhaltbar. Wenn die Arbeiter einer bestimmten Grube, eines bestimmten Betriebes höheren Lohn haben wollten, dann sei das keine öffentliche Angelegenheit. Hiernach komme es auf die anderen Fragen nicht mehr an; es spreche indes viel dafür, daß auch der Begriff der „Versammlung“ verfallen und worden sei.

Wegen Verleumdung mehrerer Zeitungs-Herausgeber war der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterstimme“ in Solingen, Genosse Wittmann, zu 12 Wochen und 4 Tagen Gefängnis sowie zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil abgeändert in 3 Wochen Gefängnis und 600 M. Geldstrafe.

Aus Industrie und Handel.

Syndikatspolitik. Um die kleineren und mittleren Zechen vom Beitritt zum Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat nicht abzuschrecken, hat sich bekanntlich die Syndikatsleitung zur Festsetzung eines vom früheren wesentlich abweichenden Teilnahmestandes verstanden. Die Teilnahmestände werden nicht mehr jährlich nach der sich verändernden Leistungsfähigkeit der Zechen, sondern für die ganze Zeitdauer des Syndikatsvertrages festgelegt, und eine Erhöhung dieser Ziffer erfolgt nur insoweit, als der Gesamtabsatz des Syndikats sich hebt. Dadurch werden die großen Kohlenbergwerk-Gesellschaften in ihren Ausdehnungsbestrebungen gehindert, denn bisher mußte, wenn sie neue Schächte anlegten, diesen Gesellschaften ihre Teilnahmestände erhöht werden. Trotzdem stimmten sie dem Verträge zu, da ohne solches Zugeständnis auf eine Erneuerung des Syndikats nicht zu rechnen war. Nachdem diese aber zu stande gekommen ist, muß man nun auf einem andern Wege doch eine weitere schnelle Ausdehnung der großen Zechen zu ermöglichen, nämlich durch eine Erhöhung der Entschädigungen für die Stilllegung der weniger leistungsfähigen, kleineren Betriebe. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ erfährt, soll in der nächsten, am 24. d. M. stattfindenden Versammlung der Zechenbesitzer der Vorstand des Kohlen-Syndikats ermächtigt werden, mit Mitgliedern des Syndikats wegen freiwilliger Verringerung der Teilnahmestände Abmachungen zu treffen. Diese Abmachungen bestanden bisher darin, daß diejenigen Zechen, welche ihren Anteil an der Förderung freiwillig herabsetzten, für jede Tonne der Verringerung eine bare Entschädigung von 1 M. erhielten. Von diesem freiwilligen Verzicht machten freilich bisher nur wenige und ausschließlich solche Zechen Gebrauch, bei welchen die Selbstkosten die Entnahme aus dem Kohlenverkauf erheblich überstiegen, wo also mit Verlust, bezw. Zuzube gearbeitet wurde. Sie nunmehr in Zechenkreisen verläutert, liegt es in der Absicht des Vorstandes des Kohlen-Syndikats, den freiwillig einschränkenden Zechen im nächsten Jahre eine etwas höhere Entschädigung zu zahlen und dadurch eine größere Anzahl von Zechen zur freiwilligen Einschränkung der Förderung zu veranlassen.

Berlin-Anhalter Maschinenfabrik. Wie wir kürzlich berichteten, soll die Berlin-Anhalter Maschinenfabrik mit der Benzthaler Maschinenfabrik vereinigt werden. Ueber die hierfür vorgeschlagenen Bedingungen erfährt das „Berliner Tageblatt“:

Die Aktionäre der Benzthaler Maschinenfabrik erhalten für je zwei ihrer Aktien eine Aktie der Berlin-Anhalter Gesellschaft und außerdem 20 Proz. in bar. Die Berlin-Anhalter Gesellschaft erhöht zu diesem Zwecke ihr Aktienkapital um 2 1/2 Millionen Mark, dividendenberechtigt vom nächsten Jahre ab. Daraus werden 2 1/2 Millionen Mark verwendet, um 4 1/2 Millionen Mark Benzthaler Aktien einzutauschen. Der Erlös aus der weiteren 1/4 Million Mark Berlin-Anhalter Aktien soll mit zur Auszahlungbarer Entschädigung an die Benzthaler Aktionäre verwendet werden. Die entscheidende Aufsichtsratsitzung der Berlin-Anhalter Maschinenfabrik soll in der nächsten Zeit stattfinden.

Zuckerproduktion der europäischen Länder in 1903/04. Nachdem kürzlich schon das „Centralblatt für die Zuckerindustrie“ in Magdeburg mit einer Abschätzung der Rübenzucker-Erzeugung für die laufende Kampagne hervorgetreten ist, haben nun auch das bekannte F. D. Löffliche statistische Bureau in Magdeburg und der belgische Statistiker Gieseler ihre Schätzungen veröffentlicht. Die höchste Schätzung ist die des „Centralblatts“, das die Gesamtzeugung Europas an Rohzucker auf 6,88 Millionen Tonnen berechnet, dann folgt die Löffliche Angabe mit 5,85 und darauf die Gieseler'sche mit 5,70 Millionen Tonnen. In den Großhandelskreisen gilt meist die Abschätzung des „Centralblatts“ für zu hoch und hält man die anderen beiden Abschätzungen für zutreffender.

Die drei Schätzungen, denen wir zum Vergleich die Produktionszahlen für das letzte Jahr hinzufügen, stellen sich folgendermaßen:

	Centralbl.	1903/04	Gieseler	Produktion in 1902/03
	(Tonnen)			
Deutschland . . .	2 000 000	1 880 000	1 830 000	1 748 536
Oester.-Ungarn . .	1 275 000	1 300 000	1 120 000	1 057 692
Frankreich	925 000	810 000	860 000	836 210
Rußland	1 300 000	1 250 000	1 150 000	1 215 000
Belgien	275 000	240 000	225 000	215 000
Holland	125 000	185 000	135 000	102 411
Schweden	425 000	385 000	380 000	350 000
Europa	6 825 000	5 850 000	5 700 000	5 521 869

In allen wichtigeren Zuckerproduktionsländern hat demnach die Erzeugung sich weiter ausgedehnt, besonders auch in Deutschland, das selbst nach den niedrigsten Schätzungen noch immer 82 000 Tonnen mehr gewonnen dürfte als im vorigen Jahre.

Roheisenerzeugung Deutschlands. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduktion des deutschen Reiches (einschließlich Luxemburg) im September 1903 auf 327 208 Tonnen und zwar auf 37 799 Tonnen Gießereiroheisen, 271 445 Tonnen Thomasroheisen und 18 054 Tonnen Puddelroheisen. Die Erzeugung ist um 4,18 Proz. geringer als diejenige des August, die 341 583 Tonnen betrug.

Die Gesamt-Erzeugung in den Monaten Januar/September beträgt 2 924 293 Tonnen gegen 2 465 185 Tonnen in den ersten neun Monaten des Vorjahres; sie ist demnach in den drei ersten Vierteljahre 1903 um 459 208 Tonnen = 18,63 Proz. größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Rachträgliches zum rumänischen Rentenschwindel. Bukarest, 18. Oktober. (Fig. Ver.) Der Prozeß wegen der fälschten Rentenauslosungen hat nunmehr auch den Appellhof beschäftigt. Das Urteil, das hier ergehen ließ, deckt sich im großen und ganzen mit dem des Tribunals und die Dumitrescu, Alvaßaru, Behar und Genossen werden nunmehr ihre mehrjährigen Gefängnisstrafen, zu denen sie verurteilt wurden, abtun müssen, wenn der von ihnen beim Kassationshof eingelegte Rekurs keinen Erfolg haben sollte. Die wesentlichste vom Appellhof verfügte Abänderung des erstinstanzlichen Urteils geht dahin, daß die dem Staate wegen ihm zugesagter moralischer Schädigung zugesprochene Buße von 500 000 Fr. in Wegfall gekommen ist, dagegen die Angeklagten eine solidarisch aufzubringende Entschädigung von 900 000 Fr. dem Staate wegen des materiellen Schadens, den dieser erlitten, zu zahlen haben. Dieser materielle Schaden wurde seitens der Zivilvertreter des Staates darin erblickt, daß die Konvertierung der 175 Millionen-Anleihe infolge des Bekanntwerdens der bei den Rentenauslosungen stattgehabten Schwindeltaten um 2 bis 3 Prozent teurer zu stehen gekommen ist. Ob dies wirklich der Fall war — es giebt kundige Theorien, die dies bestreiten — mag dahingestellt bleiben. Interessant ist nur, daß die Regierung mit einer solchen Angabe vor die Öffentlichkeit getreten ist. Denn bisher war man der Meinung, daß gerade die Leiter der gegenwärtigen Regierung mit der Bankgruppe (Berliner Diskontogesellschaft, Reichsbank usw.), welche wie die früheren Anleihen so auch diese Konvertierung vermittelte, auf einen besonders freundschaftlichen Fuß standen und daß sie der Bankgruppe, die ihnen wiederholt ihr Wohlwollen bewiesen hat, zu Dank verpflichtet seien. Schmeichelei für diese Bankgruppe ist jedenfalls die Beschuldigung nicht, daß sie das Vorkommen bei den Rentenauslosungen benutzt habe, um bei der Konvertierung einen höheren Profit herauszuschlagen. Die Entschädigung von 900 000 Fr. soll nun dazu dienen, den Inhabern der 5000 Fr.-Renten bei der nächsten Couponzahlung eine Straffristation dafür zu gewähren, daß bei den betrügerischen Forderungen der Verurteilten zum großen Teil die vorher präparierten Nummern der letzteren gezogen wurden, also die Auslosungschancen der anderen Inhaber vermindert waren.

Wie sieht es aber mit der Entschädigung an die Renteninhaber für die „patriotischen“ Fälschungen Victorians? Dieser Herr hat „im Interesse des Staates“ 1901 Fälschungen an groß betrieben. Wenn die Regierung die Verpflichtung anerkennt, die Renteninhaber für die Fälschungen der Dumitrescu und Konforten zu entschädigen, so kann sie die gleiche Verpflichtung gegenüber den Fälschungen Victorians nicht ablehnen. Wird sie dies thun? Vermutlich, denn die sonst so berechneten Offiziere der Regierung schweigen sich darüber aus. Man müßte dann nämlich noch eine weitere Konsequenz ziehen, nämlich die, daß der Staat die Renteninhaber auch für die im Jahre 1887 von dem jetzigen Ministerpräsidenten Temer Szurdza angeordnete falsche Rentenzahlung zu Gunsten der Risikonstiftung entschädigen müßte.

Was Victorian betrifft, der vom Untersuchungsrichter außer Verfolgung gesetzt wurde, weil er die Schwindeltaten nicht zu seinem Vorteil, sondern in dem des Staates ins Werk setzte, weshalb die „Moralität“ des Betruges nicht gegeben seien, so hat das gegen diese Entscheidung angerufene Richterkollegium eine gleiche Verurteilung getroffen, allerdings nicht einstimmig, denn der Vorsitzende gab ein Separatvotum ab und verlangte die Verweisung Victorians vor die Strafkammer. Die beiden übrigen Richter, welche sich der Entscheidung des Untersuchungsrichters angeschlossen, verurteilten die Freude Victorians darüber jedoch durch die Begründung ihres Urteilspruches, indem sie sagten, daß Victorian durch seine Fälschungen eine so grobe Inzurreißheit an den Tag gelegt habe, daß er unfähig erscheine, ferner ein Staatsamt zu bekleiden. Damit ist Victorian die Rückkehr zu seinem Posten als Direktor der staatlichen Depostenkasse abgeschnitten, indessen nur vor der Hand, und seine Freunde, die ihm bisher so hilfreich zur Seite standen und auf deren Dankbarkeit zu rechnen er auch guten Grund hat, werden schon dafür sorgen, daß der Weabe nicht zu kurz kommt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

In dem gestrigen Bericht über die Gürtler-Versammlung hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Es sollte heißen: Die Forderung von 60 Pf. Stundenlohn wurde nur für 600 Drücker; für 2200 Gürtler (nicht 1200) aber die von 50 Pf. Stundenlohn aufgestellt. Dadurch erscheint die Unwahrscheinlichkeit der Behauptung der Kühnemänner, alle Streikenden verlangten 60 Pf., um so viel krasser.

In der gestrigen Streikversammlung der Drücker konnten wesentliche Veränderungen im Stand der Bewegung nicht gemeldet werden. Auch die Drücker denken nicht im mindesten daran, ihre Haltung zu ändern und verharren im Kampfe mit denselben rühmlichen Ausdauer und Entschlossenheit wie die Gürtler. Es ist aber gar nicht daran zu zweifeln, daß die Fabrikanten bezüglich ihrer Aussperrung solche Ausdauer und Einigkeit nicht beweisen. Es ist eine feststehende Thatsache, daß verschiedene Firmen, und zwar solche, die der Fabrikanten-Vereinigung angehören, einen Teil ihrer Aussperrten wieder eingestellt haben, und daß der Metallarbeiter-Verband, diejenigen einberechnet, die anderweitig Arbeit angenommen haben, ungefähr 150—200 Aussperrte weniger zu unterstützen hat. — An die Behauptung: es sei unmöglich, einen Tarifvertrag für die in Betracht kommenden Branchen abzuschließen, glauben offenbar die Einsichtigen unter den Fabrikanten selbst nicht. Es ist allerdings unmöglich, so lange der Kühnemänner-Verband die Mehrzahl der Fabrikanten zwingt und zu zwingen vermag, diesen vernünftigen und einzig möglichen Weg, Frieden und geregelte Verhältnisse für die Industrie zu schaffen, nicht einzuschlagen. Dieser Tage hat ein der Vereinigung angehöriger Fabrikant einem Vertreter der Metallarbeiter gegenüber erklärt: Tarifverträge sollten wohl abgeschlossen werden, aber erst dann, wenn der Kampf beendet sei. Man will also jedenfalls erst den Metallarbeiter-Verband knebeln, den Arbeitern das Recht nehmen, sich zu organisieren und als Organisation zu handeln, dann denken die Herren daran, das als unmöglich erklärte möglich zu machen. Dafür aber: mit gebundenen Händen einen Vertrag, der doch nur ein Scheinvertrag wäre, zu schließen, dafür bedanken sich die Streikenden. Sie wollen ihre Organisation als gleichberechtigten Faktor anerkannt wissen, wie sie bereit sind, die Organisation der Unternehmer anzuerkennen und einen ehrlichen Frieden mit ihr zu schließen, aber keinen Sklavenskontrakt. Doch sie für dieses Ziel mit so musterhafter Ausdauer und Einmütigkeit, mit solch hohem sittlichen Ernst und Unerbrotlichkeit, allen Verfolgungen und Drohungen der Arbeitgeber und der Polizei trotz, kämpfen, das muß jeden wirklichen Freund menschlichen Kulturfortschritts mit hoher Verehrung und Sympathie erfüllen.

Der Referent Pawlowitsch kritisierte scharf die Maßnahmen der Polizei, die, statt nach den vielen unentdehten Mordern, die doch hauptsächlich eine Gefahr für die menschliche Gesellschaft bilden, zu suchen, sich der allerdings viel leichteren Aufgabe widmet, Streikposten festzunehmen unter dem nichtigen Vorwand, sie führten oder gefährdeten die öffentliche Ruhe und Ordnung. Der Redner erinnert daran, wie seiner Zeit anlässlich des Streiks bei der Firma

Schwarz in der Zinienstraße einem Streikenden ein Salzsäure-Attentat zur Last gelegt, und er deshalb des Landfriedensbruchs angeklagt wurde, und wie sich dann später herausstellte, daß der Mörder des Attentats ein Streikbrecher, einer der lieben Schlingel der Polizei und des Unternehmertums war, ein Streikbrecher, der in einem Vantgeschäft der Friedrichstraße einen Raubmord begangen hat. Das, sollte man meinen, hätte wohl der Polizei zur Mahnung dienen können, ihre die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit schädigende Tätigkeit künftig nach einer andern Seite hin geltend zu machen. — Im Verlauf der gestrigen Versammlung wurde wiederum über sonderbare Maßnahmen der Polizeiorgane berichtet. Am Elisabeth-Ufer, beim „Elisabethhof“, wo die Schauermauer von dem geplanten Odeum-Attentat aufgefunden ist, soll es zeitweise aussehender, als wäre das Gebäude polizeilich belagert. Mit der bekannten Gefährlichkeit werden die Streikposten ergriffen; zwei, dreimal werden dieselben Leute festgesetzt, selbstverständlich, sobald sie freigelassen, als wackere und unerbrotene Streiter auf den alten Posten zurückkehren. Man sollte meinen, die Polizeibeamten mit ihren militärischen Ehrbegriffen müßten selbst mit Hochachtung auf die Streikenden blicken, die, allen Gefahren trotzend, wie pflichttreue Soldaten auf ihrem Posten aushalten, mag's kommen wie's will. Vom Elisabeth-Ufer werden die Sittierten den langen Weg nach der Kottbuserstraße transportiert. Es fährt sie nicht, von unwillkürlichen Passanten für festgenommene Verbrecher gehalten zu werden. Aber es ist schon vorgekommen, namentlich abends, daß vorübergehende Arbeiter sie für Streikbrecher angesehen haben, die mit polizeilicher Sicherheitswache nach Hause begleitet wurden. Deshalb wünschen sie, daß darauf aufmerksam gemacht wird: es handelt sich um Arbeiter, die im Kampfe für ihr Recht und für die Arbeiterfrage den unangenehmen Weg in unangenehmer Begleitung ohne irgend ein Verbrechen gehen müssen. Auf der Polizeiwache in der Kottbuserstraße wurde ein festgesetzter Streikposten von dem Polizeileutnant mit beschimpfenden Worten begrüßt! — Der Verdächtige wird nun jedenfalls dafür sorgen, den Herrn auf gerichtlichem Wege darüber aufzuklären, daß streikende Arbeiter keine Halunken sondern ehrliche Menschen sind, die man nicht ungestraft beschimpfen darf, selbst wenn man Polizeibeamter ist.

Von irgend einer Seite wurde das Gerücht verbreitet, der Streik bei der Firma Pinisch sei erledigt. Demgegenüber erklärt die Lohnkommission, daß das durchaus nicht der Fall ist. Die achtzehn Drücker der Firma Pinisch befinden sich heute noch im Streik und denken nicht daran, wieder in Arbeit zu treten, bevor die Forderungen bewilligt sind. Auch hat die Firma keinerlei Ertrag für die Streikenden gefunden.

Die Berliner Metallindustriellen suchen nachwärts Streikbrecher!

Der Fabrikant Riemann aus der Kommandantenstraße hat sich auf die Reise begeben und sucht zur Zeit in Herlosch, im Hotel Sander, Arbeitswillige für Berlin. Da dies auch noch an anderen Orten geschehen dürfte, so eruchen wir alle Arbeiterblätter, energischer als bisher noch darauf hinzuweisen, daß Berlin für alle Metallarbeiter gesperrt ist. Aus Herlosch hat Herr Riemann gestern drei Arbeitswillige erhalten. Diese, junge Leute, wurden in der Werkstatt eingeschlossen, damit sie nicht davonlaufen. Als nun die Leute heftig an die Thüre klopfen, kam zwar der Meister, aber erst nach ganz energischem Auftreten erhielten sie die Erlaubnis, an ihre Eltern eine Karte zu schreiben. Diese Gelegenheit benutzten die Freigelassenen, um nach dem Gewerkschaftshaus zu kommen. Die zwei aus Mainz und drei aus Herlosch gebotenen Arbeitswilligen arbeiten und schlafen hinter Schloß und Riegel.

Also, Metallarbeiter Deutschlands, meidet Berlin!

Zur Lohnbewegung der Adressenschreiber.

Ein recht eigenartiges Verhalten hellet Herr Robert Lehmer den Ausständigen gegenüber an den Tag zu legen. Auf die auch von uns mitgeteilte Anfrage des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz erklärte sich Lehmer zu Verhandlungen bereit. Am folgenden Tage lehnte Herr Lehmer es ab, im Anwesenheit der Vertreter des Central-Verbandes der Handlungsgehilfen Verhandlungen zu pflegen. Um etwaigen zur Einigung führenden Verhandlungen nicht Hindernisse zu bereiten, traten die Vertreter der Organisation aus der Verhandlungskommission aus. Wieder wurde Herrn Lehmer von der nun seinem Wunsche entsprechenden Zusammenlegung der Kommission, die nur aus ausständigen Angestellten des Lehmer'schen Betriebes bestand, Mitteilung gemacht. Nach verschiedenen Anfragen gab Herr Lehmer seine erzwungene Entschließung kund, auch mit einer Kommission von Angestellten nicht zu verhandeln, und erbot sich, mit einem in der Streikbewegung nicht besonders hervorgetretenen Angestellten in schriftliche Verbindung zu treten. Am heutigen Abend findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Lage der Adressenschreiber und dem Gebahren des Herrn Lehmer beschäftigen wird.

Achtung, Leistenvergolder! In der Goldleisten-Fabrik von Richard Mehring, Berlin SO., Manteuffelstr. 13, sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Zutug ist darum fernzuhalten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Der Klempererandstand in Magdeburg dauert fort. Die Vermittlungsversuche des Herrn Stadtrat Kaiser haben sich zerschlagen, weil die Arbeitgeber zur Verhandlung nicht erschienen.

Sociales.

Ueber die gegenwärtigen Verhältnisse schreibt die „Socialpolitische Rundschau“:

Nach den letzten Bekanntmachungen des wirtschaftlichen Verbandes der Ärzte ist die Zahl der Orte, in denen Differenzen zwischen Krankenkassen und Ärzten bestehen, auf 23 gestiegen. Die Ärzte fahren also mit ihrer Forderung der Honorarverbesserung fort. Wir haben bereits nachgewiesen, daß der Direktor der inneren Abteilung des Krankenhauses Friedrichshain in Berlin daselbe Honorar pro Visite im Krankenhaus erhält, wie der Kassenzarzt pro Konsultation, wohlgerneht pro Konsultation, denn die Visite im Krankenhaus kann nicht mit der privatärztlichen Visite verglichen werden, sondern mit der Konsultation, d. h. mit der Behandlung, die der Arzt in seiner Wohnung dem Patienten angedeihen läßt. Für die Visiten zahlen die Kassen ja auch nicht 0,35 M., sondern das Doppelte = 0,70 M. Geseht, die summierte Ueberfüllung des Arztesandes existierte nicht, so könnte der Arzt in seinen beiden Sprechstunden recht gut zwanzig Konsultationen abhalten, also ein Honorar von 7 M. erhalten; weiter könnte er zehn Visiten a 70 Pf. machen, also wieder 7 M., Summa 14 M. pro Tag, oder rund 3000 M. pro Jahr durch Kassenzpraxis verdienen. Berechnen wir die Dauer jeder Visite inkl. Weg, recht hoch, mit 20 Minuten, so nimmt die Visitenpraxis rund 3 1/2 Stunden und die gesamte Tagespraxis für die Kassen, hoch gegriffen, 6 Stunden ein. Die übrige Zeit steht dem Arzt für seine Privatpraxis zur Verfügung. In dieser hat er vor den Direktoren der städtischen Krankenhäuser den Vorzug, daß er wirkliche Privatpraxis treiben kann, der Direktor aber nur Konsultationen erteilen darf. Wenn das Publikum für die letzteren exorbitante Honorare zahlt, so liegt der Grund hierfür in der Ueberfüllung der Autorität. Es bleibt also dabei: der Grund für den wirtschaftlichen Ruin der Ärzte liegt in der Ueberfüllung des Standes und daher muß es der Selbsterhaltungstrieb ihnen gebieten, dieser weiteren Ueberfüllung vorzubeugen. Einigen sich die Ärzte des weiteren zur Einführung der freien Arztwahl, so wird mit Sicherheit die Gesundung des heute schwer leidenden Standes herbeigeführt werden.

Natürlich gilt das Gesezte nur für städtische Verhältnisse, auf dem Lande liegen die Dinge anders und zwar auf allen Gebieten anders. So wenig man die städtischen Mieten oder Löhne usw. mit den ländlichen vergleichen kann, ebensowenig die Lage der Ärzte.

Ein internationaler Kongreß zur Bekämpfung der Malaria soll im Frühjahr 1904 in Rom abgehalten werden.

Neuseeländische Socialpolitik.

Wie aus Wellington berichtet wird, lehnte das neuseeländische Parlament den Antrag auf Einführung der *preserono* clause ab. Es handelte sich um die sogenannte Vorzugsklausel (*preserono* clause), wonach die gewerblichen Verhörmngs- und Schiedsrichter das Recht haben sollen, den von ihnen in gewerblichen Streitigkeiten gefällten Entscheidungen die Klausel hinzuzufügen, daß die Unternehmer bei Anstellung von Arbeitern die Gewerkschaftler den Nichtgewerkschaftlern vorzuziehen haben. Diese Klausel ist in Neuseeland nichts Neues. Sie bestand längere Zeit, bis sie im vorigen Jahre beseitigt wurde. Jetzt wollten die Arbeiter sie gleichfalls wieder herbeigeführt werden, aber am 15. d. M. mit 43 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Aus der Frauenbewegung.

Ober-Sachsenweide. Mütter, Frauen und Mädchen! Beteiligt Euch an der Agitation zu den Landtagswahlen!

Viele tief in das wirtschaftliche Leben der Arbeiterinnen eingreifende Fragen finden im Landtage ihre Erledigung; Bestimmungen über Steuern, Schulen, Polizei und Gewerbe-Inspektion werden dort getroffen. Kommt alle, Ihr Frauen und Mädchen, Mütter und Arbeiterinnen in die Damerotag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaufhold, Wilhelmminenhofstr. 18, stattfindende öffentliche Versammlung, in der Genossin J h r e r sprechen wird über das Thema: „Was haben die Frauen vom preussischen Landtage zu verlangen?“ Tretet dem socialdemokratischen Frauen-Wahlverein bei. Anmeldungen nimmt entgegen die Vertrauensperson Frau Minna Jung, Friedrichstr. 10, Hof 2 Tr.

Köpenick. Am 15. Oktober fand hier eine öffentliche Frauen-Versammlung statt, die dem Zwecke der Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen gewidmet war. Frau Dr. Hoffmann sprach über den Wert solcher Vereine. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage entspann sich eine kurze, aber lebhaft diskussion. Sämtliche Versammlungsbesucher waren mit der Gründung eines Frauen-Bildungsvereins einverstanden. Hierauf wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, welcher mit der Ausarbeitung des Statuts betraut wurde. In den neugegründeten Verein traten sofort 50 Mitglieder aufzunehmen.

Nachdem die Vorsitzende die anwesenden Frauen aufgefordert hatte, recht rege für den Verein zu agitieren, schloß sie die Versammlung mit einem Hoch auf die Frauenbewegung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Zu der am Sonntag früh 8 Uhr stattfindenden Flugblatt-Verbreitung werden die Genossen ersucht, sich zahlreich und pünktlich in nachstehenden Lokalen einzufinden: Schneider, Admiralsstr. 21; Krüger, Raunigstr. 54; Hilt, Simeonstraße 23; Jacharowsky, Brandenburgstr. 49; Stramm, Ritterstraße 123; Wendt, Alexandrinenstr. 39; Schneider, Seebastianstr. 7; Keller; Admich, Prinzenstr. 50; Feig, Alte Jakobstr. 60; Katerberg, Adalberstr. 62. Die Vertrauensleute.

Der Wahlverein Adlershof hält heute abend 8 1/2 Uhr bei Fechner, Lypenstr. 56, seine Generalversammlung ab, in der Berichte und Vorstandswahlen, sowie die Landtagswahl auf der Tagesordnung stehen. Die Parteitagungsprotokolle und Proschüren werden in der Versammlung ausgegeben.

Lokales.

Der Magistrat und die Urwahlbezirke. Die magistratsamtliche Korrespondenz sucht in längeren Ausführungen zu beweisen, daß unser Vornurp betreffend die Urwahlbezirke mit mehr als 1000 Urwählern ungerichtet sei.

Dies ist zum Teil auf die starkwüchsende Bevölkerung, auf die zunehmende Behausung einzelner Bezirke und dann auch darauf zurückzuführen, daß einzelne Bezirke nicht verkleinert und andre nicht vergrößert werden können, ohne daß man Häuser trennt, das heißt große Grundstücke aufteilt, Gehäuser aus den Bezirken herausnimmt und entfernt liegenden Bezirken zuweist.

So hatte zum Beispiel der 702. Urwahlbezirk 651 Seelen und nun 1118 Urwähler und der 648. Bezirk 807 Seelen und jetzt sogar 1201 Urwähler. Es sind dies zwei räumlich nur sehr kleine Bezirke am Centralviehhof und am Friedrichshain. Der Neubau von zwei größeren Mietkolonien kam von Quartal zu Quartal eine große Verschiebung verursachen; dies wird am schlagendsten dadurch illustriert, daß am 1. Oktober d. J. in Berlin nicht weniger als 280 000 Personen umgezogen sind, das heißt also über eine Viertelmillion Menschen, und täglich eine große Zahl von Personen ab- und zuziehen, sterben und geboren werden, wodurch eine ununterbrochene Bewegung entsteht. Wie groß diese Verschiebungen sind, geht aus der einen Thatsache hervor, daß im 5. Gemeindevahlbezirk 97 Prozent Wähler der 3. Abteilung in den letzten fünf Jahren verzozen sind. In jedem Falle erfordert eine allen Wünschen gerecht werdende Einteilung bei einer Bevölkerung von zwei Millionen, die alle Jahre zweimal umzieht, nicht nur gutgeschulte Kräfte, sondern auch sehr viel Zeit und Geld. Von heute aus morgen kann das nicht gemacht werden, auch vom „Vorwärts“ nicht, der sich dazu erboten hat.

Wir halten unser Anerbieten anrecht. Das ganze Gerede von den vielen Umzügen der Bevölkerung, von den Geburten usw. hat mit der Frage gar nichts zu thun. Es handelt sich einfach um folgendes: Nachdem die Urwählerlisten vorlagen, zeigte es sich, daß die stärksten zehn Urwahlbezirke Wählerzahlen zwischen 900 und 1267 Wähler zählten. Auf Grund der nunmehr ja hausteife festgestellten Zahlen und der ebenso feststehenden Ziffern der Volkszählung vom 2. Dezember 1900 mußte hier eine Neueinteilung stattfinden. Der einfachste Weg, statt Bezirke mit mehr Wahlmännern solche mit drei Wahlmännern einzurichten, ist freilich für mindestens zwei der Bezirke, deren Verhältnisse erst jetzt dargelegt sind, nicht gangbar, da sie nur je drei Wahlmänner zu wählen haben. Wir wollen annehmen, dieser ungünstigste Fall trafe auf alle 10 Bezirke zu; denn bleibt nur das Mittel der „Wahlkreis-Geometrie“, die hier vollkommen berechtigt ist. Mit welcher Unerhörter Rücksichtslosigkeit „Wahlkreis-Geometrie“ in ländlichen Bezirken und parteipolitischen Gründen auf dem flachen Lande geübt wird, lehrt das Beispiel aus Liegnitz-Haynau, das wir an anderer Stelle des Blattes bringen. Nehmen wir an, daß für jeden der 10 Urwahlbezirke drei andre in Mitleidenschaft gezogen werden müßten, so würde es sich um Neueinteilung von 40 Urwahlbezirken handeln. Wir glauben, daß die überwindende Mehrzahl der Berliner Wähler mit uns der Meinung ist, daß diese Arbeit geleistet werden kann was geleistet werden muß, wenn dadurch die Möglichkeit gegeben ist, für sämtliche Wähler die Wahlstunde auf 8 Uhr hinauszuschieben. Wenn man dabei „Gehäuser aus den Bezirken herausnimmt und entfernt liegenden Bezirken zuweist“, so werden auch die Wähler, welche in solchen Häusern wohnen, im Interesse der Allgemeinheit gern die kleine Unbequemlichkeit in Kauf nehmen, zumal die Dauer des Weges, wenn sie nicht nach Stunden mißt, wie in Liegnitz-Haynau und andern ländlichen Bezirken, gegenüber

der Dauer der Wahlhandlung, wie sie Herr Bohm selbst bei seinen Bezirken berechnet, kaum ins Gewicht fällt. Wir bleiben bei unserem Urteil, daß es sich hier um eine unentschuldbare Nachlässigkeit der Behörde handelt, unter der nicht zehntausende Wähler leiden dürfen.

Ziergärtner und Menschengärtner im Eisenbahnbetriebe. In einer Eingabe an den Verkehrsminister ist die Behauptung aufgestellt worden, daß bei Erdbauarbeiten zu Staatsbauten die Unternehmern häufig zu schwache Gespanne verwendet, die durch unaufrichtliche Preisgebote übermäßig angetrieben würden. In einem Erlaß des Verkehrsministers an die kgl. Eisenbahndirektionen heißt es nach der neuen politischen Korrespondenz wie folgt:

Die Baubeamten wollen ihr Augenmerk darauf richten, daß die Tierquälereien dieser Art unterbleiben, und daß die Gespannführer nicht aus Unverstand oder Bequemlichkeit die kleinen Pflüge, wie Legeten von Röhren, Forträumen von Schuttmassen oder Steinen vor den Mähdern u. dergl. unterlassen, durch die den Tieren ohne nennenswerten Arbeitsaufwand zum Vorteil des Geschirrführers große Ersparnisse geschaffen werden können. Vor einiger Zeit ist den Eisenbahnbeamten am Hauptbahnhof Magdeburg folgender Erlaß zur Kenntnis gegeben worden: Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann die höchste zulässige Dienstzeit bis auf sechzehn Stunden ausgedehnt werden.

Danach ist zum Beispiel die um 6 Uhr abends antretende Nachtreise verpflichtet, unter Umständen bis 10 Uhr vormittags des andern Tags Dienst zu verrichten. Trotzdem ist es nun in letzter Zeit zweimal vorgekommen, daß sich einzelne Hilfsbeamter geweigert haben, so lange fahren zu wollen.

Zuweisen die betreffenden glauben, daß dies ihrer dienstlichen Laufbahn zuträglich ist, mag ihrem Ermessen überlassen bleiben. Es soll aber hiernach auf den § 18^a der allgemeinen Bestimmungen für sämtliche Arbeiter, welcher auch für die Hilfsbeamten gilt, hingewiesen werden, wonach bei Dienstverweigerungen sofortige Entlassung eintreten kann.

Ausreden, wie etwa nicht mit genügenden Schmitteln zu versehen, werden nicht als stichhaltig betrachtet. Ein jeder weiß, wie lange er gegebenenfalls fahren muß und kann sich danach vorher richten. Bei etwaig angelegten Protesten tritt im Fall der Dienstverweigerung das Disziplinarverfahren ein. Die Herren Zugführer wollen die ihnen unterstellten Fahrgastbediensteten entsprechend befehlen und sie vor überleiteten, unbedachten Handlungen warnen. Sollten sich trotzdem widerwillige Elemente vorfinden, sind sie sofort nach hier zu melden.

Es ist, wenn wir nicht irren, drei Jahre her, daß dieser Erlaß den Eisenbahn-Angestellten bekannt gegeben wurde. Vielleicht erfahren wir gelegentlich, daß man sich im Reiche des patriotischen Herrn Undde den eignen Arbeitern und Beamten gegenüber annähernd zu der Humanität befehlt hat, die an fremden Tieren zu üben den Beamten jetzt zur Pflicht gemacht ist.

Das fromme Mütterlein. Patriarchale Blätter veröffentlichen Briefe, die von Frau Kommerzienrat Koch an den Vorden ihres Anabens, den Hauslehrer Dippold geschrieben sind. In einem Briefe vom 3. Februar d. J. heißt es:

Welch heilige Dankbarkeit gestern abend beim Anhören des Berichtes des Dr. Vogt gegen Gott und Sie durch mein Herz gezogen ist, vermögen Worte nicht zu schildern. . . . Gelänge es, die Jungen auf lange Zeit hinaus ganz Ihrem Einfluß zu überlassen, so ist begründete Hoffnung auch bei Heinz, daß er noch ein brauchbarer Mensch wird, weil Dr. Vogt auch jetzt der Jungen ganze Zukunft von Ihrem ungestörten Erziehungswert abhängig hält.

Am 9. Februar schreibt sie wieder an Dippold: Mit jeder Feiertagskammerie ich mich an die Hoffnung, daß Heinz selbst wieder den Weg zu meinem Herzen findet. Ich kann nicht thun als harren, hoffen und beten, daß mir Gott die Jungen noch einmal wiederschenkt.

Am 19. Februar schreibt Frau Koch an ihren Sohn Heinz: Wie ich über die Erfahrungen der letzten Monate zusammengebrochen bin, kann ich gar nicht sagen. Der Kummer über Deine Sünden, die große Angst, ob Du wirklich umkehren wirst, und dazu noch die Schande vor Gott und der Welt drängt mich Tag und Nacht und vergällt mir jede Freude und raubt mir den Schlaf. Wie viele Stunden sitze ich nachts im Bett, bete für meine Jungen und lese in meiner Herzensangst in der Bibel, um Trost und Veruhigung zu finden. Glaub mir nur, mein lieber Junge, wenn Du auch eine harte Lebenszeit durchmachst, die meine ist nicht milder, und in Deiner Hand liegt es, sie zu ändern. Gehe also mit frischem Mute ans Werk! Laß die neue Heimat so viel gute Taten von Dir sehen, wie Du die alte mit schlechten beschmutzt hast. Ergreif fest Dippolds Freundschaft, nur er hat Nachsicht und Liebe genug, Dich aus Deinem Sumpfe zu retten und Dir ein glückliches Leben als bisher zu bereiten. Und wie glücklich wollen wir sein, mein geliebter Heinz, wenn wir uns wiedersehen dürfen.

Diese Briefe bewegen, wie wir in der „Täglichen Rundschau“ lesen, die eittierigen Blätter zu folgenden Urteil über die Frau Vantendorfer: Nichts ist bisher in der Presse zu Tage gefördert worden, was den Eindruck ändern könnte, den die Frau bei ihrer Vernehmung in einer Stadt mit rein bürgerlichen Verhältnissen hervorgerufen hat, den einer liebenden und treubeforgten Mutter.

Herr Hermann Sudermann setzt im „Tag“ seine Abrechnung mit dem Freisinn fort. Er greift es auf, daß die „Vossische Zeitung“ ihn an seine eigene Vergangenheit als freisinniger Zeitungsschreiber erinnert hat und äußert sich darüber:

Ich habe keinen Grund, auf diese Episode meines Lebens stolz zu sein, aber auch keinen mich ihrer zu schämen. Ich habe schlecht und recht im Wodenslohn gearbeitet, habe die atlantische Tragödie Eugen Richters, die mehrscharfe Ironie Bambergers, und vor allem den aufopfernden, nie ermüdenden Eifer meines hochverehrten Lehrers Mikert kennen und beneiden gelernt und bin schließlich nach ein paar Jahren wieder meiner Wege gegangen, weil ich das nötige Quantum monarchischen Gehalts, das ein freisinniger Publizist, insbesondere an patriotischen Festtagen, nun einmal zu entwickeln hat, beim besten Willen nicht aufbringen konnte. Ich habe im Dienste der Partei gegen das Tabakmonopol, gegen die Zwangsbinnungen, gegen die Fülle auf notwendige Lebensmittel, gegen den Reptilienfonds und gegen mancherlei andres Artikel geschrieben, was zum großen Teil gewiß höchst loblich war, aber ich bin während der ganzen Zeit das drückende Gefühl nicht los geworden: „Was hilft das alles? Es steht höheres auf dem Spiel!“

Aus einer andren Stelle des Artikels leuchtet deutlich die Hilflosigkeit des Bürgertums und anscheinend auch die Hilflosigkeit des Herrn Sudermann selbst hervor:

Während man auch auf freisinniger Seite begann, die Zeichen der Zeit zu verstehen und — wie z. B. durch den Mund des Führers der freisinnigen Vereinigung Dr. Barth — einem engeren Anschluß an die Socialdemokratie das Wort redete, schenken diese ihrerseits — zu einem Teile wenigstens — nicht abgeneigt, die willkürlich gezogenen Schranken eines proletarischen Massenbewußtseins zu brechen und das politisch heimtückisch gemordete kleine Bürgertum mit dem von staatlichen Machteinflüssen unabhängigen Geistesarbeitern sich anzuschließen. Seit aber in den verhängnisvollen Dresdener Tagen die ausgestreckten Hände der neuen Freunde zu Gunsten eben jenes Massenbewußtseins mit geringfügiger Zurückweisung wurden, steht das kleine und mittlere Bürgertum wieder politisch haltlos, wirtschaftlich in die Ecke gedrängt, mundtot gemacht, ohne Selbstbewußtsein, ohne Hoffnung, ohne Zukunft da.

Sollte, was der Fall zu sein scheint, auch Herr Sudermann durch das Dresdener „Verhängnis“ aus der Fassung gebracht sein, so stände er, der Satiriker der Sturmgeister, ebenso hilflos da wie die von ihm mit Recht geachteten Freisinn-Betreffenden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer heutigen Sitzung u. a. mit folgender Tagesordnung zu befassen: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbeforderten Gemeindebeamten

— Wahl je eines Mitgliedes in das Kuratorium des Kaiserlich-Königlichen Hospitals, in die Steuerdeputation und in die Direktion der v. Kottwitzschen Anstalt. — Vorschläge betreffend die Reglemente für die Fürsorge-Erziehung — und den Nachtrag zum Special-Etat Nr. 23 für 1901 (Hilfshospitäl für Männer auf dem gemeinlichen Grundstücke zu Reinickendorf, Berlinerstr. 125). — Verlesterklärung über die Vorarbeiten, betreffend die selbständige Stellung der Oberärzte an den chirurgischen Abteilungen der städtischen Krankenhäuser. — das Vabehaus nebst medico-mechanischen Institut, die ungeränderten Vorentwürfe zu den vier Pavillons für Infektionskrankheiten und dem Diphtheriepavillon, sowie die Vorentwürfe für den Quarantänepavillon und zwei Operationshäuser beim Rudolf-Birchow-Krankenhaus. — Vorschläge betreffend die Teilung der Bezirke 37, 102f, 167a, und 168a. Armenkommission. — die Annahme einer Zuwendung zwecks Errichtung und dauernder Unterhaltung einer Benefizienstiftung in der Meiner-Stiftung, — die Annahme einer letztwilligen Zuwendung der verstorbenen Königl. Weiching-Aufführerin Marie Clara Keller zur Unterstützung hilfbedürftiger Näherinnen, — den Erwerb des zur Straße 30, Abteilung VII des Bedienungsplanes, zu der Jagowstraße und dem Hansa-Wer zwischen Ledegowstraße und Tise Wardenbergstraße erforderlichen Straßengrundes, — den Erwerb des eisenbahnlokalischen, im Zuge der Behmstraße, von Bahstraße bis Straße 9 liegenden Weges, — die Abgrenzung des Stadtbezirks 193b, — die Herstellung von zwei neuen Verkaufsständen in der Markthalle VIII. — die Genehmigung einer Staatsüberführung bei dem Specialetat 30 für 1901, — die anderweitige Vergebung der Gestellung der Kleinwagen, — die Erwerbung des Grundstücks Rüdersdorferstraße 70 Brombergerstraße 14 zu Straßenlandzwecken — und die Verlegung eines auf Pantower Gebiet gelegenen Grundstücks mit Wasser aus den Berliner städtischen Wasserwerken. — Verlesterklärung über die Vorlage betreffend die Gewährung von Abfindungen aus der Rabelschen Erbschaft sowie über eine Petition betreffend den Pöllerischen Nachlaß, — die Neuwahl der bürgerlichen Mitglieder und Stellvertreter der Erbschaftskommissionen 1, 2, 4 und 5 und die Neuwahl eines Bürgerdeputierten für die Schuldeputation, — Verlesterklärung betr. die Entlassung eines Abgabungsbeamten aus dem Amte vor Ablauf seiner Wahlzeit und die Neuwahl eines Bürgerdeputierten für die Schuldeputation.

Abenddienst im Gewerbegericht. Zur Bequemlichkeit des Publikums hat das Berliner Gewerbegericht einen sogenannten Abenddienst eingerichtet. Während dieses Abenddienstes werden von den Beamten Anträge und Klagen kostenlos entgegengenommen. Der Abenddienst findet allerdings nur Montags von 6 bis 7½ Uhr in der Zimmerstr. 90/91, II statt.

Die Aufnahme einer neuen Anleihe der Stadt Berlin in Höhe von 228 Millionen ist nach dem Antrage des Magistrats mit wenigen unerheblichen Modifikationen vom kaiserlichen Staatsministerium genehmigt worden. Die Genehmigung ist heute im Rathaus eingegangen. Die Anleihe soll für folgende Zwecke verwendet werden: für Neu- und Erweiterungsbauten der städtischen Gaswerke rund 52 Millionen Mark, für die Fortsetzung der Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke rund 12½ Millionen Mark, für die Fortführung der Kanalisation rund 30½ Millionen Mark, für die Erweiterung des Centralviehmarktes und des Schlachthofes rund 4 Millionen Mark, für die Fortsetzung des Hauses von Markthallen rund 15 Millionen Mark, für den Urbanbau 800 000 Mark, für die Rückzahlung des von der jetzigen städtischen Sparkasse hergegebenen Darlehens zum Ankauf von 583 400 M. (Nominalwert) Aktien der Aktiengesellschaft „Berliner elektrische Straßenbahnen“ (S. u. N.) rund 17½ Millionen Mark, zur Erhöhung des Betriebsfonds für die Hauptlinie der städtischen Werke 5 Millionen Mark, für die Erbauung von Brücken 6½ Millionen Mark, für Straßenerweiterungen infolge der Stadtbahnanlage 800 000 Mark, für Straßendurchlegungen und Verbreiterungen rund 36 Millionen Mark und für den Bau einer vierten Jrennanstalt in Buch rund 11 Millionen Mark, für den Bau einer Abfrieranstalt rund 6 Millionen Mark, für den Bau einer neuen Siedenanstalt rund 6 Millionen Mark, für den Bau eines neuen Krankenhauses (Rudolf-Birchow) rund 8 Millionen Mark, für die Verlegung der höheren Lehranstalten (Friedrich-Werderisches Gymnasium, Friedrichs- und Andreas-Realschule-Gymnasium, Neubau einer Technischen Mittelschule rund 4½ Millionen Mark, Herstellung eines Nordparks 2½ Millionen Mark, für den Bau eines neuen Krankenhauses 10 Millionen Mark, für den Neubau der dritten Jrennanstalt in Buch 7 Millionen Mark, für den Neubau des Markischen Provinzial-Museum rund 57 000 Mark, für den Neubau des Verwaltungsgebäudes in der Jüdenstraße 6 Millionen Mark, für den Bau von zwei höheren Mädchenschulen im Norden und Südwesten der Stadt rund 2 Millionen Mark, für den Bau eines neuen Stinnes-Krankenhauses in Treptow oder in der Nähe des Glanterwaldes auf städtischem Terrain rund 1½ Millionen Mark usw. Die neue Anleihe soll in zwei Serien zerlegt und nach Bedarf auszugeben werden. Die erste Serie soll in Höhe von 128 Millionen Mark ausgeben und vom 1. April 1901 amortisiert werden. Der Zinssatz ist auf 3½ Proz. festgestellt.

Der Kampf für den Achtuhrschluß. Gegen den Achtuhr-Ladenschluß hat sich die Berliner Hutwacher-Jungung in ihrer letzten Quartalsversammlung ausgesprochen, doch fehlte es selbst in den Kreisen der Jungungsmittglieder nicht an Befürwortern eines früheren Geschäftsschlusses.

Ungewöhnlich groß ist die Zahl der Opfer, die der Wassersport in der vergangenen Saison in Berlin und seiner Umgebung gefordert hat. Nicht weniger als 32 Todesfälle sind zu verzeichnen gewesen. Rünf Personen ertranken beim Baden, während 27 Personen beim Rudern und Segelboot ihren Tod in den Wellen fanden. Bei drei Einzel-Unfällen ertranken gleichzeitig je vier, drei resp. zwei Personen. Unter den beim Baden Ertrunkenen befanden sich drei Schüler, die übrigen Opfer des Wassersports bestanden zumeist aus jungen Leuten im Alter von 18 bis 30 Jahren. Die Zahl der Leichtsinigen, welche mit ihren Fahrzeugen fernerten, jedoch gerettet wurden, konnte natürlich nicht genau ermittelt werden, da wohl kaum zwei Drittel aller Röße behördlich bekannt geworden sind. Festgestellt wurden über 300 Personen, die dem Wellentode entrißen wurden. Die Mehrzahl aller Unglücksfälle ereignete sich auf der Obersee, der Dahme und den anschließenden Seen.

Ein kranker Mann. Es wird bestätigt, daß Prinz Prosper von Arenberg am 13. d. M. auf Grund einer miliärgeschichtlichen Verfügung aus dem Strafgefängnis Tegel in die Abteilung für Nervenkrankheiten bei der Strafanstalt Moabit übergeführt worden ist.

Die Auflösung des Presse-Klubs.

In der gestrigen Generalversammlung des Berliner Presse-Klubs ist dessen Auflösung beschlossen worden. Als Liquidationskommission wurden die Mitglieder des bisherigen Vorstandes Chefredakteur Wachmann und Justizrat M. Kempner mit dem Recht der Repräsentation bestellt und beauftragt, das Vermögen des Klubs zu liquidieren und insbesondere die Mittel zur Tilgung des bekannten bei Gründung des Klubs gewährten Darlehens von 24 225 M. künftig zu machen.

Der erste Erbbaupachtvertrag des preussischen Fiskus auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs ist zwischen diesem und dem Beamtenwohngesellschaftverein zu Berlin nach langen Verhandlungen zu Stande gekommen. Es sind zunächst 50 Morgen des Gebietes von Dahlen für Erbbaupächter des Beamtenwohngesellschaftvereins in Aussicht genommen. Der Ausschüßrat des Vereins hat in seiner Gesamtheit dem Vertrage schon zugestimmt. Die Pacht ist nun frei, weitere Verträge auf Grund des bekannten § 1012 des bürgerlichen Gesetzbuchs werden bald folgen. An den Beratungen bei Abschluß des Vertrages, der völlig neu ist, haben Vertreter aller preussischen Ministerien teilgenommen.

Ein Aufruf für die Garten-Jule wird in der Gegend des Hälleschen Lohes verbreitet. Die Garten-Jule, das letzte weibliche Original Berlin, die bekanntlich vor einigen Monaten fälschlich tot-

geklärt wurde, befindet sich in großer Not. Die beginnende kalte Winterzeit, zumal ihre allezeit treue Gefährtin, ihre Harfe, schon recht „kapprig“ geworden ist. Durch den Aufruf sollen zunächst die Mittel beschafft werden, um Fräulein Normann, Schulstraße 14, wie die Garten-Jule mit ihrem bürgerlichen Namen heißt, eine neue Harfe zu kaufen. Traurig genug, daß für unglückliche Geschöpfe, wie die Garten-Jule, sich nicht irgend eine milde Stiftung aufthut.

Wegen Falschspiels verhaftet wurde der berüchtigte Spieler Ritzaff. Er hatte die Bekanntschaft des Remisallbesizers Simon und des Schlichtermeisters Kartoff gemacht und war mit ihnen nach Hamburg gefahren. R. zog die Karten, S. und A. waren die „Geizer“, d. h. sie reizten durch Wetten zu höheren Einsätzen und teilten später den Gewinn. Nach Hamburg hatten sich zum Nennen viele Spieler Sportleute begeben, darunter auch Viehkommissionäre, die in einem Hotel Wohnung nahmen. Es wurde hoch gespielt, als ein Spieler bemerkte, daß R. die Karten fälschertig aufeinanderlegte und nun nach Wunich ziehen konnte, da er die Karten kannte. Der Spieler fuhr auf, störte das Spiel und machte später Anzeige. Da die Spieler in Berlin ansässig sind, so fanden hier die Vernehmungen statt. Die Strafsache führt die Bezeichnung „gegen Simon und Geissen“. Simon ist in der Remiswelt unter dem Namen „Saulwind“ bekannt.

Nach Untersuchungen kündigt ist der 44 Jahre alte Sekretär und Delonem des Kassenbüros „Poppegarten“ Paul Blaschke, dem auch die Verwaltung der Kasse oblag. Blaschke, der früher Reisender war, gehörte dem Klub seit seiner vor einem halben Jahr erfolgten Gründung an. Jetzt nach der Beendigung der Kassen sollte er abrechnen und hat sich dieser für ihn unangenehmen Arbeit entzogen. Vor kurzem ging er eines Sonntags morgens um 8 Uhr aus seiner Wohnung Kanitz 147 zu Charlottenburg häufig fort, kehrte nach 5 Minuten mit den Worten: „ich habe wichtige Papiere vergerhen“ zurück und entsetzte sich wiederum. Am Nachmittage soll er in Abwesenheit seiner Angehörigen nochmals die Wohnung betreten haben. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Seine Gesehfrau und einen neunjährigen Sohn hat er ohne Mittel zurückgelassen. Man glaubt, daß Blaschke, der oft sehr spät nach Hause kam, viel Geld veruntreut habe und nicht mehr im Besitze größerer Summen sei. Die veruntreuten Gelder sollen sich auf etwa 6000 Mark belaufen.

Im Bräutigamsanzug erschossen hat sich am Freitagmittag der 38 Jahre alte Nordmächtermeister und Hausverwalter Hermann Kiewitz. Er hatte im Keller des Hauses Ballfadenstraße 23 ein gutgeheutes Geschäft und wohnte im ersten Stock. Seit einundzwanzig Jahren Witwer, dachte er an eine Wiederverheiratung und hatte zu gleicher Zeit drei „Frauen“, eine Nordmächter-Tochter, eine Witwe und ein Dienstmädchen. Von diesen war er der ersten am meisten zugehen, erlitt aber einen Abgeschieß, weil sie die übrigen Verhältnisse entdeckte hatte. Dagegen das Mädchen durchaus richtig handelte, konnte R. sich über den Verlauf der Liebschaft nicht trösten. Um 10 Uhr bezog er sich niedergeschlagen aus dem Geschäft in die Wohnung und um Mittag wurde er von seiner Schwester, die ihn besuchen wollte und die Wohnung aufbrechen ließ, auf dem Fußboden liegend mit einer Säbzwunde in der rechten Schläfe aufgefunden. Vor der That hatte er einen schwarzen Bräutigamsanzug angelegt. Er hinterläßt eine eifjährige Tochter.

Nach einem Streit erhängt hat sich der 34-jährige Arbeiter August Hauke aus der Drankstr. 19. Infolge eines ärztlichen Eingriffes war er seit vier Jahren etwas schwerhörig und dadurch einerseits sehr empfindlich, andererseits um bedingt arbeitsfähig geworden. Zuletzt hatte er bei einem Kleinvermeißler Stellung gefunden, sich dort aber am Dienstagmittag mit einem Gefellen gezankt. Er glaubte im Recht zu sein und verließ die Arbeitsstelle. Als seine Mutter ihn seine allzu große Empfindlichkeit vorhielt und auf seine körperliche Minderwertigkeit hinwies, bemängelte er ihre Abwesenheit, um sich alsbald an einem Alerderschrank zu erhängen. Die 58-jährige Frau fand ihn als Leiche auf.

Unaufgeklärter Tod eines Schulfrauen. In Charlottenburg ist, der „Berliner Zeitung“ zufolge, die Leiche eines Schulfrauen, der nach mehrtägigem Krankenlager verstorben ist, ohne daß die Ärzte genau die Todesursache hätten feststellen können, von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und die Obduktion angeordnet worden. Es handelt sich um den 11½ Jahre alten Sohn Hermann des Dachdeckermeisters Schulz aus dem Hause Wallstr. 37 in Charlottenburg. Der Junge, der sehr kräftig entwickelt war, kam am vorigen Donnerstag aus der Schule nach Hause, klagte, daß er sich unwohl fühle und mußte ins Bett gebracht werden. Er erzählte, er habe sich in der Schule erdrückt, nachdem er vorher vom Lehrer L., weil er (Schulz) die Hefte nicht in Ordnung hatte, zwei Stockdiebe bekommen. Er habe sich, als er die Jüchigkeit bekommen sollte, nicht tief genug gebückt, und da habe ihn der Lehrer an Mäßen angefaßt und niedergedrückt. Gleich darauf sei ihm übel geworden und er habe sich erbrechen müssen. Das Turnen habe er am selben Vormittag nicht mehr mitmachen können und sei nach Hause geschickt worden. Der Knabe ist während seines Krankenlagers von Dr. Hirschfeld und Professor Gäwigg behandelt worden. Als Todesursache ist auf dem Totenschein starke Bauchentzündung oder innere Ferreihung angegeben.

Ob der Vorkall in der Schule mit dem Tode des Knaben in irgend einem Zusammenhange steht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Poliklinik. Dr. G. Lemhoff hat im Hause Jägerstr. 26 eine Poliklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden eröffnet, in welcher nachmittags 2½—3½ Uhr, Dienstags und Freitags auch abends 7—8 Uhr, unbemittelten Personen Rat und Behandlung unentgeltlich gegeben wird.

Theater. Im Schiller-Theater befinden sich gegenwärtig das dreitaugliche Schauspiel „Liebele“ und das einaktige Lustspiel „Literatur“ von Arthur Schnitzler in Vorbereitung und werden in nächster Woche in Scene gehen.

Feuerbericht. Ueber ein Duzend Brände hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu besichtigen. Gegen Mitternacht wurde sie nach dem Gölzger Bahnhof gerufen, weil hier Bretter und Kohlen in Brand geraten waren. Kleidungsstücke und Möbel gingen vorher in der Waldemarstr. 78 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Rüdersdorferstr. 8 im linken Seitenflügel Wäschestücke Feuer gefangen hatten. In der Lindenstr. 2 war abends 7 Uhr im vierten Stock in einem Wabezimmer Feuer ausgebrochen, das Lumpen und den Fußboden beschädigte. Vor dem Hause Königl. 12 war gleichzeitig eine Motorbohrle in Brand geraten. Die herbeigerufenen Wehr besichtigte das Verbrechen sehr schnell. Nach dem Kottbuser Damm 79 wurde die Wehr gerufen, um hier ein Pferd wieder auf die Peine zu bringen. Abends 11 Uhr war durch Selbstentzündung von Kohlen in der Drankstr. 110/111 in einem Wabereißer ein Brand entstanden, dessen Abloschung in kurzer Zeit erfolgen konnte. Die übrigen Alarmierungen, die außerdem die Wehr nach der Höchststr. 17, Belle-Allianceplatz und noch nach verschiedenen andren Orten führten, waren auf Brände zurückzuführen, die bei Ankauf der Wehr von den Hausbewohnern bereits abgelöscht waren.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg schreibt man: Gewaltige Anstrengungen machen die bürgerlichen aller Schattierungen gelegentlich der diesjährigen Stadtbewohnern-Wahlen, um den Socialdemokraten ein weiteres Vordringen zu vereiteln. Bei früheren Wahlen war noch die sogenannte Mieterpartei in einzelnen Bezirken selbständig vorgegangen. Jetzt scheint der Haus- und Grundbesitzerverein den Radikalismus der Mieterpartei an die Ketten gelegt zu haben, wie denn ja auch schon damals bald nach ihrem Auftreten der Mieterverein mit den Hausbesitzern Arm in Arm gegen die Socialdemokratie zu Felde zog. Und das alles trotz der immer betonten Gegenseitigkeit zwischen Hausbesitzer

